M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Chile: Pinochet am Ende?

Nr. 112 September 1983 DM 5,00

impressum
blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03. Bürozeiten: Mo. - Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Chritian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,– DM).

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,– (bzw. 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,– (bzw. 66,–)

Einzelpreis: DM 5,–/SFR 5,–//ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 18. Oktober

Einem Teil der Auflage liegt eine Beilage von „Dialog Dritte Welt“ bei.

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



NACHRICHTEN UND BERICHTE



Osttimor

Der Rest ist Schweigen

Das Schicksal der 1975 von Indonesien überfallenen Insel Osttimor hat die Öffentlichkeit – auch die Linke – in Europa nie ernsthaft interessiert. Nicht einmal zu der Zeit, als die indonesische Hungerblockade sowie der militärische Terror etwa 200.000 der ehemals 800.000 Menschen auf der Insel dahingerafft haben.
Diese Ereignisse liegen inzwischen schon drei Jahre zurück, und je mehr die Bilder verhungernder Kinder, die seinerzeit insbesondere die australische Öffentlichkeit aufgeschreckt hatten, in den Köpfen der wenigen Interessierten verblassen, umso stärker melden sich die „Pragmatiker" und indonesischen Propagandisten zu Wort, die seit je eine Integration der Insel in den von Java aus zentral gelenkten Einheitsstaat befürwortet haben.

Die Ereignisse des Jahres 1983 dokumentieren jedoch, daß der Unabhängigkeitswille und der Widerstand der Osttimoresen noch weiterbesteht. Zudem mußten die Indonesier einige schmerzliche diplomatische Niederlagen hinnehmen.
Nachdem bereits die UN-Vollversammlung im November 1982 mit 50 : 46 bei 50 Enthaltungen für das Selbstbestimmungsrecht der überfallenen Inseln votiert hatte, stand die Situation in Osttimor im Februar 1982 auf der Tagesordnung der UN-Menschenrechtskommission. Wie bei der Debatte vier Monate zuvor unternahmen indonesische Diplomaten verstärkte Aktivitäten, um eine Mehrheit der Delegierten für ihre Position zu gewinnen. Doch ihre Bemühungen waren abermals vergebens; mit 16 : 14 Stimmen nahm die UN-Menschenrechtskommission einen Antrag an, der die schweren Menschenrechtsverletzungen in Osttimor verurteilte und – zum wiederholten Male – das Selbstbestimmungsrecht für die Bewohner forderte.

Auch wenn derartige Beschlüsse keine unmittelbare Auswirkung auf die Situation im Land haben, so zeigen die außergewöhnlichen indonesischen Aktivitäten, wie sehr der Militärregierung in Djakarta an einer internationalen Anerkennung der Annektion gelegen ist. Demselben Zweck diente im Februar 1983 die erstmals seit der Invasion ausgestellte Dreherlaubnis für ein ausländisches Fernsehteam auf Osttimor. Von Rui Araujo, einem Regisseur des portugiesischen Fernsehens RTP, erhofften sich die Militärs in Djakarta die Erstellung eines Propagandastreifens, der die indonesischen „Entwicklungsbemühungen" zeigen sollte.
Als der 65minütige Film zwei Monate später im portugiesischen Fernsehen lief, schwiegen die Invasoren betreten. Der Film war zu einem Dokument für die indonesische Zwangsherrschaft geworden. Er stellte die totale Überwachung der Osttimoresen und die erdrückende indonesische Anwesenheit überzeugend dar. Originalton: „Der einzige Ort, an dem man unbeobachtet miteinander reden konnte, war die Toilette."
Auf der Insel selbst begannen die Besatzer mit der Ansiedlung javanischer Bauern, die den Osttimoresen angeblich neue Farmtechniken beibringen sollten. Diese Erklärung mutet makaber an, angesichts der Tatsache, daß die indonesische Armee sechs Jahre lang die Ernten der timoresischen Bauern systematisch zerstört hat, um die Inselbevölkerung durch Hunger in die Knie zu zwingen.

Der Hintergrund der Ansiedlung ist ein anderer. Wie auf der anderen unfreiwilligen indonesischen Provinz „Irian Jaya", von den Einheimischen Westpapua genannt, soll die Urbevölkerung zur Minderheit im eigenen Land gemacht werden, um so eine wirkungsvolle Integration der neuen Provinz zu gewährleisten.

Unterstützung für Indonesien

Unschätzbare Unterstützung bei der Befriedung der Insel erhielten die Machthaber in Djakarta im Mai 1983 von einer Organisation, von der sie es kaum erwarten konnten, der katholischen Kirche.
In Indonesien wie in allen anderen Teilen der Welt bemüht sich die Kirchenhierarchie um ein gutes Einvernehmen mit den Mächtigen, damit sie ihren Aktivitäten ungestört nachgehen kann. Eintreten für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, das von Teilen der kirchlichen Basis nicht nur in Südamerika praktiziert wird, kann dabei nur stören.
Ein solcher Störenfried war der apostolische Nuntius in Osttimors Hauptstadt Dili, Nartinhu da Costa Lopez. Die Londoner „Times" bezeichnete ihn als „Symbol gegen die indonesische Unterdrückung". Costa Lopez wurde nicht müde, ohne diplomatische Rücksichten die Übergriffe der Militärs gegen Zivili-

sten, die barbarischen Foltermethoden sowie die Auswirkungen der Hungerblockade immer wieder anzuprangern. Der Amtskirche in Djakarta war er dadurch ein ständiger Dorn im Auge, denn sie fürchtete um ihre Arbeitsmöglichkeiten im größten moslemischen Staat der Welt.
Am 10. Mai 1983 entließ der Vatikan Costa Lopez aus seinem Amt und ersetzte ihn durch den Salesianer Carlos Ximenes Belo, einen Osttimoresen mit indonesischer Staatsbürgerschaft. Von ihm wird erwartet, daß er nicht nur zu den Menschenrechtsverletzungen schweigt, sondern zudem die Integration der bislang unabhängigen osttimoresischen Kirche in die indonesische vorantreibt.
Der Kommentar von Radio Djakarta zu der Abberufung des Nuntius: „Dies wird die Beziehungen zum Vatikan erleichtern"'
Costa Lopez lebt heute in Portugal. Die europäische Öffentlichkeit nahm es kaum zur Kenntnis, als das letzte Sprachrohr für Menschlichkeit in Osttimor zum Schweigen gebracht wurde. Welcher Sturm der Entrüstung bräche wohl aus, wenn der Papst Dom Helder Camara von seinen Diözesen Olinda und Recife ablöste?
Keine vier Wochen nach diesem Erfolg konnte sich die indonesische Regierung ein zweites Mal freuen. Am 3. Juni 1983 traf Australiens neuer Labourpremierminister Robert Hawke in Djakarta ein. Zwar hatte Labourpremier Whitlam 1975 seinen Segen zu der indonesischen Invasion gegeben, doch als die Labourpartei nach den Wahlen am 13. Dezember 1975 in die Opposition gehen mußte, änderte sie ihre Haltung in der Osttimorfrage. Ein Parteitagsbeschluß vom Juli 1982 forderte die Selbstbestimmung für die überfallene Insel.
So setzten die Osttimoresen ihre Hoffnung auf den 5. März 1983, den Tag der australischen Parlamentswahlen. Der Urnengang der Wähler auf dem fünften Kontinent bescherte der Labourpartei in der Tat einen großen Sieg. Dieser Sieg läutete eine Wende ein, eine Wende in der Osttimorpolitik der Labourführung.
Außenminister Hayden erklärte bereits im Mai mit Hinblick auf Osttimor, es gäbe für seine Regierung Möglichkeiten, die Hürde der Parteitagsbeschlüsse zu umgehen.
Besiegelt wurde die Wende bei Hawkes mit Spannung erwartetem Besuch in Djakarta. Hawke versicherte den indonesischen Militärs seinen festen Willen, die bisherige Linie seiner Partei in der Osttimorfrage zu verlassen.
Der „Pragmatismus" hatte einmal mehr über die „Ideologie" gesiegt. Die nächste UN-Osttimordebatte im November 1983 wird zeigen, ob Robert Hawke wie weiland Helmut Schmidt die heiligen Prinzipien der „sozialistischen Internationale" hochhält und seiner Partei demonstriert, daß Parteitagsbeschlüsse eine Sache, die Politik eines demokratischen Regierungschefs jedoch eine völlig andere Sache ist.
Vielleicht zeigt die Labourlinke in Australien etwas mehr Standfestigkeit als die bundesdeutsche SPD-Linke.

Weitere Initiativen für Osttimor

Vom 30. Juli bis 1. August 1983 besuchte eine Delegation australischer Parlamentarier die Insel. Zu diesem Besuch veröffentlichte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte des britischen Oberhauses, Lord Avebury, eine an die europäischen Regierungen gerichtete Osttimordeklaration mit folgendem Inhalt:
„Wir, die unterzeichneten Parlamentarier, rufen die Regierungen der Europäischen Gemeinschaft auf, in Übereinstimmung mit der UN-Menschen- und Völkerrechtserklärung sowie der Resolution, die die Vollversammlung der Vereinten Nationen im November 1982 angenommen hat, gemeinsam für das Selbstbestimmungsrecht der Menschen von Osttimor einzutreten."

Mehrere hundert europäische Parlamentarier unterzeichneten diese Erklärung, unter ihnen 22 Bundestagsabgeordnete.
Von der Fraktion der Grünen unterzeichneten:
Gert Bastian, Dieter Burgmann, Wolfgang Ehmke, Erika Hichel, Gert Jannsen, Petra Kelly, Julius Krizsan. Christa Reentz, Dirk Schneider, Walter Schwenninger, Roland Vogt, Antje Vollmer.
Daneben unterstützten folgende SPD-Abgeordnete die Erklärung:

Hans Gottfried Bernrath, Rolf Bindig, Andreas von Bülow, Freimut Duve, Horst Jungmann, Jan Oostergetelo, Peter Paterna, Günther Schluckebier, Renate Schmidt, Ludwig Stiegler.

Insgesamt wurde die Deklaration von 169 Abgeordneten unterschrieben.
Aufgeteilt nach Staaten sah das so aus:

Belgien	29
Bundesrepublik	22
Dänemark	2
Frankreich	6
Großbritannien	36
Italien	6
Irland	6
Niederlande	62

Welche Auswirkungen die Erklärung haben wird, kann erst nach der UN-Debatte abgesehen werden. Wichtig ist auch die Frage, ob die neue Bundes-

regierung mit dem alten Außenminister Genscher ihre bisher neutrale Haltung zugunsten Indonesiens aufgeben wird. Schon jetzt unternehmen indonesische Diplomaten erneut verstärkte Aktivitäten, um ihr im letzten Jahr verfehltes Ziel zu erreichen, das unbequeme Thema endlich von der UN-Tagesordnung zu verbannen.

Indonesisch-timoresische Verhandlungen?

Für eine Überraschung sorgten die Zeitungen „Guardian" und „Herald Tribune" im Juni 1983. Sie meldeten aus Lissabon ein offizielles Treffen zwischen Vertretern der FRETILIN, der osttimoresischen Unabhängigkeitsbewegung, und der indonesischen Regierung. Auch wenn über diese Begegnung, deren Existenz inzwischen bestätigt ist, keine konkreten Informationen vorliegen – angeblich sollte ein Waffenstillstandsabkommen ausgehandelt worden sein – so beweisen sie doch, wie ernst Indonesien die FRETILIN noch immer nimmt. Nicht einmal acht Jahre militärischer Unterdrückung konnten die völlig auf sich allein gestellte FRETILIN endgültig besiegen.
Die Osttimorfrage kann jedoch nur dann offenbleiben, wenn die Vereinten Nationen die FRETILIN weiter anerkennen und eine Annektion Osttimors durch Indonesien ablehnen.
Ändern sich die Mehrheiten in der UNO, wird der FRETILIN das Schicksal der südmolukkischen RMS (siehe IZ3W



FRETEILIN-Kämpfer

Nr. 103) oder der OPM der Westpapua (siehe IZ3 W Nr. 110) nicht erspart bleiben.

Weitere Informationen zu Osttimor:
IZ3W Nr. 100 / Progrom, Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker Nr. 39/40, Nr. 65, Nr. 71, Nr. 82 und Nr. 84.
Zudem achtseitige Dokumentation „Indonesien Heute – Völkermord in Osttimor" mit internationaler Presseschau.
Zu beziehen bei Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 20 24, 3400 Göttingen, Tel. 05 51 / 55 82 22.

Klemens Ludwig

Kampagne für Nachrüstung

Das Bundespresseamt bereitet sich auf den heißen Raketen-Herbst vor. Eine interministerielle Arbeitsgruppe mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Verteidigungsministeriums will sich, unter Leitung des stellvertretenden Regierungssprechers Jürgen Sudhoff, mit Argumenten gegen die Friedensbewegung rüsten und versuchen, Journalisten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ziel der Sommer-Kampagne: Die Friedensbewegung soll als gewalttätig und von Kommunisten gesteuert hingestellt werden.

aus: Spiegel Nr. 27, 4.7. '83

Sri Lanka

Terror mit System

23. Juli 1983 im tamilischen Norden Sri Lankas: 13 singhalesische Soldaten kommen bei einem Handgranatenangriff von Tamilen ums Leben, zwei sterben Tage später. Ab der Nacht zum 25.7. wütet seit langem geschürter Haß von Singhalesen tagelang und weitgehend unbehindert gegen Tamilen. Schon zum fünften Mal in der jüngeren Geschichte des Inselstaates werden Tamilen zu Hauf bestialisch umgebracht, dieses Mal mehr als je zuvor. Greuelszenen in vielen Orten des 15-Millionen-Landes: Mit Fahrradketten, Buschmessern oder Schlagstöcken bewaffnete Singhalesen bilden Straßensperren, zerren Tamilen aus Autos, machen sie nieder oder zünden gleich ganze Busse an. Singhalesen wurden vorher in Sicherheit gebracht. Menschenfackeln und verkohlte Leichen auf Straßen, daneben rauchende Häusertrümmer . . . Haß regiert das Land.
Fazit des Grauens, soweit bisher (31.8.) überhaupt überschaubar (1): „Offiziell" 384 Tote (FR v. 26. 8.), tatsächlich aber sicher viele mehr (lankesische Journalisten sprechen von 1.000 bis 2.000 Toten), tausende Verletzte, 18.000 Häuser sind niedergebrannt, rund 100.000 Personen sind obdachlos (FR v. 10.8.), an die 30.000 Arbeiter (sehr viele Singhalesen sind darunter) verloren ihre Beschäftigung bei tamilischen Fabrikanten. Allein in Colombo liegen mindestens 17 größere Fabriken in Schutt und Asche. Von den über

110.000 Flüchtlingen, in den ersten Wochen in Lagern notdürftig untergebracht, sind bis Ende August rund 40.000 in den Norden umgesiedelt; sie alle müssen völlig aufs Neue anfangen. Das ganze Ausmaß der Gewalttätigkeiten wird erst jetzt, wenn jemals überhaupt ganz, deutlich. Für die meisten Massenmedien ist Sri Lanka nun längst kein Thema mehr.

Die p ogromartigen Ausschreitungen richteten sich in erster Linie gegen die sogenannten „Ceylon-Tamilen". Ihre Vorfahren sind vor rund 2.000 Jahren von Südindien her eingewandert, heute zählen sie rund 1,8 Mio. und leben im Norden („Hauptstadt": Jaffna) und Osten Sri Lankas. Betroffen ist (und nach 1979 zum zweiten Mal) auch die zweite Gruppe der Tamilen, die der sogenannten „Indien-Tamilen", ca. 1,2 Mio Menschen. Die Engländer hatten ihre Vorfahren ab 1840 als billige Plantagenarbeiter aus dem südindischen Tamil-Nadu geholt. Sie leben im zentralen Berggebiet. Die Teearbeiter sind zu 90 % „Indien-Tamilen".



Tamilische Teepflückerin

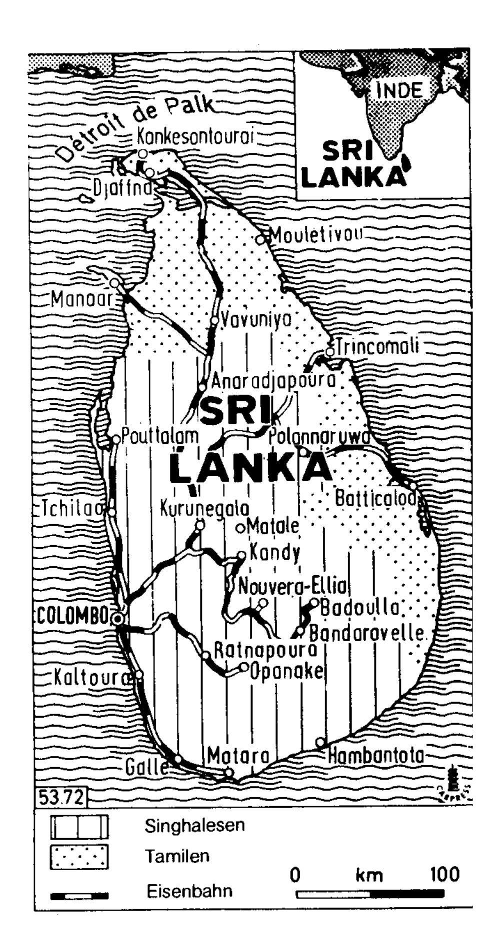
Staatlicher Terror gegen Tamilen

Trotz strikter Nachrichtensperre und Zensur läßt sich heute sagen: Hinter dem Fanal des Hasses stecken System, die Geschichte des britischen Kolonialreiches und eine Portion Eigendynamik. Es handelt sich um mehr als um blindwütige Mordtouren aufgehetzter singhalesischer Banden.

– Ganze Armee-Einheiten beteiligen sich Ende Juli 1983 an den Verwüstungen. In Trincomalee, der größten Hafenstadt des tamilischen Ostens der Insel, liefen an die 150 schwer bewaffnete Matrosen einen Abend lang Amok. Die genaue Zahl der Toten ist noch unbekannt, dürfte aber über 50 liegen.
  Die Polizei und Militärs verhielten sich während der neun Tage des Wütens häufig passiv, so in Colombo, Kandy, Nuwara Eliya, Matale oder Badulla. Damit schufen sie einen autoritätslosen Freiraum, in dem die aufgebrachte Masse zusehends glaubte, alles tun zu können.
– In vielen Straßen Colombos wurden systematisch alle Häuser der Tamilen niedergebrannt, allein am ersten Tag mindestens 3.000.
– Mit Wählerlisten in den Händen durchkämmten Soldaten und Mob in der Stadt Kandy Straße um Straße, „säuberten" Haus für Haus von allen tamilischen Bewohnern und brannten die Häuser nieder.
– Augenzeugen auch aus anderen Städten und Dörfern berichten, daß die Übergriffe in einer Form abgelaufen sind, die auf längere Vorbereitung schließen lassen. „Es ist ein offenes Geheimnis, daß die brandschatzenden Banden nicht nur von Polizei und Armee in Zivil und in Uniform, sondern auch von Regierungsvertretern geduldet, wenn nicht gar offen unterstützt wurden" (briefliche Mitteilung). Der Ceylonesische Arbeiterkongreß (CMC) beschuldigte die Behörden, sich bestenfalls passiv verhalten zu haben. „Die Hüter des Gesetzes blieben passiv und sie haben den Ausschreitungen in einigen Fällen sogar noch Vorschub geleistet", heißt es in der Erklärung.

Die einzige Domäne der „Ceylon-Tamilen" blieb der Groß- und Einzelhandel, den sie bis heute zur Hälfte beherrschen – oder beherrscht haben. Berichte deuten darauf hin, daß die Wirtschaftskraft der „Ceylon-Tamilen" außerhalb ihres Stammgebietes zerstört werden sollte. Vor allem Läden und Fabriken wurden systematisch niedergebrannt (z.B. in Matale, ein vorwiegend von Tamilen dominiertes Handelszentrum).

Am 25.7. wurden 35 tamilische, überwiegend politische Häftlinge im Hof des Welikada-Gefängnisses in Colombo von regulären Militärs erschossen. Die Regierungsversion lautet, singhalesische Häftlinge hätten sie erschlagen. So, als ob man im bestbewachten Gefängnis von Sri Lanka so leicht ohne Schlüssel in einen anderen



Trakt kommen könnte. Unter den Ermordeten ist Dr. Rajasundaram, im März 1983 „abgeholt" und mehrfach gefoltert, der Leiter der gewaltfreien Gandhiam-Gesellschaft, die sich seit 1977 besonders tamilischer Flüchtlinge angenommen hatte. Diese Organisation ist nun zerschlagen – ebenso die Hoffnung auf ein friedliches Zusammenleben aller Singhalesen und Tamilen.

Die „Sofortmaßnahmen" des Präsidenten Jayewardene, erst einige Tage nach dem 23. bzw. 25. Juli angeordnet, richten sich ausschließlich gegen die Tamilen: U. a. ist die einzige seit 1977 im Parlament vertretene Partei der Tamilen, die „Tamil United Liberation Front" (TULF) in ihren Möglichkeiten stark beschränkt worden. Allen „Separatisten" werden die Bürgerrechte aberkannt. Und erst drei Wochen nach Beginn der Ausschreitungen fand Jayewardene Worte der Anteilnahme für die Tamilen.

Man kann vermutlich nicht der ganzen Regierung vorwerfen, all das inszeniert zu haben. Wahrscheinlich aber stecken rassistische „Falken" in der Regierung dahinter. So eine Aktion kann nur mit einer Organisation im Hintergrund vollbracht werden.

Wurzeln der Gewalt

Die Wurzeln der Haßtiraden sollen hier nur angedeutet werden: Die „Ceylon-Tamilen" hatten sich als die eifrigeren



Diener für die britischen Kolonialherren erwiesen. Als Hindus hatten sie nicht die Berührungsängste mit dem Christentum wie die buddhistischen Singhalesen. Der Minderheitsstatus der „Ceylon-Tamilen" war für die Engländer der Grund, sich ihrer für Verwaltung und Ausbeutung des Landes zu bedienen. Teile und herrsche, probates Mittel der Herrschaft. Bis zur Unabhängigkeit Sri Lankas (1948) bekleideten sie jeden zweiten Regierungsposten, stellten sie 30 % aller Universitätsabsolventen, kontrollierten sie große Teile von Handel und Gewerbe.
Im (seither nur politisch) unabhängigen Ceylon (ab 1972 wieder Sri Lanka genannt) erwachte als Reaktion darauf singhalesischer Nationalismus. 1956 gewann die singhalesisch-buddhistische Singhala-Partei (SLFP) von Solomon Bandaranaike haushoch die Parlamentswahlen mit dem Schwur, sie werde alle Tamilen aus ihren privilegierten Stellungen treiben. Singhalesisch wurde zur einzigen Staatssprache erklärt und der Buddhismus 1972 durch eine Verfassungsänderung der Regierung Sirimavo Bandaranaikes, der Witwe von Solomon, als Staatsreligion eingeführt. Seit 1956 werden die „Ceylon-Tamilen" immer mehr bei der Vergabe von öffentlichen Posten und Investitionen, Neuland und Studienplätzen benachteiligt. Bei der Polizei sind heute nur noch sechs, im Militär drei Prozent Tamilen. Das derzeit wohl größte sogen. Entwicklungsprojekt in der Dritten Welt, die Mahaweli-Staudämme (Kosten bei 30 Milliarden ÖS), soll fast nur Singhalesen als Neuansiedlern zugute kommen.

Ruf nach eigenem Tamilenstaat

Gegenraktion der „Ceylon-Tamilen": Seit 1972 wird der Ruf nach Gleichberechtigung und Autonomie immer lauter. Radikalere Gruppen fordern seit 1974 einen eigenen Staat der Tamilen auf der Insel, ein „Tamil Eelam", sie „unterstreichen" das auch mit Waffengewalt. Die TULF, Sammelbecken verschiedener tamilischer Gruppierungen, vertritt bisher – allerdings mit immer schmälerer Basis – den gemäßigteren, den parlamentarischen Weg.
Die Unterdrückung der Minderheit hat Züge von systematischem, von oben einkalkuliertem Terror angenommen, der natürlich auch Momente des Unkontrollierbaren anhaften. Amnesty International dokumentiert in einem Bericht vom 6. Juli 1983 mehrere Fälle von Folterungen. Weitere Menschenrechtsverletzungen hatte die Internationale Juristenkommission bereits zwei Jahre davor veröffentlicht („Ethnic Conflict and Violence in Sri Lanka", 1981). Bereits 1958, 1977, 1979 und 1981 sind jeweils tausende Tamilen angegriffen worden, ab 1979 erstmals auch tamilische Teearbeiter in den Bergen. Insgesamt kamen in diesen Jahren über 600 Menschen ums Leben, fast alle waren Tamilen. Obwohl die verantwortlichen Polizisten und Militärs der Ausschreitungen von 1977 bekanntgeworden sind (Sansoni Report), wurde keiner von ihnen bisher zur Verantwortung gezogen. Offiziell waren in jenem Jahr über 100 Menschen umgekommen.

Gegengewalt verschärft Repression

Wer nach Jaffna auf dem Landweg will, muß durch den „Elephanten-Paß". Dieser einzige Zugang zum Nordwesten ist knapp 20 Meter eng: eine Straße, ein Schienenstrang, rechts und links das Meer. Selbst in „normalen" Zeiten wird hier jeder kontrolliert, werden Züge, Lastwagen und Busse von Soldaten peinlich genau durchsucht. Dieser Paß ist „dicht", die meisten „Ceylon-Tamilen" sind vom Rest des Landes abgeschnitten. Die ganze Nordprovinz sieht aus wie ein besetztes Land. Im Mai dieses Jahres erhielten die „Sicherheitskräfte" die Sondervollmacht, die Leichen Getöteter ohne gerichtliche Beurkundung zu bestatten.
Polizei und Militär stiefeln immer wieder blutig auf Tamilen herum. Allein im Juni 1983 sind über 40 Tamilen bei Überfällen und Brandstiftungen ermordet worden. Der staatliche Terror treibt zwangsweise Gegengewalt hervor. Oft geht es Schlag auf Schlag. Zum Beispiel die unmittelbare Vorgeschichte zu den Ereignissen ab dem 23. Juli: Zwei Tage zuvor kidnappten singhalesische



Singhalesische Truppen

Soldaten drei tamilische Mädchen und vergewaltigten sie. Die Handgranaten folgten prompt und tödlich.
Drei Parteien der Linken sind per Notstandsverordnung verboten worden. Offiziellen Quellen zufolge wurden bis Mitte August rund 5.000 Personen in Haft genommen, darunter viele Anhänger dieser drei Parteien. Der TULF wurde untersagt, weiterhin für einen eigenen Tamilenstaat aufzutreten. Allen Parlamentsabgeordneten wird der Eid auf die Einheit des Staates abverlangt.

Dies kommt einem Quasiverbot der TULF gleich. Der weitere Krieg ist vorprogrammiert.
Vermutlich ist 1972 die letzte Chance für eine friedliche Regelung vertan worden. Geplant war, in die republikanische Verfassung, welche die Insel konstitutionell von der Kolonialmacht England trennte, eine föderative Ordnung einzubauen, die den „Ceylon-Tamilen" zwar keinen eigenen Staat, aber doch ein erhebliches Maß an Selbstverwaltung beschert hätte.

Doch mit der drastischen Beschränkung der parlamentarischen Tamilenvertretung werden nun auch die Gemäßigten radikaler. Die Spur des Blutes wird nicht abreißen. Joe Kemptner

1) Dieser Bericht stützt sich auf Direktberichte aus Sri Lanka und einige europäische Zeitungen. Eine Dokumentation ist erhältlich vom SCCK-Sri Lanka Coordinating Centre of Kassel, c/o Ökumenische Werkstatt, Querallee 50, 3500 Kassel (kleiner Druckkostenbeitrag) Weitere Informationen in den „blättern" Heft 109.

Auch dieses Jahr sind wir auf der

Frankfurter Buchmesse
(12. – 17. 10. 1983)
zu finden.
Unser Stand befindet sich in:
Halle 6, Erdgeschoß
Gang E, Nr. 108
Kommt doch mal vorbei!

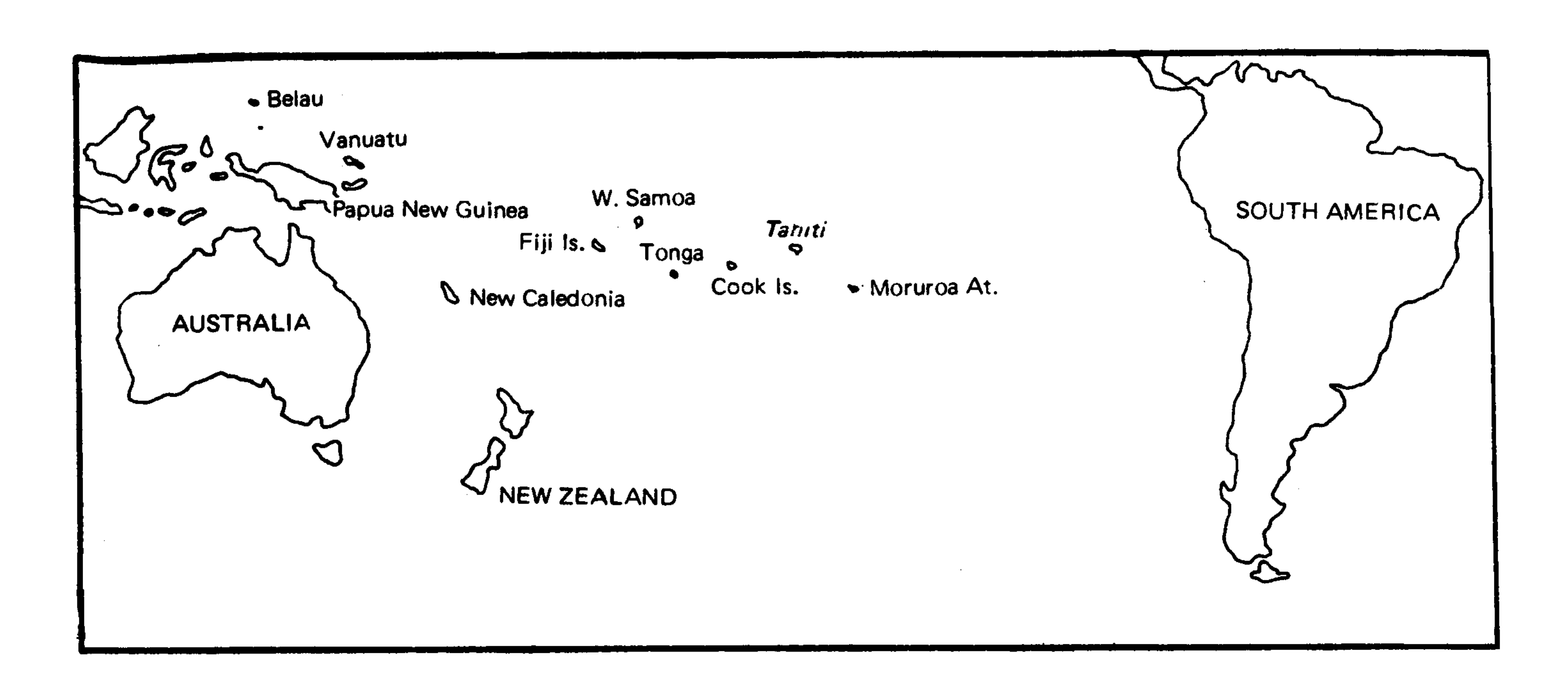
Nukleare Rüstung

Konferenz für einen nuklear-freien und selbständigen Pazifik

In Vanuatu (ehemalige „Neue Hebriden"), 2000 km östlich von Australien, trafen sich vom 10. bis 20. Juli etwa 100 Vertreter der Friedens- und Anti-Atom-Initiativen der Pazifikregion.
Der Pazifik mit seinen Inselstaaten bedeckt mehr als ein Drittel der Erdoberfläche und ist seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki das Gebiet, das am meisten von der atomaren Entwicklung heimgesucht wurde und bis heute heimgesucht wird.
Der Kampf für einen atomfreien Pazifik ist hier eng mit dem Kampf für die politische Unabhängigkeit der pazifischen Inselstaaten verknüpft.

Frankreich besitzt im Süden des pazifischen Ozeans Kolonien, z.B. das an Nickelvorkommen reiche Neukaledonien oder Französisch-Polynesien, wo Frankreich seine Atomwaffen testet.
Die Vereinigten Staaten verwalten als UN-Treuhandgebiet Mikronesien, das flächenmäßig so groß ist wie die USA selbst, aber mit nur 130 000 Einwohnern von weniger Menschen bewohnt wird als das Fürstentum Liechtenstein.
Dort führten die USA zwischen 1946 und 1958 66 Atomwaffentests durch und testen dort bis heute MX-Raketen, Raketen, die zur Kriegsführung im All benutzt werden sollen, u.a.

Der Zusammenschluß der Initiativen der weit auseinander liegenden Inseln ist die größte Friedens- und Anti-Atom-Bewegung der III. Welt. Seit 1975 entwickeln die Insulaner ihre gegenseitige Hilfe zur Unabhängigkeit und Demilitarisierung. Sie besitzen seit 1980 ein Koordinationsbüro in Hawaii. So wird Öffentlichkeit für Aktionen auf weltverlassenen pazifischen Inseln hergestellt, Unterstützung für Anliegen erreicht, die früher von den „Schutzmächten" spurlos unterdrückt worden wären.
Bei der Vorbereitung der Konferenz war man darauf bedacht, daß die Insel-



bevölkerung die Mehrheit der Konferenzteilnehmer stellte und nicht die Bewohner der hochindustrialisierten Pazifikanrainerstaaten wie Japan oder Amerika oder die Gäste aus Europa. Zusammen mit den Vertretern der Ureinwohner aus den USA, Australien und Neuseeland stellten die Einheimischen über Dreiviertel der Teilnehmer. Die Konferenz war zu Gast in einem erst 1980 selbständig gewordenen atomfreien Staat. Im März 1983 erklärte das Parlament von Vanuatu den Staat „nuclear free".

Eröffent wurde die Konferenz durch den Vize-Premierminister Regenvanu, aber nicht nur Vertreter der Regierung und der regierenden Vanuaaku Partei begrüßen die Konferenzteilnehmer, auch Kirchenvertreter und die nationale Versammlung der traditionellen Dorfvorsteher. Diese sind die sozialen bzw. politischen Kräfte, die die Selbständigkeit Vanuatus erkämpften.

Ich nahm als deutscher Vertreter an der Konferenz teil. Wir ernährten uns von Lebensmitteln, die aus den Dörfern Vanuatus gespendet wurden. Der Vorstand der nationalen Versammlung, der Dorfvorsteher (Chief) Willie Bongamatur hatte zu diesen Spenden aufgerufen. Wir befaßten uns mit der Situation des Pazifiks und erarbeiteten neue Aktionsvorschläge.

Der Pazifik strotzt vor Militär. Seine Weiten bieten ideale Operationsmöglichkeiten für Seestreitmächte, insbesondere für U-Boote der USA und der Sowjetunion. Nicht nur die USA, sondern auch Großbritannien, China und die Sowjetunion testen ihre Raketen im Pazifik. Auf Inseln wie Hawaii, Guam und Okinawa befinden sich riesige US-Stützpunkte. In seinen südpazifischen Kolonien beherbergt Frankreich einen beträchtlichen Anteil seiner Streitmächte.

Auf vielen Inseln ist die einheimische Bevölkerung zur Minderheit geschrumpft. Z. B. auf Guam oder Neukaledonien darf jeder, der am Wahltag auf der Insel ist, wählen, also auch Soldaten der Basen. Die Zahl der Einheimischen ist bekannt. Für wichtige Wahlentscheidungen werden Truppentransporte organisiert.

Das atomare Wettrüsten, das hier, im 38 Jahre lang von einem Krieg verschonten Europa, manchem verhältnismäßig „friedlich" erscheinen mag, fordert dort Todesopfer. „Direkte Folgen des Fallouts waren für die betroffenen Menschen auf Rongelap, Utirik und anderen nördlichen Marshall-Inseln Jucken, Brennen der Haut, Übelkeit und Erbrechen", berichtete Biran Stege, eine Lehrerin von den Marshall-Inseln der Konferenz, rückblickend auf den „Bravo"-Wasserstoffbombentest von 1954 und fuhr fort: „Seitdem leiden die Opfer und nun auch ihre Kinder unter Erblindung durch Linsentrübung, Schilddrüsenproblemen, Krebs, Totgeburten, Frühgeburten, geistigen und körperlichen Mißbildungen bei ihren Kindern und unter anderen Schäden. (...) Wenn die US-Ärzte, die regelmäßig zur Untersuchung der Opfer kommen, Zusammenhänge mit der radioaktiven Verseuchung finden, lehnen sie die Behandlung der Patienten ab und verweisen sie an die lokalen Ärzte, die keine Ausrüstung zu ihrer Behandlung haben."

Die amerikanischen Ärzte kommten von der „Atomic Energy Commission", die für Atomwaffentests allgemein zuständig ist und die medizinischen Daten für die Atomkriegsführung braucht.

Die Verwaltung der Marshall-Inseln läßt keine unabhängigen Untersucher ins Land, so auch nicht die Konferenzteilnehmerin Rosalie Bertell, amerikanische Nonne und angesehene Biostatistikerin, Epidemiologin und Spezialistin über die Folgekrankheiten der radioaktiven Bestrahlung. Sie wartet bis heute auf eine Genehmigung.

Auch um das französische Testgebiet von Muroroa herum sollen Hirntumore und Leukämien vermehrt auftreten. Die französ ische Regierung läßt überhaupt niemanden außer Beschäftigten, die direkt mit den Tests zu tun haben, in diese Regionen. Frankreich fürchtet um sein Testgelände; die USA befürchten hohe Schadenersatzklagen, wenn das wirkliche Ausmaß der Gesundheits- und genetischen Folgeschäden bekannt wird.

Gleichrangig neben der Diskussion über die Militarisierung und Atomverseuchung wurde über die wirtschaftliche Deformierung der Pazifikstaaten durch (Neo)Kolonialismus debattiert. Die meisten Inseln sind wirtschaftlich von Militär und Tourismus abhängig geworden, insbesondere Guam, Hawaii und Tahiti.

Die Wirtschaft von „Französich"-Neukaledonien ist so einseitig auf Nickelabbau konzentriert, daß „man Speiseöl und Seife aus Frankreich importiert, während die Kokosnüsse auf den Inseln verderben, aus denen doch Seife und Öl herzustellen wäre", so Benjamin Yolawawa aus Neukaledonien, „Artikel aus dem Ausland werden uns aufgezwungen und machen uns zu Sklaven eines Entwicklungsmodells, das uns von unseren Wurzeln entfernt." „Früher konnten die Insulaner sich selbst versorgen. Heute ist Mikronesien zu über 90 % von der US-Hilfe abhängig", so Giff Johnson, Journalist und Koordinator der Bewegung aus Hawaii.

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Abhängigkeit, vor dem die politische Unabhängigkeit schwierig, wenn nicht unmöglich wird, klang oft die Verzweiflung der Aktiven dieser Inseln an. Trotzdem oder gerade deshalb wurde auf der Konferenz beschlossen, entwicklungspolitische Alternativen zu entwickeln, die diese Länder unabhängig machen sollen und die mit Dezentralismus und Ökologie vereinbar sind.

Roman Bedor, Rechtsanwalt aus dem Inselstaat Belau (Palau) im westlichen Teil von Mikronesien sprach von der großen Sorge der Bewohner des Pazifik: „Wir haben den Alptraum von der „erfolgreichen" Friedensbewegung in Europa oder den USA: sie könnten z.B. ein atomwaffenfreies Europa erkämpfen, ein atomwaffenfreies Amerika

– und die Atomwaffen landeten dann bei uns auf U-Booten, Stützpunkten in unserer Nähe – der globale Atomkrieg drohte nach wie vor – und er nähme seinen Anfang bei uns, da Atomwaffen atomare Angriffe wie Magneten die Eisenspäne anziehen...". Frau Rada Gungaloo von Mauritius im Indischen Ozean fügte hinzu: „Was für ein Sieg ist das, wenn die Frauen von Greenham Common in ihrem Kampf gegen die Stationierung von Cruise Missiles in Großbritannien erfolgreich sein sollten? Es ist nur ein kleiner Erfolg, denn diese Raketen werden auf B-52-Bombern auf der Insel Diego Garcia im Indischen Ozean stationiert." (Von der Insel Diego Garcia wurden 1800 Familien nach Mauritius zwangsdeportiert, um diese Insel für eine amerikanische Militärbasis freizumachen).
Eine verständliche Sorge, denn die zahlenmäßig schwachen und weit auseinanderliegenden Initiativen können noch lange nicht den Druck ausüben, der in Europa und den USA möglich ist. „Machen wir uns lieber stark für eine atom(waffen)freie Erde, anstatt daß durch unsere Arbeit nur die Atomwaffen von einem Punkt zum anderen verlagert werden", so ein japanischer Vertreter.
Doch die Teilnehmer der Konferenz berichteten nicht nur über ihre Nöte. Sie berichteten auch über ihren Widerstand und dessen Erfolge, denn seit 1975 ist die Bewegung von Jahr zu Jahr gewachsen.
Bewohner der Republik Belau verabschiedeten die erste atomfreie Verfassung der Welt, die nicht nur Atomwaffen, sondern auch die zivile Nutzung der Atomenergie einschließlich Atommüllversenkung auf dem Territorium von Belau verbietet.
Die zwischen 1951 und 1964 von den USA zwangsevakuierten Inselbewohner des Kwajalein-Atolls (Raketentestgebiet der USA in Mikronesien) besetzten 1982 vier Monate lang ihre eigentlichen Heimatinseln im militärischen Sperrgebiet und erkämpften gewisse Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen.
Japan mußte seine Atommüllversenkungspläne wegen des starken pazifischen Widerstandes seit 1980 wiederholt verschieben und hat sie nun vorerst aufgegeben. Inselstaaten wie Nauru und Kiribati setzten im Februar '83 mit Unterstützung skandinavischer Länder einen zweijährigen Atommüllversenkungsstopp auf der „London Dumping Convention" durch.
Bedingt durch die geographische und politisch-wirtschaftliche Situation wird die augenblickliche globale Aufrüstung dort in manchen Punkten anders gesehen. Owen Wilkes aus Neuseeland, ehemaliger Mitarbeiter des Friedensinstitutes SIPRI in Stockholm, der durchaus auf die noch nie da gewesene atomare Bedrohung in Europa, die mit der Nachrüstung, besonders mit Pershing II hervorgerufen wird, hinwies, berichtete von einer aktuellen Gefahr auf den Philippinen. „Vor kurzem starben einige Soldaten des neuseeländischen „Special Air Service" der sogenannten Truppen zur Niederschlagung der Aufständischen (counterinsurgency) bei



einem Unfall auf den Philippinen... Wir geraten ein wenig in die Sphäre der Spekulation, aber ich glaube, wir sollten uns über die Möglichkeit Gedanken machen, daß die USA sich auf einen Krieg gegen Aufständische auf den Philippinen einstellen. Dies würde viel von den Anstrengungen und bekanntgewordenen Stationierungen der USA und würde auch sogar die Expansion des japanischen Militärs südwärts erklären und außerdem auch die anscheinend in Korea zentralisierte militärische Ausbildung... Mir scheint, daß wir in der gleichen Situation sind, in der wir etwa um 1963 waren. Damals entstand auf die massive Aufrüstung der USA hin eine fast ebenso massive Kampagne für atomare Abrüstung wie heute. Aber die atomare Aufrüstung diente als eine Art Rauchvorhang, hinter dem die USA ihre Möglichkeit zur Intervention und die versteckten Aktivitäten zur Vorbereitung des Vietnamkrieges erhöhten. So ziehen sich die USA zurück auf die Vorbereitung durchführbarer und gewinnbarer kleiner Kriege gegen kleine und mehr Länder... Wir können sehen, wie die neuen Möglichkeiten bereits an Orten wie Nikaragua, El Salvador und vor der Küste von Libyen ausprobiert werden. Hoffentlich kann die Bewegung für einen nuklearfreien und selbständigen Pazifik den nächsten Vietnamkrieg verhindern, wo auch immer er geschehen mag."
Die Bewegung der Philippinen war auf der Konferenz vertreten durch die katholische Nonne Aida Velasques, Sprecherin der „Nuclear Free Coalition," außerdem durch Jose Cunanna und Jaime Guerrero von der „Anti-Bases Coalition". Die Philippinen sind neben Osttimor (seit 1975 von Indonesien besetzt) im Moment das Land im Pazifik, das möglicherweise in der Lage sein könnte, aus eigener Kraft ausländische, sprich amerikanische Basen loszuwerden, und zwar wegen ihrer machtvollen Opposition.
In der programmatischen Erklärung der im Februar dieses Jahres gegründeten „Anti-Bases Coalition", die die Schließung der amerikanischen Basen zum Ziel hat, heißt es unter anderem: „Wir unterstützen den Ruf nach der Beseitigung aller ausländischen militärischen Basen und Truppen, den Ruf nach der Entnuklearisierung Asiens, des Pazifik und der ganzen Welt."
Um die weltweite Ausdehnung der Friedensbewegung sichtbar zu machen, beschloß die Konferenz, daß die Gruppen im Pazifik sich der europäischen und amerikanischen Aktionswoche im Oktober anschließen sollen.
Es ist dringend nötig, auch hier ein „Netzwerk" zur Unterstützung der pazifischen Bewegung aufzubauen, denn diese braucht Öffentlichkeit und den daraus sich ergebenden internationalen politischen Druck auf die Atommächte, um ihre Anliegen durchzusetzen. Ein solches Netzwerk sollte dafür sorgen, daß Aktionen im Pazifik hier schnell bekannt werden und daß Unterstützung für sie organisiert werden kann, z.B. durch Proteste vor Botschaften u.ä.
Freunde der Erde, die seit 1980 Kontakt mit der pazifischen Bewegung aufrechterhalten, planen ein monatliches Informationsblatt über den Pazifik herauszugeben, wenn genug Abonnenten sich melden. Diese Arbeit sollte mit dem zu bildenden „Netzwerk" koordiniert werden. Freunde der Erde können Informationsmaterialien und anderes Euch zur Verfügung stellen. Die Herstellung und Anschaffung von Informationsmaterialien sowie die Korrespondenz mit der pazifischen Bewegung kosten sehr viel. Daher bitten wir um Spenden. Wer weitere Informationen möchte oder in anderer Weise helfen kann, kann sich an Jannes Tashiro oder Freunde der Erde wenden.
Adressen: Freunde der Erde Berlin, Gneisenaustr. 2, 1 Berlin 61 oder Jannes Tashiro, Leinestr. 6, 1 Berlin 44, Telefon 030/6218373 (Mo-Fr vormittags).
Spende: Mit dem Vermerk: „Pazifik" auf das Konto „Freunde der Erde", Sonderkonto A. Engelhardt, Postscheckkonto Nr. 5093-107 Berlin West BLZ 100 100 10

Jannes Tashiro

Türkei

„Die Unabhängigkeit gilt nur bei Folter und Mord, das ist Barberei"

(Dursum Akam, türkischer Schriftsteller)

Während die türkische Militärjunta ihrer Diktatur – vor allem auch für ihre Nato-Verbündeten – durch Parlamentswahlen am 6. November 1983 eine demokratische Fassade geben will, sitzen immer noch mehr als 20 000 politische Gefangene in den türkischen Gefängnissen.
2 500 politische Gefangene aus allen linken Organisationen der Türkei begannen am 6. Juli '83 einen zunächst unbefristeten Hungerstreik. Dieser „Hungerwiderstand", wie ihn die Betroffenen selbst bezeichnen, ist für sie das äußerste menschliche Mittel im Kampf um Haftbedingungen, die das Überleben und die Identität der Gefangenen in den türkischen Militärgefängnissen sichern sollen.
Die politischen Gefangenen bitten in einem aus dem Gefängnis geschmuggelten „Aufruf an die Weltöffentlichkeit" um internationale Solidarität und Unterstützung ihrer Forderungen.
Der im Istanbuler Militärgefängnis begonnene Hungerstreik wurde dort wegen massiven Drucks der Militärregierung (Lautsprecherübertragungen etc.) am 6. August abgebrochen. Im ostanatolischen Erzurum setzen jedoch 1 200 Gefangene den Hungerstreik fort.
Die türkische Militärregierung ist bisher auf keine der Forderungen der Hungerstreikenden eingegangen. Im Gegenteil: In früheren Hungerstreiks erkämpfte Verbesserungen der ärztlichen Versorgung wurden wieder zurückgenommen, obwohl sich der Gesundheitszustand der Hungerstreikenden ständig verschlechtert. Die Gefangenen wurden in Einheitskleidung gesteckt, in andere Gefängnisse verlegt und in Isolierzellen gesperrt. Die Gefangenen erhalten auch nach Abbruch der Hungerstreiks keine ihrem Gesundheitszustand entsprechende Nahrung. Sie sind somit zum unfreiwilligen Weiterhungern gzwungen.
Bisher hat der Hungerstreik mindestens drei Todesopfer gefordert; mehr als 200 Gefangene liegen bereits im Koma, und die meisten haben bleibende Gesundheitsschäden davongetragen. Die türkische Militärjunta ist davon jedoch nicht beeindruckt, sie scheint auch vor einem Massensterben in den türkischen Gefängnissen nicht zurückzuschrecken.
Die politischen Gefangenen der Türkei sind daher auf unsere Solidarität dringender denn je angewiesen.
In vielen bundesdeutschen und westeuropäischen Städten haben sich deshalb in den letzten Monaten Solidaritätskomitees gegründet. Einige unterstützen die Forderungen der hungernden Gefangenen sogar mit eigenen Hungerstreiks.

Massiver Druck auf die Bundesregierung ist in zweierlei Hinsicht dringend erforderlich:

AUFRUF AN DIE WELTÖFFENTLICHKEIT

DAS LEBEN VON 2 500 POLITISCHEN GEFANGENEN MUSS GERETTET WERDEN

Die menschenunwürdigen Maßnahmen der Militärjunta in der Türkei gegen die politischen Gefangenen sind in der ganzen Welt bekannt. Da diese Maßnahmen ständig verschärft werden und Ausmaße annehmen, die nicht mehr zu ertragen sind, führen 2 500 politische Gefangene einen Hungerstreik durch.
Durch den Hungerstreik, den die politischen Gefangenen in den Militärgefängnissen Metris, Kabakoz, Sagmalcilar und Sultanahmet durchführen, ist ihr Gesundheitszustand inzwischen lebensbedrohlich geworden. Bis heute wurden fünf von ihnen in bewußtlosem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert, über die Situation vieler anderer ist nichts bekannt.

Die Kriegsrechtskommandantur hat ein Informationsverbot für die Presse verfügt und alle Verbindungen der Gefängnisse mit der Außenwelt abgeschnitten, damit nichts über den Hungerstreik bekannt wird. Trotzdem ist es den Gefangenen gelungen, einen Brief an die Verwandten weiterzuleiten.
Die Hungerstreikenden fordern in diesem Brief die Wahrung der Mindest-Menschenrechte:

a) die Aufhebung der Unterdrückung und Folter in den Gefängnissen
b) die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung
c) die Möglichkeit unbeobachteter Gespräche der Gefangenen mit ihren Anwälten und Familienangehörigen
d) Keine Einheitskleidung für die politischen Gefangenen und Rückgabe der Zivilkleidung
e) Erlaubnis, Bücher und Zeitungen zu lesen, Schreibmaterial und Stifte zu besitzen

Selbst diese geringen Forderungen haben die Juntakräfte verärgert, von den Familienangehörigen, die für die Erfüllung der Forderungen bei der Kriegsrechtkommandatur vorsprachen, wurden vier verhaftet.

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, unterstützen die Forderungen der hungerstreikenden Gefangenen. Und wir fordern, daß das Leben der 2 500 Menschen, die stellvertretend für Tausende von politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen durch Folter unterdrückt werden, einen Hungerstreik durchführen, gerettet wird. Deshalb rufen wir alle Menschen, Organisationen, Parteien und Regierungen, die auf der Seite der Demokratie und der Menschenrechte stehen, auf, sich mit den Gefangenen zu solidarisieren und sich dafür einzusetzen, daß die Forderungen erfüllt werden.

RETTET DAS LEBEN DER 2 500 POLITISCHEN GEFANGENEN!



Mitglieder des Komitees für die Freilassung Kemal Altuns protestieren vor dem Berliner Kammergericht, das die Auslieferung Altuns initiiert und beschlossen hatte. Die präparierten Folterspuren sollen darauf hinweisen, was Altun nach einer Auslieferung erwartet. Von den verantwortlichen Richtern ließ sich niemand blicken.

Zum einen ist die Bundesregierung weder bereit, sich der Klage der skandinavischen Länder und der Niederlande gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei bei der Europäischen Menschenrechtskommission anzuschließen, noch willens, die für die türkische Junta „lebenswichtige" Finanz- und Militärhilfe einzustellen. Die Bundesregierung „hofft" statt dessen auf „wirklich demokratisch legitimierte Wahlen" am 6. November. Zum anderen aber kennt sie auch keine Skrupel, mit dem türkischen Regime zusammenzuarbeiten. Die Besuche der Minister Blüm und Zimmermann in den letzten Wochen haben noch einmal deutlich gemacht, daß es der Bundesregierung nicht um Kritik oder Forderungen gegenüber der Junta geht. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, daß 1986 das EG-Assoziierungsabkommen mit der Türkei in Kraft tritt. Die Bundesregierung ist aber festentschlossen, das Abkommen nur mit Einschränkungen zu akezptieren. Die Aufenthalts- und Einreisebeschränkungen für die in der BRD lebenden türkischen Bürger sollen auch weiterhin gelten. Die Freizügigkeit kann aber nur dann eingeschränkt werden, wenn die türkische Regierung durch eine *einseitige* Verzichtserklärung zustimmt. Deshalb wohl auch die „konziliante" Haltung der Bundesregierung gegenüber den Auslieferungswünschen der Junta. So soll Zimmermann von seinem letzten Besuch in der Türkei im Juli eine Liste mit 180 Namen mitgebracht haben.
C. Kemal Altun ist *ein* Opfer der „nach wie vor guten Zusammenarbeit mit der Türkei auf polizeilichem Gebiet" (Innenminister Zimmermann) geworden. Kemal Altun, der dreizehn Monate in Abschiebehaft saß, hat sich am 31. August das Leben genommen. Isolierhaft und die Angst, jeden Tag an die türkischen Folterer ausgeliefert zu werden, haben ihn in den Tod getrieben. Bis zuletzt wurde er über sein weiteres Schicksal völlig im Unklaren gelassen.

Außenminister Genscher verweigerte Altuns Rechtsanwalt die Zusage, Kemal nicht auszuliefern, solange über seinen Fall nicht vor der Europäischen Menschenrechtskommission entschieden worden ist. Zimmermann, der die Auslieferung Kemal Altuns nach seiner Rückkehr aus der Türkei vorangetrieben hat, Genscher sowie seine Helfershelfer im Justizministerium tragen die volle Verantwortung für C. Kemal Altuns Tod.
Wir müssen verhindern, daß sich ein ähnlicher Fall wiederholt: derzeit sind mindestens acht weitere politisch Verfolgte aus der Türkei durch Auslieferung bedroht. Denn die Entscheidungen bei den zuständigen Oberlandesgerichten über die Zulässigkeit der Auslieferung liegen bereits vor. Die Ignoranz und gleichzeitige Brutalität der bundesdeutschen Justiz, die sich um das Schicksal der Abgeschobenen wenig oder gar nicht kümmert, sind schon oft dokumentiert worden. Nach Altuns Tod wird seitens der Verantwortlichen Betroffenheit geheuchelt und ein Umdenken im „politischen Umfeld" angekündigt.
Die bisher nur angedeuteten *besonders* engen wirtschaftlichen, militärischen und politischen Verbindungen zwischen der BRD und der Türkei mit für die Betroffenen brutalen Konsequenzen verlangen von uns verstärkte Solidarität und massiven Druck auf die Bundesregierung:

- **Wir unterstützen die Forderungen der Hungerstreikenden in den türkischen Gefängnissen**
- **Wir verlangen die Entsendung von Delegationen mit Ärzten und Rechtsanwälten, um die medizinische und rechtliche Situation in den türkischen Gefängnissen zu untersuchen.**
- **Wir fordern die Bundesregierung auf, jegliche Finanz- und Militärhilfe einzustellen und sich der Klage gegen die Türkei vor der Europäischen Menschenrechtskommission anzuschließen.**
- **Wir verlangen die sofortige Einstellung der gegenwärtigen Asylpolitik und der Auslieferungspraxis gegenüber türkischen und anderen Emigranten**
- **Wir wenden uns gegen die bestehenden Ausländergesetze und deren Verschärfung.**

Wir rufen alle dazu auf, diese Forderungen aktiv mit Telegrammen, offenen Briefen etc. zu unterstützen:

An die Botschaft
der Türkei
Postfach
5300 BONN

und/oder

An das Innenministerium
5300 Bonn

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeiten:

Solidaritätskomitee mit den Hungerstreikenden in der Türkei, c/o Evangelische Studentengemeinde, Königstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 02 28 / 21 79 60 oder 21 79 76

b. u.

NESTLE-Boykott: Unterschriftenaktion und Sammlung von Gratisproben künstlicher Babynahrung geht weiter!

Auch nach der Übergabe von 110.000 Unterschriften im Mai 1983 geht die Unterschriftenaktion weiter. Die Aktionsgruppe Babynahrung bittet weiterhin um tatkräftige Unterstützung!

ERKLÄRUNG UND PETITION

An Herrn Präsident Helmut Maucher
Nestle, S. A.
1800 Vevey – Schweiz

Ich werde keine Nestle Produkte mehr kaufen, bis Sie folgende Forderungen erfüllen:

Nestle muß den internationalen Kodex der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über die Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten sofort, überall und genau einhalten, d. h. im Wesentlichen:

- keine direkte öffentliche Werbung für Muttermilchersatzprodukte
- keine direkte bzw. indirekte Verteilung von Gratisproben an Mütter
- kein Kontakt mehr zwischen Verkaufspersonal und Müttern
- keine Werbung mehr über medizinische Personal und Gesundheitseinrichtungen

Name	Anschrift	Beruf	Unterschrift
1.			
2.			
3.			
4.			

Bitte zurücksenden an: Aktionsgruppe Babynahrung (AGB) e.V.
Düsterer Eichenweg 2, 3400 Göttingen

Da die **Sammlung von Gratisproben künstlicher Babynahrung** und ihre Übergabe an die Abgeordneten des Bundestages eine erfolgreiche Aktion war, soll sie ein weiteres Jahr fortgeführt werden.
Faltblätter, Unterschriftenlisten und Informationsmaterialien zu dieser Aktion bei der Aktionsgruppe Babynahrung (Adresse s.o.), die Gratisproben sollen weiterhin an terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück, gesandt werden.

Seminare zur Koordinierung des NESTLE-Boykotts:
Nord: 12./13. 11. 1983, Hamburg, Anmeldung: Heidrun Winkelmann, AGB (Adresse s.o.)
Süd: 26./27. 11. 1983, Ludwigsburg, Anmeldung: Wolfgang Kraus, Urbanstraße 133, 7300 Esslingen,
Telefon: 0711 - 313141 (dienstlich: 343707)

»Die Saat, die wir gesät haben, kann nicht herausgerissen werden«

(Salvador Allende 11.9.73)

Die Erfahrungen des chilenischen Volkes mit Demokratie und Diktatur

von Christian Neven-du Mont (iz3w)

Als Prototyp einer brutalen Militärdiktatur hat sich Chile in den zehn Jahren seit dem Putsch von 1973 dem Bewußtsein der Weltöffentlichkeit eingeprägt. Den Bekanntheitsgrad des Diktators Pinochet hat keiner der vielen Generäle, die sich seither von Argentinien bis zur Türkei an die Macht geputscht haben, auch nur im entferntesten erreicht.

Nicht nur als Modell einer Diktatur ist Chile aber im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit, sondern auch als Modell wirtschaftlicher Freiheit, als Spielwiese der Theorien des Nobelpreisträgers für Wirtschaftswissenschaften Milton Friedman, erfolgreiches Modell der Rückkehr zum Kapitalismus des 19. Jahrhunderts, vielfach nachgeahmt in Ländern der Dritten Welt, aber auch in England und in den USA.

Weniger bekannt ist jedoch, daß vom freien Spiel der Kräfte in Chiles Wirtschaft längst nicht mehr die Rede sein kann. Mit seinem polnischen Kollegen Jaruzelski hat Pinochet inzwischen mehr gemeinsam als nur die Sonnenbrille: beide regieren in einem Land, in dem der Staat heute mehr als zwei Drittel des Gesamtkapitals kontrolliert.

Da sich bei 21 Milliarden Dollar Auslandsschulden keine neuen Gläubiger mehr finden lassen (es ist die höchste Pro-Kopf-Rate der Welt) war der chilenische Staat gezwungen, die gesamte private Auslandsschuld sowie die Privatbanken zu übernehmen. Die meisten wichtigen privaten Produktionsunternehmen haben Konkurs angemeldet, sie gehören praktisch den Banken und somit dem Staat.

Der Züricher »Tagesanzeiger« schreibt hierzu:

»Chiles Wirtschaft ist also heute in einem viel größeren Maß sozialisiert als unter Allende, nun aber mit einer schwindelerregenden Schuldenlast, die von der Öffentlichkeit übernommen werden muß. Dieses Faktum allein, daß heute die *privaten* Schulden von einer Regierung übernommen werden müssen, die die *private* Verantwortung zum höchsten Prinzip erhoben hat, spricht für den Bankrott des Systems.«

Das soziale Elend, das diesen Zusammenbruch begleitet, ist ungeheuer: die Arbeitslosenrate, die unter der Militärherrschaft nie unter 15 % sank, liegt heute bei mindestens 30 % (etwa eine Million Menschen).

Werfen wir einen Blick in die Geschichte: 1972, als die demokratisch gewählte Regierung Allende versuchte, einige wichtige Produktionsbetriebe aufzukaufen, um die Verfügungsgewalt privater Monopolgruppen über die Wirtschaft einzuschränken, erschien in der bürgerlichen Zeitung »El Mercurio« folgende Anzeige der Unternehmerorganisation FRENAP (Nationale Front des privaten Sektors):



Nie mehr Arbeitslose!
Mit dem Geld, mit dem die Regierung die entscheidenden chilenischen Industrien zu kaufen beabsichtigt, die schon bestehen und voll produzieren, könnte man neue Betriebe schaffen, die stabile und sichere Arbeitsplätze für 100 000 Personen bieten und das Drama der Arbeitslosigkeit endgültig beenden würden.

Trotzdem kehrt die Regierung — statt das Geld aller Chilenen dazu vorzusehen, die Entwicklung voranzutreiben und neue Arbeitsplätze zu schaffen

— dem Volk den Rücken und läßt seine dringendsten Probleme ungelöst.

Chilenische vorhandene Betriebe kaufen bedeutet, daß Chile sich selbst das kauft, was ihm schon gehört.
Chile braucht Investition, nicht staatliches Monopol.

Nationale Front des privaten Sektors.

Man fragt sich zwar, warum die Unternehmer mit dem Geld, das sie vom Staat für die Fabriken erhalten, nicht selbst neue Arbeitsplätze schaffen wollen — doch immerhin: rein theoretisch hat die Rechnung gestimmt — 100 000 neue Arbeitsplätze hätten genügt, um allen Arbeitslosen (3,1 % von knapp 3 Millionen Erwerbstätigen) Arbeitsplätze zu beschaffen. Heute, nachdem die verstaatlichten Fabriken den Unternehmern zurückgegeben worden sind, nach zehn Jahren Diktatur des Bürgertums, gibt es also zehn mal so viele Arbeitslose wie 1972, bei etwa gleichbleibender Bevölkerungszahl.* Hierbei muß man sich vor Augen halten, daß es keine Arbeitslosenunterstützung gibt.

Mit diesem Beispiel soll nicht der Eindruck erweckt werden, die chilenische Gesellschaft hätte vor der Militärdiktatur keine ernsthaften Mißstände aufzuweisen gehabt, vielmehr soll erläutert werden, daß das heutige Elend in Chile nicht einfach das Ergebnis zwanghaft ablaufender historischer Prozesse ist, sondern in erster Linie das Ergebnis der politischen Kräfteverhältnisse zwischen den sozialen Klassen innerhalb des Landes selbst ist, und in diesem Rahmen auch veränderbar.

Dies gilt nicht nur für Chile, jedoch hat sich in Chile der Klassenkampf deutlicher zugespitzt als in anderen Ländern der Dritten Welt und hat eben nicht nur eine Militärdiktatur hervorgebracht, sondern auch einen der wenigen ernsthaften Versuche dieses Jahrhunderts, auf friedlichem Weg zum Sozialismus zu gelangen.

Im Folgenden soll versucht werden, anhand einiger Fakten die besonderen Bedingungen dieser Zuspitzung der Klassenkämpfe darzustellen. (Die Autoren der nachfolgenden Beiträge setzen Chiles Entwicklung bis zum Militärputsch teilweise als bekannt voraus, daher soll sie hier noch einmal kurz rekapituliert werden).

Der Industrialisierungsprozeß hat in Chile sehr viel früher eingesetzt als in den meisten Ländern Lateinamerikas. Paradoxerweise waren geringe Größe des Landes (11 Millionen Einwohner auf etwa der dreifachen Fläche der BRD) und seine geographische Abgelegenheit Faktoren, die diese Entwicklung eher begünstigt als behindert haben. Die geographische Abgelegenheit sorgte dafür, daß direkte imperialistische Eingriffe selten waren. Da alle Importe technischer Güter von sehr weit her geholt werden mußten, war es lange Zeit möglich, einige Industriegüter zu konkurrenzfähigen Preisen im Land selbst herzustellen. Der Binnenmarkt war so klein, (1900: 3 Mio. Einwohner), daß er für ausländische Konzerne lange Zeit relativ uninteressant war, sie konzentrierten sich stattdessen auf die Ausbeutung der Rohstoffe und machten nicht in allen Bereichen dem chilenischen Handwerk und der Industrie Konkurrenz.



Kupferarbeiter

Vier Milliarden Dollar Profit

Die Ausbeutung der Rohstoffe, hauptsächlich des Kupfers, erwies sich allerdings als profitabel genug. Nach der Nationalisierung der US-amerikanischen Kupferkonzerne erklärte Präsident Allende 1972 vor der UNO:

»Eine Filiale der Gesellschaft Kennecott. . .kam auf so unglaubliche Gewinne wie 106 % im Jahre 1967, 113 % im Jahre 1968 und mehr als 205 % im Jahre 1969. Der durchschnittliche Gewinn der Kennecott erreichte im selben Zeitraum in anderen Ländern kaum 10 % pro Jahr. . . Dieselben Unternehmen, die seit vielen Jahren das chilenische Kupfer ausbeuteten, haben allein in den letzten 42 Jahren mehr als vier Milliarden Dollar Profit gemacht, obwohl ihre Anfangsinvestitionen nicht mehr als 30 Millionen betrugen. Ein einfaches aber schmerzliches Beispiel, um den tiefen Kontrast zu verdeutlichen: In meinem Lande gibt es 600 000 Kinder, die niemals ein normales menschliches Leben werden führen können, weil sie in den ersten acht Monaten ihres Erdendaseins nicht genügend Eiweiß bekamen. 4 Milliarden Dollar würden Chile völlig verändern. Nur ein kleiner Teil dieser Summe würde ausreichen, den Kindern meines Vaterlandes für immer genügend Proteine zu geben.«[2]

Die Weltwirtschaftskrise von 1929 – 1939 hatte die Möglichkeit eröffnet, aufgrund der Schwächung des Abhängigkeitsverhältnisses vom Weltmarkt, den sogenannten Prozeß der Importsubstitution in Gang zu setzen. Es handelt sich dabei um die Möglichkeit, eine industrielle Entwicklung voranzutreiben, die die bislang aus den Metropolen importierten Güter ersetzen sollte, da die Ausfuhren der Industrieländer in die Länder der Dritten Welt krisen- und kriegsbedingt vorübergehend stark zurückgingen.[3]

Solange das industrielle Wachstum eine allmähliche Besserung auch des Lebensniveaus der breiten Massen versprach, konnte das Bürgertum die starke Arbeiterbewegung relativ problemlos ins politische Leben integrieren. Die Aufrechterhaltung der Demokratie wurde für die herrschenden Klassen allerdings in dem Moment problematisch, als das Modell der Importsubstitution, das auf einer begrenzten Industrialisierung im Konsumgüterbereich basierte, an Grenzen stieß, wo es nötig gewesen wäre, eine Agrarreform durchzuführen und dem ausländischen Kapital die Kontrolle über den Kupferbergbau als wichtigste Devisenquelle des Landes zu entziehen.

Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Stagnation verschärften sich die politischen und sozialen Gegensätze schnell:

Der Anteil der Löhne und Gehälter am Industrieeinkommen fiel in den Jahren 1950 – 1968 von 46,7 % auf 36,5 %. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung (47 %) mußte sich mit 12 % des Nationaleinkommens begnügen, was

durchschnittlich pro Beschäftigtem weniger als den gesetzlichen Mindestlohn ergibt (1970). Auf dem Land betrug der gesetzliche Mindestlohn 1970 1,50 DM pro Tag. 75 % aller Bankkredite verteilten sich auf nur 680 Personen, 7 % der Grundbesitzer verfügten über 78,6 % der Landwirtschaftsfläche.[4]

Der Aufstieg der Christdemokratie

Was für eine Demagogie für die Herrschenden in dieser Situation unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie und angesichts einer starken Arbeiterbewergung notwendig wurde, läßt sich gut am Beispiel der Christdemokratie zeigen: 1958 hatte Salvador Allende als Kandidat der sozialistischen und kommunistischen Partei die Präsidentenwahl nur knapp verloren. Industriearbeiterschaft, Elendsviertelbewohner ohne ausreichende Beschäftigung, Landarbeiter und arme Bauern bildeten zusammen die Mehrheit der Bevölkerung. Unter diesen Bedingungen mußte jeder Politiker, gleich welcher Partei, versuchen, auch in den Unterschichten eine soziale Basis zu finden. 1964 förderten die USA die neugegründete christdemokratische Partei. Ihr Programm, das durch die Kandidatur Eduardo Freis als bürgerlicher Einheitskandidat zum Programm der vereinten Rechten geworden war, hörte sich damals so an: Es wurde eine »Revolution in Freiheit« versprochen und »antikapitalistische Reformen«, »die Macht des akkumulierten Geldes« wurde verdammt und eine gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens versprochen, sowie Verstaatlichung des Kupferbergbaus, eine Landreform und ein »Dritter Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus.

Die Praxis der Regierung Frei sah dann allerdings anders aus und beschränkte sich darauf, die kapitalistischen Strukturen zu modernisieren; die Abhängigkeit vom Kupfer als Exportprodukt wuchs noch, und die Chilenisierung des Kupfers beschränkte sich auf minoritäre Staatsbeteiligungen an den US-Firmen. Die Christdemokraten versuchten, die Industrialisierung zu fördern, indem sie verstärkt ausländisches Kapital ins Land strömen ließen und sich um Kredite bemühten. Es gelang dadurch nicht, den Gesamtumfang der privaten Investitionen zu steigern, aber es verstärkte sich mit den ausländischen Investitionen die Auslandsabhängigkeit der Wirtschaft und es bildeten sich in einem raschen Konzentrationsprozeß eine Handvoll kapitalkräftiger Monopolgruppen heraus, wegen ihrer Aggressivität Pirañas genannt, die eng mit dem ausländischen Kapital verfilzt sind, sich allerdings nur teilweise produktiven Aktivitäten widmen und in großem Umfang Spekulationsgeschäfte betreiben. Diese Gruppen beherrschen die chilenische Wirtschaft bis heute.

Die Ungleichheit verschärfte sich. Gleichzeitig hatte die christdemokratische Mitbestimmungsideologie aber einen gewissen Erfolg bei den Massen, der den Christdemokraten bis heute eine nicht zu unterschätzende Massenbasis sichert (ein Beispiel dafür ist der christdemokratische Führer der Kupferarbeiter Rodolfo Seguel, der heute zum Symbol des Widerstands gegen Pinochet geworden ist).

Die Christdemokratie versuchte sich den Umstand zunutze zu machen, daß Kommunisten und Sozialisten nur die Arbeiter organisierten, Arbeitslose und Elendsviertelbewohner aber vernachlässigten, sie wollte bei diesen Gruppen Einfluß gewinnen, indem sie sie in Selbsthilfeorganisationen, Nachbarschaftsräten, Mütterzentren usw. organisierte. Allein die Mütterzentren erfaßten 500 000 Frauen. In diesen Organisationen wurden sich allerdings auch viele Leute in der Diskussion über ihre tatsächliche Situation klar und radikalisierten sich.

Gleichzeitig versuchte man, wenn auch halbherzig, eine Agrarreform durchzuführen, um den inneren Markt auszuweiten. Dies brachte die Christdemokraten in Gegensatz zu den Großgrundbesitzern, die nicht auf ihre Privilegien verzichten wollten.

Die Unidad Popular

1970 gelang es wegen dieses Gegensatzes innerhalb des Bürgertums nicht mehr, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten der bürgerlichen Rechten gegen den Kandidaten der vereinigten Arbeiterparteien, Allende, aufzustellen, der auch prompt die Wahlen gewann. Da er nur eine relative Mehrheit hatte, brauchte er, um als Präsident bestätigt zu werden, die Stimmen der christdemokratischen Parlamentsabgeordneten. Um diese Stimmen zu erhalten, mußte er folgende Zugeständnisse unterschreiben:

1. Verpflichtung, die Legalität in allen seinen Aktionen zu respektieren; Respektierung der Unantastbarkeit aller bestehenden Institutionen.
2. Verzicht auf die Bildung von Volksmilizen.
3. Respektierung der verfassungsmäßigen Rechte der Opposition und Garantie ihrer Institutionen und Massenkommunikationsmedien.

Damit war klar, daß der bürgerliche Machtapparat erhalten bleiben würde: Heer, Staatsverwaltung, Justiz und Massenkommunikationsmittel, und daß die angestrebten Umverteilungsprozesse in diesem Rahmen durchgeführt werden müßten.

Um die Stagnation und die Abhängigkeit vom Ausland zu überwinden, sollte die Wirtschaft in Sektoren eingeteilt werden: verstaatlichte Schlüsselindustrien, gemischt staatlich-private Industrien und private kleine und mittlere Industrien, die durch besondere Vergünstigungen, wie leichten Zugang zu Krediten gefördert werden sollten, was wiederum eine staatliche Kontrolle der Banken voraussetzte.

Von der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die gezielt den Massenkonsum förderte (Wohnungsbau, Krankenfürsorge, Lohnerhöhungen) wurde erwartet, daß sie einen wirtschaftlichen Aufschwung fördere. Die Strategie der Regierung der »Volkseinheit« (Unidad Popular) basierte darauf, durch Verstaatlichung Einfluß auf Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu gewinnen, durch Einflußnahme auf Investitionen und Kreditvergabe eine Umverteilung



des Reichtums und eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiter und der Volksmassen zu erreichen und schließlich außer der formellen Regierungsgewalt auch einen Teil der realen Macht zu erhalten, die nach wie vor in den Händen des Bürgertums war. Man mußte versuchen, die rechte Parlamentsmehrheit zum Stillhalten zu bewegen. Auch als die UP bei Gemeindewahlen 1971 mehr als 50 % der Stimmen erhielt, machte sie keinen Versuch, Neuwahlen auszuschreiben und das institutionelle Kräfteverhältnis zu ändern.

Die Hoffnungen der Massen auf eine Verbesserung ihrer Lage entwickelten nach dem Sieg der UP allerdings eine solche Dynamik, daß es das Bürgertum zunächst kaum wagte, offen dagegen anzugehen. So stimmte zum Beispiel am 11. 6. 71 das Parlament einstimmig für das Projekt der UP, die Kupferminen zu enteignen. Innerhalb von einem Jahr wurden alle Reformen, die Frei nur versprochen hatte, wirklich durchgeführt. Die Löhne wurden erhöht, die Kaufkraft stieg, und solange die gestiegene Kaufkraft durch Auslastung der vorhandenen Produktionskapazität, das heißt ohne Neuinvestitionen, befriedigt werden konnte, ging es den Arbeitern und den Kapitalisten besser. Die Reform geriet jedoch immer dort ins Stocken, wo die Regierung auf die Kooperationsbereitschaft der Unternehmer angewiesen war, zum Beispiel bei Neuinvestitionen. Obwohl alle Bereiche der Privatwirtschaft hohe Profite machten und das Bruttosozialprodukt im ersten Jahr um 6 % wuchs und die ehemaligen Besitzer der verstaatlichten Betriebe hohe Entschädigungssummen erhielten, investierten die Privatunternehmer fast überhaupt nicht mehr, sondern beschränkten sich auf Spekulations- und Schwarzmarktgeschäfte. Obwohl es allen Unternehmern, auch gerade den kleinen und mittleren, besser ging als je zuvor, verzichteten sie lieber auf Profite, als eine Regierung zu dulden, in der die Arbeiter Einfluß hatten. Der Staat sah sich so gezwungen, die Staatsausgaben zu erhöhen und fast alle Neuinvestitionen selbst vorzunehmen (schon unter Frei hatte der Staat, der nur einen kleinen Teil der Wirtschaft beherrschte, mehr als zwei Drittel der Gesamtinvestitionen vorgenommen), was zum Teil durch Erhöhung des Geldumlaufs geschah und die Inflation vorantrieb.

Wo die Unternehmer die Produktion offen sabotierten, besetzten die Arbeiter oft die Betriebe, um sie in eigener Regie, bzw. mit einem staatlichen Interventor weiterzuführen; der Klassenkampf verstärkte sich.



Die Voraussetzungen für den Militärputsch werden geschaffen

Ein Entwicklungsprozeß, wie ihn die UP anstrebte, mußte aber nicht nur gegen den inneren Widerstand durchgesetzt werden, sondern auch gegen Interessen in den Industrieländern, nicht zuletzt der BRD. Sogar bereits zugesagte Kredite wurden zurückgehalten. Dieser Wirtschaftsboykott allein hätte ausgereicht, fast jedes Land der Dritten Welt an den Rand des Ruins zu treiben.

Das Bestreben, ein gewisses Mindestmaß an Einvernehmen mit dem Bürgertum oder mit ihren ausländischen Gläubigern zu erhalten, brachte die UP-Regierung manchmal dazu, gegen ihre eigene soziale Basis vorzugehen, und sich in Widerspruch zu den Interessen der Arbeiter zu setzen.

Ein Beispiel dafür ist die Farbenfabrik Ceresita, die dem Preussag-Konzern gehörte. Die Löhne bei Ceresita waren die niedrigsten der Branche. Während die Geschäftsführer 1000 US-Dollar und mehr im Monat verdienten, erhielten die Arbeiter höchstens 80 US-Dollar. Für die westdeutschen Aktionäre warf der Betrieb 300 000 DM Reingewinn im Jahr ab. Als die Arbeiter gegen niedrige Löhne und Rohstoffhortung durch das Management protestierten, wurde ein staatlicher Inventor eingesetzt, und die Löhne um 100 % erhöht. Als die Bundesregierung Chile daraufhin mit einer harten Haltung bei Umschuldsverhandlungen drohte, wurde der Betrieb Preussag wieder zurückgegeben.

Wie das Bürgertum auf den Sturz der Regierung hinarbeiten wollte, zeigte sich beim Streik der Lastwagenbesitzer im Oktober 1972, der sich vorgeblich gegen den Plan eines öffentlichen Fuhrunternehmens richtete, in Wirklichkeit aber die völlige Lähmung des Landes zum Ziel hatte, um dann die Regierung zum Rücktritt zu zwingen. Ärzte, Busunternehmer, Geschäftsleute und Industrielle schlossen sich dem »Streik« an.

Der Unternehmerstreik verursachte erhebliche wirtschaftliche Probleme: Industriebetriebe mußten schließen, weil sie von Nachschub und Dienstleistungen abgeschnitten wurden.

Der Angriff der Rechten wurde von großen Teilen der Bevölkerung unter der Führung organisierter Arbeiter und Bauern beantwortet: Massenorganisationen wurden gebildet, um den Fluß der Produktion und des Güterverkehrs aufrechtzuerhalten: Ruhende Lastwagen, Fabriken und Ländereien wurden übernommen und von dazu eingesetzten Komitees im öffentlichen Interesse verwaltet.

Aus dieser Form der Kontrolle durch das Volk gingen die »Industriegürtel« hervor. Sie bildeten die Grundlage für kommunale Arbeiterräte, in denen Gewerkschaften, Selbstverteidigungskomitees, Nachbarschaftsräte, Mütterzentren, Verteidigungskomitees, Bauernkommitees usw. zusammenarbeiteten.

Für die Arbeiter war dies die Gelegenheit, ihre eigene Stärke zu entdecken, die Reaktionäre in ihre Schranken zu weisen um mit dem Aufbau einer wirklichen Demokratie zu beginnen. Die Volksmacht (poder popular), die besonders durch die Industriegürtel zum

Ausblick:

Die Zeitungen berichten in diesen Tagen, daß Pinochet einige zivile Politiker in sein Kabinett aufgenommen hat, um die bürgerliche Opposition zu beruhigen. Eine breite Parteienkoalition, die von der Rechten über die Christdemokraten bis zu Teilen der sozialistischen Partei reicht, will sich damit nicht zufrieden geben und fordert den Rücktritt Pinochets und die Abhaltung von Wahlen. Innerhalb dieses Spektrums existieren unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie weit die Demokratisierung gehen soll. Alle Projekte setzen aber die Mitwirkung und das Einverständnis der Militärs voraus. Die Volksbewegung, die sich auf friedliche Protestformen beschränken soll, soll die Kompromißbereitschaft der Militärs fördern.

Gesetzt den Fall, es gelänge einer solchen Parteienkoalition oder Teilen von ihr, die Regierung zu übernehmen, und die Militärs zögen sich in die Kasernen zurück:
Dies wäre zweifellos ein Fortschritt, da eine solche bürgerliche Zivilregierung einige demokratische Rechte gewähren müßte. Es wäre aber noch keine Lösung für das chilenische Volk.

Die Verwirklichung der Demokratie in Chile würde die uneingeschränkte Geltung rechtsstaatlicher Prinzipien voraussetzen, das heißt konkret: Auflösung des Geheimdienstes CNI, des hauptsächlichen Unterdrückungsinstruments der Diktatur, Bestrafung aller Mörder und Folterer, lückenlose Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen, Rückkehr der Exilierten.

Eine breite Front der Linken versucht bisher vergeblich, die bürgerliche Opposition zu einer klaren Stellungnahme zu diesen Forderungen zu bewegen.

So selbstverständlich diese Forderungen klingen, erscheinen sie doch im heutigen Kontext unerfüllbar, denn da es in den höheren Rängen des Militärs niemanden gibt, der nicht an den Verbrechen der Junta beteiligt wäre, würde die Erfüllung dieser Forderungen die Auflösung des heutigen Militärapparates bedeuten. Jeden solchen Versuch werden die Militärs auch in Zukunft zu verhindern suchen, wenn nötig mit Gewalt.

Chile ist nicht Cuba oder Nicaragua. Auch wenn Pinochet fällt, die entscheidende Auseinandersetzung mit dem Machtapparat der herrschenden Klasse steht dem chilenischen Volk erst noch bevor. Falls sich heute eine zivile Regierung bilden kann, wird sie — wie die Militärdiktatur auch — das Ergebnis des Zusammenspiels von drei Machtfaktoren sein: der ausländischen Gläubiger, der inländischen Monopolgruppen und des Militärs. Dementsprechend eng wird der politische Spielraum einer solchen Zivilregierung sein, auch nur auf die elementarsten Forderungen der Volksbewegung einzugehen, und sie wird daher nicht wesentlich weniger repressiv sein als das Militärregime. Die bürgerliche Opposition, auch die Christdemokraten, möchte am neoliberalen Wirtschaftsmodell festhalten, mit einigen Korrekturen zum Schutz der nationalen Wirtschaft.

Die Jesuitenzeitschrift Mensaje hat allerdings ausgerechnet, daß selbst bei einem Wirtschaftswachstum von 6 % im Jahr die Arbeitslosigkeit noch in 20 Jahren bei 10 % liegen würde, wenn keine einschneidenden Maßnahmen zu ihrer Behebung ergriffen werden.

Wenn die Volksbewegung solche grundlegenden Kurskorrekturen erreichen will, darf sie weder beim Sturz Pinochets noch bei der Einsetzung einer Zivilregierung (und sei es, auch mit ein oder zwei linken Ministern) stehen bleiben, sie wird auf die Dauer nicht um eine frontale Konfrontation mit dem Machtapparat der herrschenden Klassen herumkommen.

Ausdruck kam, diente nicht bloß zur Unterstützung der Regierung; sie bedeutete vielmehr, daß die Arbeiter selbst die Macht von den Unternehmern übernahmen.

Immer größere Teile des Bürgertums, die keine Möglichkeit mehr sahen, die Dynamik aufzuhalten, mit der die Unterdrückten sich ihrer Interessen bewußt wurden und ihre Verteidigung selbst in die Hand nahmen, arbeiteten offen auf einen Militärputsch hin, nicht ohne gleichzeitig in einer superlegalistischen Propaganadakampagne nach der Methode »Haltet den Dieb!« die Regierung des Verfassungsbruchs zu bezichtigen. Als trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die UP im März 1973 noch immer 44,5 % der Stimmen erhielt, schrieb der bürgerliche Mercurio: »Der Optimismus war übertrieben. Eine Diktatur, wie sie in Chile existiert, ist durch Wahlen nicht zu stoppen. . .«.

Kampf zweier Linien

Im Nachhinein, wo man die Katastrophe des Blutbades vom 11. September 1973 und der nachfolgenden zehn Jahre vor Augen hat, drängt sich vor allem die Frage auf, wie diese Entwicklung hätte verhindert werden können: In dieser Frage hat es in der chilenischen Linken, sogar innerhalb der UP-Regierung zwei Positionen gegeben, die in der weltweiten Diskussion nach dem Sturz Allendes und auch in der Diskussion über den Weg zum Sturz der Diktatur als Kontroverse zwischen reformistischen und revolutionären Positionen weitergelebt haben:

Die erste, hauptsächlich von der kommunistischen Partei vertreten, läuft darauf hinaus, man hätte dem Bürgertum mehr Zugeständnisse machen und es so daran hindern können, den Boden der verfassungsmäßigen Ordnung zu verlassen.

Diese Position sah nicht, daß es dem Bürgertum nicht darum ging, einzelne Reformen rückgängig zu machen, sondern die ganze Dynamik des politischen Prozesses in ihr Gegenteil zu verkehren, die Dynamik einer breiten Bewegung der Besitzlosen, die ihre Forderung nach sozialer Gerechtigkeit artikulierten und damit drohten, sich zu nehmen, was man ihnen jahrhundertelang verweigert hatte.

Um diese Bewegung zu stoppen, hatte das Bürgertum gar keine andere Möglichkeit, als sie sämtlicher politischer Ausdrucksformen zu berauben. Das konnte nur durch einen radikalen Bruch mit dem traditionellen politischen System erreicht werden und nur mit nackter Gewalt. Pinochet selbst hat immer wieder erklärt, daß es ihm nicht darum gegangen sei, eine Regierung zu stürzen, sondern eine Rückkehr zu den alten Verhältnissen auf Dauer unmöglich zu machen.

Die bisherige Stabilität des Militärregimes, die heute den Eindruck erwecken könnte, als sei die Entwicklung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit so und nicht anders verlaufen, darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es nur in einem ganz bestimmten politischen Klima einer Handvoll Offizieren gelingen kann, den Militärapparat gegen die Bevölkerungsmehrheit in Bewegung zu setzen. Die politische Niederlage der Arbeiterbewegung bestand darin, daß es ihr nicht gelang, die Mittelschichten dauerhaft auf ihre Seite zu ziehen. In der Ablehnung der Militärdiktatur hatte die UP jedoch eine breite Bevölkerungsmehrheit hinter sich, nicht nur ihre eigenen, sondern auch die Masse der christdemokratischen Wähler, die zwar antikommunistisch waren, aber durchaus Reformhoffnungen hegten, wie die eingangs zitierte Unternehmerpropaganda wohl am besten beweist.

Die UP unternahm jedoch nichts, um das Volk ideologisch auf einen Putsch vorzubereiten, sondern betonte selbst am meisten den verfassungstreuen Charakter der Militärs, die sicher niemals putschen„ schon gar nicht, wie es da-

mals in Brasilien der Fall war, zehn Jahre an der Macht bleiben würden.

»Wir sind stolz auf die professionelle Rolle unserer Streitkräfte. Das große Merkmal des Militärs von Chile ist sein Gehorsam gegenüber der zivilen Gewalt, ist sein unbeugsamer Respekt vor dem Willen des Volkes, wie er sich an den Wahlurnen ausdrückt, ist die Tatsache, daß es die Gesetze und die Verfassung von Chile immer respektiert hat und respektieren wird.«(Allende 1971)[5]

Der Putsch wurde erst durch ein komplexes Zusammenspiel innen- und außenpolitischer Faktoren ermöglicht, wie der Tatsache, daß das Bürgertum ökonomische Schalthebel in der Hand behielt, um die Wirtschaft zu destabilisieren, daß Boykottmaßnahmen aus dem Ausland Wirkung zeigten und daß wichtige gesellschaftliche Kräfte wie die christdemokratische Partei, die Kirche und große Teile des Staats- und Justizapparats bereit waren, den Putsch zu unterstützen oder zum mindesten zu dulden.

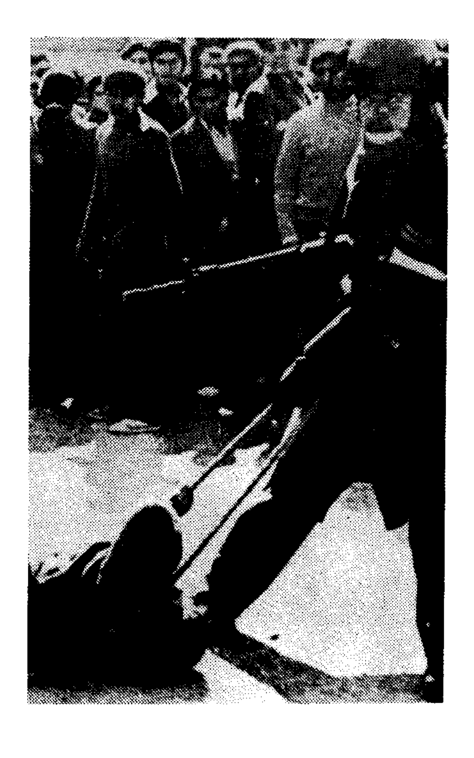
Ein wichtiger Faktor war auch, daß es der Bourgeoisie, dank ihrer Beherrschung der meisten Massenmedien gelang, fast sämtliche Mißstände der Regierung anzulasten, auch solche, die die Bourgeoisie täglich selbst verursachte, wie Warenhortung, Kapitalflucht, Devisenmangel und Produktionssabotage.

Noch heute wird in Chile wie auch in der BRD zur Rechtfertigung des Putsches oft behauptet, in Chile habe vorher das »Chaos« geherrscht. Vergleicht man die Situation im September 1973 mit der heutigen, so müßte die UP-Zeit selbst dem Grafen Lambsdorff als paradiesisch erscheinen: »Nur« 4,8 % Arbeitslosigkeit statt über 30 %, »nur« ein Rückgang des BSP um 3,6 % gegenüber dem Vorjahr statt 14 %, »nur« eine Auslandsschuld von 3,2 Mrd. Dollar statt 21 Mrd. Dollar wie heute.

Der Putsch und seine Folgen

Am Morgen des 11. September 1973 wurde das Stadtzentrum von Santiago von Truppen besetzt. Der Präsidentenpalast und einige von den Arbeitern besetzte Fabriken wurden bombardiert, Präsident Allende, der sich mit einigen Mitarbeitern im Präsidentenpalast verteidigte, wurde getötet.

Eine Militärjunta machte sich daran, die Volksbewegung und ihre Errungenschaften systematisch zu zerstören. Alle Zentren, die der Organisation des Volkes gedient hatten, wurden gestürmt und bekannte Aktivisten verhaftet oder getötet. Allein in der Textilfabrik Ex-Sumar starben 500 Arbeiter. Die Junta erklärte vor der UNO, es seien »nur«



30 000 Menschen getötet worden. Folterungen und Massenverhaftungen sind bis heute an der Tagesordnung.

Die Parteien der Linken wurden verboten und alle anderen Parteien »beurlaubt«.

Die Brutalität der Unterdrückung und die Außerkraftsetzung aller politischen und sogar gewerkschaftlichen Rechte, erlaubte es dem Bürgertum, kurzfristig einen gigantischen Umverteilungsprozeß zu seinen Gunsten vorzunehmen. Insbesondere die großen Monopole, die zur UP-Zeit hohe Spekulationsgewinne gemacht hatten, konnten durch den Erwerb reprivatisierter Firmen ihre Macht gewaltig ausdehnen. Es ist leicht vorstellbar, welche Möglichkeiten der »Umverteilung« zuungunsten der Arbeiter sich bieten, wenn bei einer Inflationsrate von 800 % im Jahr (1973) der Staat frei darüber bestimmen kann, wann und in welchem Umfang Lohnerhöhungen zugelassen werden. Familien, die 1976 den Mindestlohn erhielten, konnten damit nicht mehr als 1000 Kalorien und 15 g Proteine pro Person täglich kaufen, das ist die Hälfte des notwendigen Mindestbedarfs — langsamer Hungertod.[6]

1972 hatten Arbeiter und Angestellte 62,9 % des gesamten Volkseinkommens erhalten, die Besitzenden 37,2 %; bereits 1974 war der Anteil der Lohnabhängigen auf 38,2 % gesenkt worden, während der Anteil der Besitzeinkommen auf 61,8 % gestiegen war.

Die Arbeiter hatten so gut wie keine Möglichkeit auf diese Entwicklung zu reagieren, nicht nur wegen der Repressionen, sondern auch weil die Mobilisationsformen, die sie gewohnt waren, nicht der neuen Lage angepaßt werden konnten: es gab eben keine starken, hierarchisch gegliederten Linksparteien mehr, die zum Beispiel früher Busse in den Elendsvierteln bereitgestellt hatten, wenn es darum ging, eine Demonstration im Zentrum von Santiago zu machen.

Es hat lange gedauert, bis neue Kampfformen gefunden wurden, die sich den Verhältnissen der Diktatur anpaßten. Charakteristischerweise haben sich zuerst Bevölkerungskreise gegen die Diktatur gewandt, die zur Zeit der UP nicht in vorderster Front standen, wie die Angehörigen der Verschwundenen, hauptsächlich Frauen.

»Die Saat, die wir gesät haben, kann nicht herausgerissen werden«, hatte Salvador Allende in seiner letzten Rede gesagt, und der »Mercurio« scheint ihn zu bestätigen, wenn er heute schreibt: »Es ist unbegreiflich, daß es den Extremisten gelingt, Jugendliche zu rekrutieren, die aufgrund ihres geringen Alters dem zersetzenden Einfluß des Marxismus aus der Zeit vorher nicht ausgesetzt waren«

Die heutige Einheit der Volksrebellion gegen Pinochet darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in ihr eine tiefe Spaltung verbirgt: eine bürgerliche Richtung, die im Wesentlichen nur den Diktator weg haben will, um ihr Herrschaftssystem zu retten und sich selbst vor dem wirtschaflichen Untergang zu bewahren, aber auch andere, die wirklich bereit sind, frontal gegen das ganze System der Diktatur anzugehen und die Interessen der breiten Mehrheit der Besitzlosen zu vertreten. Dazwischen gibt es schwankende Elemente, auch Teile der Linken, die bereit sind, im Austausch gegen einige kosmetische Korrekturen des Systems, die Rolle eines Juniorpartners der Bourgeoisie zu spielen.

* Nach UNO-Angaben haben nach dem Putsch 1,2 Millionen Menschen das Land verlassen; aufgrund der Verelendung der Massen werden heute mehr Kinder abgetrieben als geboren.

1 Tagesanzeiger, 13.6.83
2 zitiert nach Kongreß-Reader »Für Chiles Freiheit«, Münster 1983 S. 25
3 Calderón u.a., Chile, der Monetarismus an der Macht, S. 16
4 Arno Münster, Chile, S. 28
5 H. R. Sonntag, Revolution in Chile, S. 126
6 O. Letelier, Kongreß-Reader S. 104



CHILE

Die Vermarktung der Gesundheit

Am späten Abend klopfte Maria Pereira an die Tür des Gesundheitszentrums von Remodeacion, einem Elendsviertel im Norden Santiagos. Seit Stunden hat sie bereits versucht, in einer staatlichen Klinik Hilfe für ihre Tochter zu erhalten, die von schweren Krämpfen gepeinigt wird. Das Kind auf dem Arm hat alle Anzeichen einer akuten Fehlernährung. Die Mutter ist jedoch überall abgewiesen worden. Sie könne nicht belegen, daß sie Versicherungsschutz genießt und die kostenlose Behandlung der Armen sei seit zehn Jahren bereits abgeschafft, war jedesmal die Begründung.

Die beiden sind Opfer der konsequent von der Militärdiktatur seit 1973 durchgeführten Sozialpolitik, die auch dem Gesundheits- und Sozialbereich Effizienz und Rentabilität verordnet hat. Bereits in den ersten fünf Jahren wurden die staatlichen Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen halbiert. Gleichzeitig werden die Patienten zu einer »Selbstbeteiligung« herangezogen, die für die Familien eine Verminderung des verfügbaren Einkommens bedeutet. Für die Mehrzahl der Bewohner der Armenviertel (Pobladores), wo die Arbeitslosigkeit bei etwa 60 % und das durchschnittliche Monatseinkommen bei zehn Dollar liegt, ist so die medizinische Betreuung zum unerschwinglichen Luxus geworden.

Ganze Landesteile bleiben nach dem »Modernisierungsprogramm« des Regimes, — die zynische Sprache der faschistischen Technokraten klingt beängstigend vertraut — ohne medizinische Versorgung: So verfügt Pudahuel, ein Außenbezirk von Santiago mit über 450 000 Einwohnern, gerade noch über fünf Beratungseinrichtungen, aber über keinen einzigen Gesundheitsposten, oder gar über ein Krankenhaus. 40 % der dortigen Bevölkerung sind völlig von jeder ärztlichen Versorgung ausgeschlossen. Selbst nach Untersuchungen des Gesundheitsministeriums wären mindestens vier Gesundheitszentren notwendig, um das Gebiet wenigstens notdürftig zu versorgen. Eine Studie der Ärztekammer von Santiago schätzt, daß nur noch 50 % der Bevölkerung des Landes in den Genuß von medizinischer Versorgung kommen, während vor dem Putsch nahezu die gesamte Bevölkerung wenigstens notdürftig versorgt werden konnte, auch ein Großteil der 20 % Chilenen, die keinen Versicherungsschutz hatten. Die Ärzte fordern eine Steigerung des Personaleinsatzes um 150 %, um die Bevölkerung ausreichend versorgen zu können.

Statt teure Reparaturmedizin für wenige . . .

Die soziale Sicherung wird zunehmend zu einem Geschäft einer kleinen Zahl privater Unternehmen und Banken, die die neuen Privatversicherungen kommerziell betreiben. Da die Angestellten und Arbeiter die in die bisherige Sozialversicherung einbezahlten Beträge in die privaten Versicherungen übertragen, ist die Liquidierung der staatlichen Träger mit einem nicht unerheblichen Kapitalschub für die Unternehmen verbunden. Für die Mehrheit derjenigen, für die die Sozialversicherung da sein sollte, nämlich die Landarbeiter, Tagelöhner, Straßenhändler und die Bezieher kleiner Einkommen, ganz abgesehen von den Arbeitslosen, ist der Weg zur sozialen Sicherung versperrt, weil die Beiträge unerschwinglich sind. Für einen Arbeiter mit einem Monatsverdienst von DM 430,- (dies entspricht in etwa dem gesetzlich festgelegten Mindesteinkommen), bedeutet dies, daß er etwa die Hälfte seines Lohnes an eine der ausschließlich gewinnorientiert arbeitenden Versicherungen abführen müßte. Die Altersversicherungen lehnen zudem die Aufnahme älterer Menschen, die bereits in den nächsten Jahren Anspruch auf Auszahlung haben, ab.

Der Gesundheitsmarkt verspricht gute Geschäfte. 1,3 Mrd. US-Dollar werden hier pro Jahr umgesetzt, 40 % davon bereits von der Pharma-Industrie, von Herstellern medizinischer Geräte und Instrumente sowie deren Zulieferern. In der Zone Oriente arbeiten 1981 bereits 323 private medizinische Institutionen, wie Dr. Eduardo Valdez, der Regierungsbeauftragte dieser Zone befriedigend feststellt. Das Regime hat die Kommerzialisierung der Medizin massiv gefördert:

- durch die Auflösung des nationalen Gesundheitsrates und
- der Zersplitterung des Nationalen Gesundheitsdienstes (SNS), dessen Ausbau eine der wesentlichen Errungenschaften der Unidad Popular war, in 27 lokale Dienste und Entmündigung des medizinischen Personals und der Patienten.

Wichtige Entscheidungen werden zunehmend von Institutionen außerhalb des Gesundheitswesens getroffen, die ein größeres Interesse an teurer Apparate- und Reparaturmedizin haben, als an wenig lukrativen Versorgungsmaßnahmen.

Opfer dieses sozialpolitischen Monopoly sind Menschen wie Maria Pereira, eine der etwa 400 000 Einwohner der Nordzone Santiagos. Wie ihre Tochter sind hier 75 % der Kinder unterernährt. Die Familie lebt mit zehn Personen in drei kleinen Zimmern einer windschiefen Hütte, deren Wände weder vor der eisigen Kälte der Wintermonate, noch dem scharfen Herbstwind, oder der drückenden Sommerhitze Schutz bieten. Fließendes Wasser, Strom oder sanitäre Einrichtungen besitzen die wenigsten. Infektionskrankheiten, wie Typhus und Hepatitis haben hier ein Ausmaß angenommen, daß sogar die regimefreundliche Zeitung »El Mercurio« nicht umhin kam, die schlimmen Umwelt- und Hygienebedingungen als Ursache für die sich gefährliche verschlimmernde Situation der Bewohner einzugestehen. Doch statt Abhilfe zu schaffen, provozieren die Militärs offensichtlich die Verelendung eines Teiles der Bevölkerung. Unter dem Pinochet-Regime werden pro Jahr nur halb so viele Wohnungen gebaut, wie zur Zeit Allendes, Landbesetzungen und der Bau von Hütten in Selbsthilfe, der bis zum Putsch fast einer viertel Million

Menschen eine neue Bleibe brachte, werden heute vom Militär brutal verhindert.

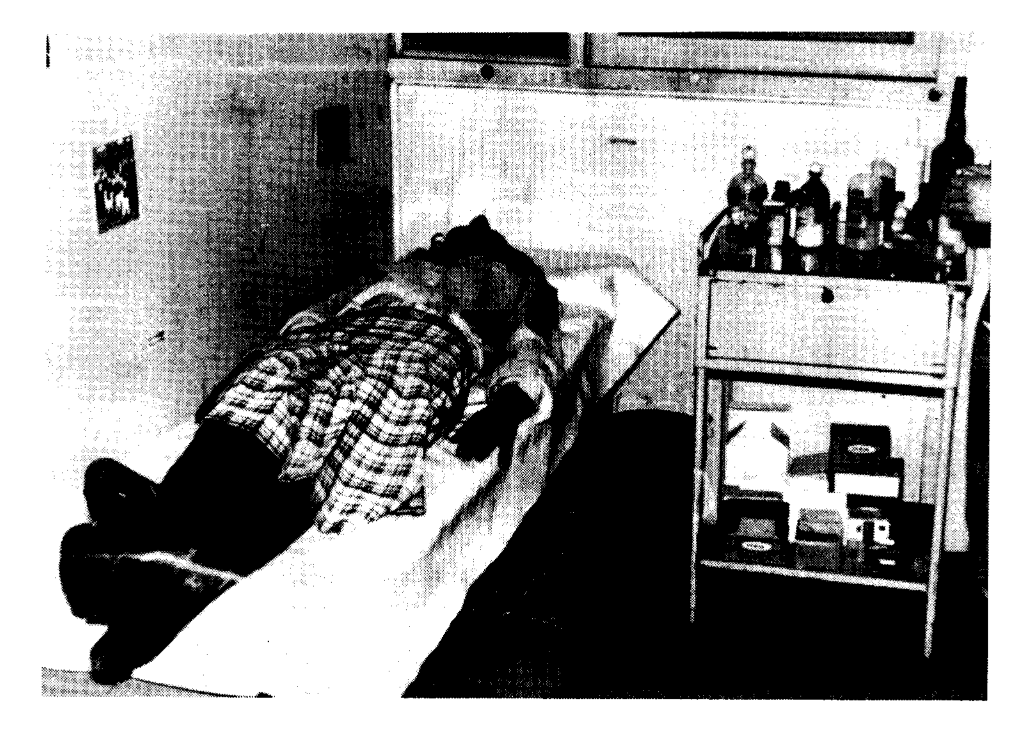
Die Pobladores sind es von jeher gewohnt sich nur auf ihre eigenen Kräfte verlassen zu können. So versuchen sie auch in der Zona Norta mit einer Vielzahl von Selbsthilfe-Initiativen ihre Situation zu verbessern. 1977 schlossen sich einige der häufig christlich orientierten Basisinitiativen zur Fundación Missio zusammen. Heute werden Kindertagesstätten und -tagesheime betrieben, ein Erziehungs- sowie ein Gesundheitsprogramm wird durchgeführt. Die Arbeit der Fundación Missio orientiert sich an der WHO-Erklärung, in der Gesundheit nicht nur als das Nichtvorhandensein von Krankheit definiert wird, sondern als Zustand des körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. Zum Tätigkeitsbereich der Fundación Missio gehören deshalb auch Initiativen, wie die Arbeit mit Alkoholkranken und psychologische Beratung. Insbesondere Kinder, die in zerrütteten Famielen aufwachsen — was eher die Regel, statt die Ausnahme ist — oder die erleben mußten, wie ihre Eltern verfolgt und gefoltert wurden, leiden an psychischen Erkrankungen. Aber auch etwa ein Fünftel der Erwachsenen beschreiben die Symptome der sozialen Marginalisierung mit »großer Unruhe und Verstörung bis zur Unverträglichkeit«, »das Bedürfnis zu schreien und die Kinder zu schlagen«, oder einfach mit »großer Wut«, so die Mitglieder einer Selbsthilfegruppe. Die Bekämpfung gerade der sozialen und psychischen Leiden ist jedoch ein scheinbar unlösbares Problem in einer Gesellschaft, in der der Konkurrenzkampf der Individuen zur alles umfassenden Lebensphilosophie gemacht worden ist. Die Diktatur hat die Vereinzelung der Menschen erreicht, die auch die Ärmsten dazu verführt, mit dem kreditfinanzierten Fernsehgerät in die Traumwelt amerikanischer Schmalzproduktionen zu fliehen, statt sich für ihre Rechte einzusetzen.

Die Fundación Missio legt deshalb besonderen Wert darauf, die Selbstorganisation der Pobladores zu fördern. Sie sollen in die Lage versetzt werden, die Probleme auch im Gesundheitsbereich kritisch zu analysieren, nach eigenen Lösungen zu suchen und sich zur Lösung der Probleme zusammenzuschließen. So wird auch Maria Pereira erst über ihre Rechte beraten. Es wird nachgeforscht, ob sie nicht vielleicht doch einen Anspruch auf kostenlose Behandlung in einem staatlichen Krankenhaus hat. Erst wenn keine andere Möglichkeit der Versorgung besteht, wird ihr Kind in einem der fünf Gesundheitszentren, die Fundación Missio in der Nordzone Santiagos unterhält, behandelt. Zugleich wird ihr empfohlen, sich einer der Selbsthilfegruppen anzuschließen. Diese führen die Hygienekampagnen durch, bauen Latrinen, renovieren die Häuser, stellen Kleidungsstücke und Schuhe, usw. her.

Medico International unterstützt seit Jahren die Arbeit der Fundación Missio bei der Gesundheitserziehung, bei Kampagnen und der Ausbildung im Gesundheitsbereich, sowie bei der Unterhaltung und Ausrüstung der Gesundheitszentren.

Damit die Arbeit fortgesetzt werden kann, sind wir auf finanzielle Unterstützung angewiesen, um die wir hiermit herzlich bitten möchten.

Weitere Informationen senden wir auf Wunsch gerne zu.



PLASMAHANDEL

Weltweiter Plasmahandel – am Beispiel Mexicos

Mexiko – ein Land mit etwa der gleichen Einwohnerzahl wie die BRD bei achtfacher Fläche, befindet sich in der größten Wirtschaftskrise seit seiner Existenz.
In besonderer Weise wirkt sich die Wirtschaftskrise an der Grenze zu den USA aus.
Noch immer versuchen täglich Tausende von Mexikanern aus allen Teilen des Landes – besonders aus Chihuahua und den unterentwickelten Agrarregionen Zacatecas, San Luis Potosi und Durango (1) – die Grenze zu überqueren und im „gelobten Land" Fuß zu fassen. Falls sie an der Grenze oder von den amerikanischen Immigrationbehörden nicht erwischt werden, können sie, wenn sie Glück haben, Arbeit finden in einem der vielen landwirtschaftlichen Betriebe, als Saisonarbeiter bei der Tomaten- und Baumwollernte bis nach Kalifornien hinein. Ein zweifelhaftes Glück, denn Rechte, gewerkschaftliche wie bürgerliche, können sich die Indocumentados nicht herausnehmen, da sie als „illegal aliens" jederzeit deportiert werden können. Somit sind sie der Willkür von Chefs, Hausbesitzern und Polizei schutzlos ausgeliefert.

Ein Montagmorgen im März, 7.00 Uhr.

Vor dem Haus Nr. 405, El Paso Street sammeln sich eine Menge Menschen. Die meisten sind Männer zwischen 20 und 45 Jahren, einfach gekleidet, die meisten haben mexikanische Gesichtszüge, meist sprechen sie auch spanisch. „Gestern wieder keine Arbeit gefunden . . ." „Esperanza ist krank, sie kann heute nicht kommen . . ." „Tonio haben sie letzte Woche im Alpha-Center beim Doppelspenden erwischt . . ." Diese und ähnliche Gesprächsfetzen kann man hören, bis sich um 7.15 Uhr die Tür der Plasmaferesestation – denn um eine solche handelt es sich – öffnet, und die etwa 30 Menschen eingelassen werden. Was sie da vorhaben, ist eine ungewöhnliche Möglichkeit, an Geld zu kommen: Sie verkaufen ihr Plasma, einen Teil ihres Blutes. Mit der sogenannten *Plasmaferese* (s. Kasten) wird ihnen im Lauf von zweieinhalb Stunden ein halber bis dreiviertel Liter Plasma abgenommen, und sie gehen mit 8 oder 10 Dollar mehr nach Hause.
Viele von ihnen kommen regelmäßig zweimal in der Woche, denn US-Gesetz erlaubt, im Gegensatz zu anderen Ländern, eine Plasma-Abnahme bis zu 8 x / Monat. Und die Zentren locken mit Extraprämien für die 7., 8. und 9. „Spende" im Monat. Etwa die Hälfte der sog. Spender (besser „Verkäufer") kommt aus Mexiko, überquert illegal oder legal die Grenze, ein weiteres Drittel sind Mexikaner, die in den USA leben, und der Rest sind US-Amerikaner, meist Arbeitslose oder Tramps, aber auch College-Studenten, die für die Stereoanlage sparen.
Der seit jeher auf illegal in den USA Arbeit suchende Mexikaner angewendete Name „wetbacks" oder „mojados" („die Nassen") gilt wörtlich auch für viele dieser Mexikaner: Steht man doch einmal eine Stunde auf der Brücke zwischen Ciudad Juarez und El Paso, dem berühmtesten Grenzübergang zwischen Mexiko und den USA, so kann man mit Sicherheit ein paar mal Gruppen von Leuten beobachten, die sich die Hosen ausziehen, auf dem Kopf zusammenrollen, durch den Rio Grande waten, sich drüben ein wenig in der Sonne trocknen lassen und dann eine Gelegenheit ausspähen, unbemerkt von der „Border Police" durch ein Loch im Zaun zu schlüpfen. (s. Bild)

Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, (2) daß die Border Police Namenslisten von Dauerverkäufern der Plasmazentren hat, und diese trotz fehlender Papiere an den offiziellen Grenzübergängen unbehelligt durchläßt – ein Beispiel für hervorragende Zusammenarbeit zwischen Privatunternehmen und staatlichen Behörden.
Das Plasmacenter in der El Paso Street, das wir eben betrachteten, ist eines von 6 weiteren Zentren in El Paso, die großteils nur wenige Meter von solchen „Löchern im Zaun" entfernt stehen. Sie tragen zweisprachige Aufschriften „Earn extra cash – gane dinero extra cada semana . . .", die auch von der mexikanischen Seite der Grenze aus gut zu sehen sind.
Insgesamt wird die Zahl derer, die allein in dieser Stadt wöchentlich ihr Plasma „per pedes" aus Mexiko in die USA exportieren, auf ca. 1 200 geschätzt. An der Grenze, von Tijuana bis Matamoros reihen sich noch eine Unzahl weiterer Plasmaferesestationen auf – die vorsichtigsten Schätzungen liegen bei ca. 40 (3). Der Wert des so gewonnenen Plasmas macht an die 5,5 Mrd. Dollar pro Jahr aus (4). Keine Angaben liegen vor über den Export von *in* Mexiko gewonnenem Plasma, der offiziell verboten ist. Kenner der Materie vermuten lediglich, daß es eng verbunden mit dem Drogenhandel geschmuggelt wird.

El Paso Street, 7.30 Uhr.

Die „alten Hasen" unter den Plasmaverkäufern haben sich inzwischen in einer langen Schlange vor dem Empfangsschalter aufgestellt. Jeder wird in den linken Mittelfinger gepiekst, um den Eiweiß- und Blutkörperchengehalt seines Blutes zu bestimmen, sein Blutdruck wird gemessen, „. . . und sonst fühlen Sie sich doch gesund?"
Die Neulinge werden ärztlich untersucht, und es wird eine Reihe weiterer Labortests mit ihrem Blut gemacht. Mit bestimmten Tricks (jedes Plasmazentrum sticht für die Kontrollen in einen anderen Finger, die Stichstelle wird mit fluoreszierendem Farbstoff markiert) versucht man auszuschließen, daß jemand heute in diesem, morgen in jenem Plasmazentrum sein Plasma verkauft.
Aber: Farbstoff kann man abwischen, und die FDA (Food and Drug Administration, eine dem Bundesgesundheitsamt vergleichbare Behörde), nach deren Vorschriften alles geschieht, kontrolliert nur einmal im Jahr, und dies auch nur nach Vorankündigung. Ebenso die Vertrags- und Mutterfirmen der Zentren wie Cutter (Bayer-Tochter). NABI (North American Biologis, Biotest-Tochter) u. a.
So wird eben doch nicht verhindert, daß Leute mehrfach spenden, daß positive Hepatitistests bewußt außer acht gelassen werden, daß gelegentlich horrende hygienische Zustände herrschen. (5)
Sie stehen zur Verfügung, nicht nur an der Grenze zwischen USA und Mexiko, sondern auch in Netzahualcoyotl, dem größten Slum von Mexiko City, in Toluca, in Puebla, in Guadalajara, um nur die wichtigsten Orte zu nennen, wo die großen Konzerne Zapfstellen aufgemacht haben.

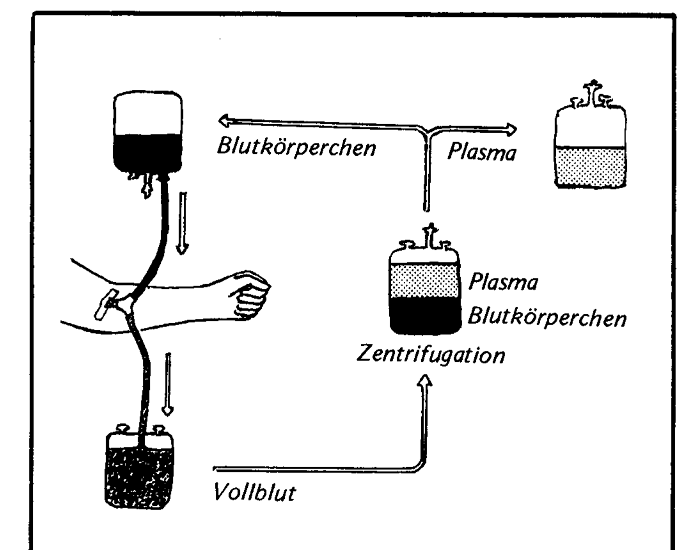
Ebenso in den Slums von Chicago, Los Angeles, in Bogotá, Rio de Janeiro, Belice City, San José de Costa Rica, in Johannesburg, Hongkong etc.
Überall auf der Welt, wo Menschen nicht einmal mehr ihre Arbeitskraft verkaufen können, um zu überleben, stehen die Plasmakonzerne auf der Stelle, an die sie einen Teil ihres Körpers verkaufen können. Grenzregionen wie die genannte sind aufgrund ihrer besonderen strukturellen Bedingungen – Migrationsbewegungen, Währungsgefälle, hohe Arbeitslosenquote – nur besonders hervorstechende Beispiele hierfür. Weltweit gibt es Hunderttausende professioneller Plasmaspender, in Mexiko sollen es zwischen 50 000 und 200 000 sein (6).
Sie liefern den Rohstoff für ein Geschäft, dessen Umfang jährlich eine Milliarde Dollar ausmacht (7).
Einen Rohstoff, mit dem ähnlich umgegangen wird wie mit anderen Rohstoffen (z. B. Öl): Aus unterentwickelten Ländern exportiert, auf dem Weltmarkt verschoben, Spekulationsobjekt, für das es Haussen und Baissen gibt, verbraucht in reichen Ländern oder durch einheimische reiche Oberschichten.

Mittwoch abend in 405, El Paso Street.

Ein Kühlwagen fährt vor und holt mehrere Kisten mit lauter einzelnen Plastikbeuteln, die tiefgefrorenes Plasma enthalten, ab. Er fährt sie nach Berkeley, wo die Zentrale der Firma Cutter steht. Wenige Stunden später holt ein anderer Kühlwagen etwa nochmal so viele Kisten, bringt diese zum Flugzeug nach Miami, wo ein Kühlwagen der NABI sie in Empfang nimmt.
In Berkeley und in Miami kommen aus anderen Landesteilen noch viele andere Plasma-Lieferungen an.
Aus Miami wird das Plasma großenteils direkt weiterverkauft nach Europa. Dort steht wesentlich weniger Plasma zur Verfügung, zum einen wegen wesentlich strengerer gesetzlicher Bestimmungen (nur alle zwei Wochen statt zweimal wöchentlich ist eine Plasmaferese erlaubt), zum anderen, weil bisher niemand Interesse hatte, eine Infrastruktur – Plasmafereseneetz – aufzubauen. Die Konzerne behaupten formal zu Recht, sie bezögen nur Plasma aus Europa und den USA, keines aus der Dritten Welt. Nur: Wo ein großer Teil des Plasmas aus den USA herkommt, haben wir am Beipsiel Mexikos gesehen. Und: Auch *in* den USA ist es der „Dritte-Welt-Anteil" der Bevölkerung, der sein Plasma verkauft.
In Berkeley wandert das Rohplasma in die sogenannte Fraktionierungsanlage. Aus dem Eiweißgemisch werden diverse „Fraktionen" rein hergestellt und zu Medikamenten weiterverarbeitet.
Die wichtigsten sind folgende:

Houston General Hospital, Freitag, 13.00 Uhr

– Ein Hubschrauber landet auf dem Vorplatz. Er bringt einen schwerverletzten Patienten vom Highway. Er hat durch einen Unfall viel Blut verloren. Eine Infusion mit ALBUMIN wurde bereits angelegt.
Im Lauf der nächsten Wochen, während denen sich nach einer Notoperation noch Komplikationen (Nierenversagen) entwickeln, erhält er noch mehrere Liter dieses Plasmaprodukts. Da es scheinbar unbegrenzt zur Verfügung steht und kaum Nebenwirkungen hat, greifen die Ärzte gelegentlich auch dazu, wenn simple Kochsalzlösung den gleichen Effekt hätte. Andererseits hätte der Mann manche Situation sicher ohne Albumin nicht überleben können.
In den USA und den meisten Industrieländern werden jährlich pro 1 Million Einwohner etwa 300 kg Albumin verbraucht, in der BRD sogar 555 kg. In Brasilien dagegen



„P L A S M A F E R E S E"

Bei der seit Anfang der Fünfzigerjahre entwickelten Plasmaferese wird dem Spender bei einer Sitzung 500 ml Vollblut abgenommen, dieses sofort in tiefgekühlten Zentrifugen zentrifugiert, so daß sich die roten Blutkörperchen von den flüssigen Bestandteilen des Bluts, dem Plasma, trennen. Die roten Blutkörperchen werden in physiologischer Kochsalzlösung gelöst, durch die noch liegende Nadel dem Spender gleich wieder zurückgegeben. Der gleiche Vorgang kann unmittelbar darauf noch einmal wiederholt werden, so daß dann dem Körper insgesamt 500 ml *Plasma* entzogen wurden. Darin gelöst befinden sich zwischen 30 und 40 Gramm verschiedener Eiweiße, die das Ziel der ganzen Transaktion sind. Die Industrie stellt daraus *Gerinnungsfaktoren* (vor allem „Faktor VIII", gegen die Bluterkrankheit; das größte Geschäft), *Albumin* (gegen diverse Eiweißmangelzustände, insbesondere auch nach Blutverlust; das zweitgrößte Geschäft), *Gammaglobuline* (Passivimpfstoffe) und anderes her.
Theoretisch, d. h. bei guter eiweißreicher Ernährung, ist der Körper in der Lage, das verlorengegangene Eiweiß (und das Wasser sowieso) in relativ kurzer Zeit q u a n t i t a t i v zu ersetzen. Sehr umstritten ist jedoch noch, ob er es auch q u a l i t a t i v kann, d. h. ob er die Proteine in der gleichen Verteilung, insbes. die Gammaglobuline als seine Abwehrstoffe und bestimmte fett-transportierende Eiweiße, die Arteriosklerose verhindern, so schnell neu aufbauen kann.
Zum mindesten gibt es noch keine eindeutigen Beweise, daß eine jahrelange Plasmaferese (in der Größenordnung von einem halben Liter Plasma alle zwei Wochen) *keine* langfristigen Gesundheitsschäden verursacht. Infrage kommen, nach dem oben Gesagten, vor allem verfrühte Arterienverkalkung und eine Schwächung der Immunabwehr. Bei der in den USA üblichen Größenordnung von einem Liter pro Woche häufen sich erst recht die Bedenken. Dies umso mehr, wenn es sich nicht, wie in den meisten medizinischen Studien, um junge, besonders eiweißreich ernährte Spender handelt, sondern um am Rande des Existenzminimums lebende Menschen, bei denen das Entgelt häufig zum Unterhalt einer ganzen Familie ausreichen muß.

nur 14 – in den Entwicklungsländern ist das wenig ausgebaute Gesundheitswesen gar nicht in der Lage, ein so teures Medikament ständig bereitzuhalten und zu bezahlen, während in den Industrieländern häufig recht verschwenderisch damit umgegangen wird.

Santa Clara de Chihuahua, ein Dorf noch in der Sierra Madre

– Ein kleiner Junge hat sich bei der Feldarbeit mit der Sense in den Fuß gehauen. Es blutet, die Blutung will gar nicht aufhören, obwohl der schließlich aus dem Nachbardorf herbeigeholte Naturheiler bereits alle Pflanzen aufgelegt hat, die sonst immer in diesem Falle helfen. Ein Arzt oder Gesundheitszentrum ist nicht in der Nähe, und wenn man den 40 km langen Transport über die Berge zum nächstgelegenen Gesundheitsposten wagen könnte, könnte man doch die „consulta" nicht bezahlen. Und ob sie dem Patienten dort helfen könnten, wo doch sein Bruder vor zwei Jahren im Alter von zehn Jahren an einer Blutung gestorben ist?
Sie könnten nicht, denn vermutlich ist er einer der etwa 3 000 Bluterkranken in Mexiko, bei denen diese Diagnose nie gestellt wurde, und die die Behandlung mit einem speziellen Plasmaderivat, dem FAKTOR VIII brauchen. Und daß davon gerade eine Flasche in einem ländlichen Gesundheitszentrum bereitliegt, ist mehr als unwahrscheinlich. Nur ein Viertel der Bluterkranken (oder „Hämophilen"), ungefähr 1 000 Männer, sind registriert und werden an einem der modernen Behandlungszentren behandelt. Dort stehen jedem immerhin pro Jahr etwa 6 000 Einheiten des „Faktors VIII" zur Verfügung. In Deutschland dagegen, wo es in etwa ebensoviele Bluter gibt, stehen für jeden pro Jahr über 30 000 Einheiten bereit. Die Behandlungskosten liegen bei mindestens 100 000,– DM pro Jahr, in Einzelfällen, wie bei dem Bonner „Egli-Skandal" (FN), der bis zum Ruin einer Krankenkasse geführt hat, jedoch noch weit höher.

Stuttgart, Mai 1983

– Eine Hausfrau schneidet sich beim Gemüseputzen tief in den Finger. Da sie sehr vorsichtig ist, fährt sie ins Krankenhaus um die Ecke. Sie erhält dort eine Spritze Tetanus-Passivimpfstoff (ein GAMMAGLOBULIN, das dritte der drei wichtigsten Plasmaderivate), 1 Spritze Tetanus-Aktivimpfstoff und einen Verband.
Wäre sie und alle anderen BRD-Bürger aktiv gegen Tetanus geimpft, könnte man hierzulande eine Menge dieses Impfstoffs sparen, zu dessen Herstellung über 75 000 Liter Plasma benötigt werden (Berechnung nach 8).
Diese drei Beispiele zeigen einmal mehr, wie Medikamente gegen Krankheiten eingesetzt werden, deren Ursachen auf ganz anderem Gebiet bekämpft werden müßten.
Gammaglobuline gegen durch Unterernährung bedingte Abwehrschäche sind ebenso absurd wie Hochleistungsdünger auf zuvor durch falsche Behandlung versteppte Böden. In beiden Fällen profitiert die Chemische Industrie, und der Gewinn realisiert sich auf dem Rücken von denen, die mit Sicherheit nicht Nutznießer der teuren Produkte sind: der mexikanische arbeitslose Familienvater, der zweimal in der Woche in den USA sein Plasma verkauft, wird nicht im US-Hospital, falls er nierenkrank wird, dialysiert werden. Eher wird das SAA-Hospital der staatlichen mexikanischen Gesundheitsfürsorge, das für ihn zuständig ist, auch lebensnotwendige Operationen an ihm verschieben müssen, weil kein Blut zur Transfusion vorhanden ist. Denn wer prinzipiell zum Blutspenden bereit wäre, geht ja lieber in die US-Plasma-centers, wo er Geld dafür bekommt.



Zur Lösung des Problems sind u. E. unabdingbar:

- Abschaffung jeglicher Bezahlung für Blut- und Plasmaspende – nur so läßt sich verhindern, daß arme, schlechternährte oder suchtkranke Menschen zum „Spenden" kommen (Spenderschutz) und daß Vorerkrankungen verschwiegen werden (Empfängerschutz).
- Autarkie jeden einzelnen Landes, d. h. kein Im- und Export von Blut, Plasma und Plasmaprodukten. Gleichzeitig jedoch Hilfestellung der entwickelten Länder für die in Entwicklung befindlichen Länder beim Aufbau eines freiwilligen, nationalen Blutspendewesens.
- Eine nationale Blutpolitik in jedem einzelnen Land, d. h. ein Entwicklungsplan über Bedarf, vorhandene und erschließbare Ressourcen, mögliche Träger; kontrollierte Preise. Bei der Frage der Träger sollten auch ungewohnte Möglichkeiten diskutiert werden: Angesichts der zu großen Teilen reaktionären Politik des Roten Kreuzes, das jedoch unbestritten die beste Infrastruktur auf dem Gebiet des Blutspendewesens hat, gäbe es vielleicht auch bessere, alternative Lösungen: eine Einrichtung der Krankenkassen? neuzugründende staatliche Stellen? kommunale Einrichtungen? Verbundsysteme?
- Keinerlei Verschwendung von Blutprodukten angesichts der begrenzten Ressourcen des „Rohstoffs".
  Hierzu ist u. a. eine verbesserte Aus- und Fortbildung des medizinischen Personals, verbindliche Richtlinien für die Anwendung der Produkte und der Ausschluß jeglichen finanziellen Anreizes für ihren Einsatz vonnöten.

Nur so wird es möglich sein, den „Vampirismus" der Plasmafirmen, der heutzutage wesentlich schwerer nachzuweisen ist als noch vor fünf Jahren, da er sich viel mehr kaschiert durch Legalität vollzieht, einzudämmen und zu verhindern, daß Ausbeutung zur wörtlichen körperlichen Aussaugung der Ärmsten unserer Welt wird.

Dagmar Müller

INDOCUMENTADOS

Seit Anfang des Jahrhunderts wandern Mexikaner in die USA aus; wellenförmig schwankt der Umfang; in den letzten Jahren sind es 800 000 bis 1 Mio. pro Jahr.
In Zeiten der Hochkonjunktur willkommenes Arbeitskräftepotential (anfangs beim Eisenbahnbau, jetzt überwiegend in der Landwirtschaft und Dienstleistungsgewerbe), wurden die Mexikaner in Zeiten der Krise massiv deportiert (so Anfang der Dreißiger-Jahre z. B.). Auch jetzt versucht eine interessierte „veröffentlichte Meinung" den Mexikanern die Schuld für die Arbeitslosigkeit in den USA zuzuschieben. Analog dem Ruf „Ausländer raus" bei uns sind dort rassistische Tendenzen, die in der „Überfremdung" eine „schleichende Rückeroberung" der einst annektierten Provinzen Texas, Californien, New Mexiko und Arizona sehen, am Erstarken.
Ihnen zuzuschreiben ist auch eine erhebliche Zunahme der Aktivitäten der „Border Police", die seit Beginn des Jahres täglich circa doppelt so viele illegal eingewanderte Mexikaner (die Zahlen schwanken zwischen 1 200 und 7 000 pro Tag (9)) abschiebt wie zuvor. Viele nehmen das kritiklos als Beweis für zunehmende Einwanderung seit der Peso-Abwertung im Januar, Kenner der Lage sehen darin lediglich eben eine Folge der Verdoppelung der Polizeikräfte (10).

MAQUILADORAS

Maquiladoras, englisch twin plants, sind Fabriken im nördlichen mexikanischen Grenzgebiet, die als Zweigniederlassungen, „twins", von US-Firmen besonders der Textil-, Leder- und Elektronikindustrie gegründet werden. Es werden dort kleinste Teilfertigungsschritte gemacht: Ein Produkt wird halbfertig über die Grenze geliefert und etwas weniger halbfertig wieder nach USA geholt. Es ist also keinerlei Qualifikation für die Arbeit erforderlich, und es wird keinerlei Qualifikation dabei vermittelt.
„Naturgemäß" kommen für solche Arbeit besonders Frauen in Betracht, die zudem noch den Vorteil haben, besonders billig zu sein und kaum organisiert.
Der Durchschnittstagesverdienst in einer Maquiladora liegt noch unter dem gesetzliche Mindestlohn von 450 Pesos/Tag (zum Vergleich: Mindestlohn in den USA 3,50 Dlr./Std.).*)
Die ohnehin unzureichenden Arbeitsschutzgesetze Mexikos sind für diese Region speziell außer Kraft gesetzt. Das bedeutet: keine Begrenzung des Arbeitstags, Verbot gewerkschaftlicher Organisierung, kein Kündigungsschutz u. a.
Stoppt heute die Nachfuhr an Halbfertigteilen, haben die Frauen eben morgen keine Arbeit und keinen Lohn.
Die Arbeitsbedingungen sind unmenschlich – es heißt: fünf Jahre Maquiladora-Arbeit bedeutet fünfzehn Jahre Älterwerden.
78 % der berufstätigen Frauen von Ciudad Juárez sind in der Maquiladora-Industrie beschäftigt.
Gleichzeitig beträgt die Arbeitslosigkeit unter Männern 60 bis 70 %.

*) 1 Dollar entspricht seit Jan. 83 149 Pesos (freier Markt); 100 Ps = 1,60 DM

QUELLENANGABEN

1) Morales, Patricia: Indocumentados Mexicanos; Müxico 1981; S. 241
2) Studie des „Centro de Estudios Sociales y Políticos", Ciudad Juárez u. El Paso, lt. Artikel in El Dia vom 18. 5. 83 und persönl. Mitteilung eines der Autoren
3) Texas Monthly, Nov. 1980
4) CESP-Studie (s. Q3), lt. pers. Mitteilung
5) Pers. Mitteilung einer ehemaligen Mitarbeiterin (Ärztin) in Plasmacenters
6) Sehr vage Schätzung aus den Angaben des „Centro Nacional de Transfusión Sanguinea" über die Zahl der registrierten professionellen Blutspender und dem geschätzten Verhältnis von Blut- zu Plasmaspendern und registrierten zu nicht registrierten Spendern
7) Hagen, Piet: Blood: Gift or Merchandise; New York 1982, S. 115
8) Studie der „International Federation of Pharmaceutical Manufacturers Associations" („IFPMA"); Zürich 1980; S. 22
9) El Dia 23. 2. 83; uno mas uno 14. 2. 83
10) Bustamente, J. A. in uno mas uno vom 31. 1. 83

Weiterführende Literatur

Hagen, Piet: Blood-Gift or Merchandise; Alan R. Liss Inc.; New York, 1982
Conner, Bettina: Welthandel mit Blut; in rororo – Technologie und Politik, Band 6
Dokumentation zum internationalen Blutplasma-Handel; Hrsg. BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen); Bielefeld 1981 – Hier auch ausführliche Bibliographie

A: Im folgenden werden der Korrektheit halber, auch wenn es ungewöhnlich klingt, die Worte Plasmaverkaufen, Verkäufer etc. verwendet, denn „Spenden" sollte der freiwilligen, altruistischen Gabe von Blut oder Plasma vorbehalten bleiben.

FN: Das Bonner Hämophilie-Zentrum zahlte jahrelang Monopolpreise, die weit über dem Weltmarkt-Preis lagen, an die Pharmaindustrie, weil seine eigenen technischen Leistungen als Prozentanteil am Faktor VIII-Preis vergütet wurden, und sie umfangreiche „Rabatte" in Form von Fernsehern, Elchjagden u. a. bekamen – die natürlich nicht an die Krankenkassen weitergegeben wurden.

PALÄSTINENSER

Ein Jahr nach Beirut in der Klemme



US-Marines in Beirut

Etwas mehr als ein Jahr ist es her, daß ungefähr 10.000 palästinensische Guerilleros (fedayin) und PLO-Funktionäre aus der libanesischen Haptstadt Beirut evakuiert wurden. Seither fehlt der PLO nicht nur das Zentrum ihrer politischen und militärischen Aktivitäten, sondern auch die die palästinensische Präsenz im Libanon kennzeichnende enge Verbindung zwischen PLO und der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern. Die palästinensische Revolution ist eine von ihrer Massenbasis getrennte Bewegung geworden; voneinander getrennt sind auch die politische Führung und die über acht arabische Staaten verstreuten Kämpfer. Die palästinensischen Zivilisten im Libanon sind bis heute von Übergriffen rechtsgerichteter christlicher Milizionäre bedroht, die Institutionen der PLO im Libanon verboten (1), und im Süden des Landes sind die Palästinenser darauf angewiesen, ausgerechnet die israelische Besatzungsarmeee um Schutz bitten zu müssen – weil ihnen sonst niemand beistehen kann.
Die schleichende Annexion der Westbanks durch verstärkte israelische Siedlungstätigkeit geht unterdessen scheinbar unaufhaltsam voran. Syrien, als „Schutzmacht" in den Gebieten des Libanon, in denen die PLO sich noch aufhält (2) und als Aufnahmeland für das größte Kontingent aus Beirut abgezogener PLO-Streiter, ist eine Schlüsselposition zugefallen, die die syrische Regierung zielstrebig im Sinne ihrer eigenen Interessen ausgenutzt hat. Mit aktiver Unterstützung für die im Mai 1983 begonnene Rebellion innerhalb der „Fateh" (3) und der folgenden Ausweisung von PLO-Chef Yasser Arafat aus Syrien hat Damaskus die PLO in eine lähmende Zerreißprobe und einen offenen Konflikt um die Kontrolle der palästinensischen Politik getrieben.
Allerding ist der Ausbruch interner Querelen – bis hin zur Anwendung von Waffengewalt – nicht allein auf den syrischen Einfluß zurückzuführen. Nachdem die Sitzung des Palästinensischen Nationalrats (Exilparlament) im Februar in Algier noch zu einer Demonstration der Einheit und der Autorität Arafats geraten konnte, (4) traten ungeklärte Probleme nur kurze Zeit später umso stärker hervor. In Algier hatte zwar noch einmal ein politischer Kompromiß gebastelt werden können, mit der alle PLO-Strömungen hätten leben können, (5) Algier war jedoch keine Antwort auf die veränderten Bedingungen der palästinensischen Nationalbewegung nach ihrer Vertreibung aus Beirut. Als dann noch jeder politische Erfolg für die PLO ausblieb, führte ein gerüttelt Maß an Resignation und Verzweiflung die explosive Lage herbei, die sich schließlich in den Artillerieduellen in der libanesischen Bekaa-Ebene entlud. Nach anfänglichen militärischen Erfolgen der „Fateh"-Rebellen (6) haben inzwischen Arafat-loyale Truppen ihre Position stärken können; der PLO-Chef beginnt wieder mit einer vorsichtigen Entfaltung von diplomatischen Aktivitäten, die seine Kontrahenten ihm als „Verrat" vorwerfen. (7)

In der PLO ist Stagnation eingetreten; ein Jahr nach Beirut sind die schmalen verbliebenen Reste ihrer politischen und militärischen Handlungsfähigkeit in Gefahr. Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt in Damaskus, wo eine arabische Regierung sich nicht scheut, de facto zum Erfüllungsgehilfen des israelischen Generalstabes zu werden. Trotz

vollmundiger „antiimperialistischer" Rhetorik trägt sie ihr Schärflein bei zur tragischen Einkreisung, in der die PLO sich befindet – ein Jahr, nachdem sie das eingekreiste Beirut verlassen mußte.
Doch die Krise der PLO rührt nicht allein – wie Arafat und die Seinen immer wieder behaupten (8) – von arabischer Einmischung her. Erst weil Palästinenser aufeinander zu schießen bereit waren, konnte das syrische Eingreifen gegen die PLO – und nicht gegen Arafat allein – möglich werden. Daher trifft der derzeitige Konflikt, dessen Ende nicht absehbar ist, die PLO nachhaltiger, als der militärische Schlag durch die israelische Armee es vermocht hatte. Allerdings wurde dieser Konflikt durch die Ereignisse von Beirut 1982 mit ausgelöst; so sprechen zwar viele Gründe dafür, die gegenwärtige Entwicklung eine palästinensisch-syrische Auseinandersetzung zu nennen, oder präziser: eine Konfrontation zwischen syrischem Regime und der PLO-Führung – darüber darf jedoch nicht vergessen werden, daß es eine ganze Reihe PLO-interner Probleme gibt, die die Rebellion und die daran sich anschließende politische Lähmung auslösten.
Die Auseinandersetzung innerhalb der PLO hat im fünften Monat der „Fateh"-Rebellion einen point of no return erreicht. Die Rebellen um Oberst Abu Moussa können keine tiefgreifenden Kompromisse mehr eingehen, seit sie mit schwerer Artillerie auf Palästinenser gefeuert haben. Zudem darf bezweifelt werden, daß Syrien eine Einigung beider Parteien zulassen würde, ohne zumindest zu versuchen, erheblichen Druck auf die von Damaskus unterstützten Rebellen auszuüben. Arafat und seine Getreuen können gegenüber den Rebellen nicht nachgeben – z. B. durch Einrichtung einer von den Rebellen geforderten „kollektiven Führung" der „Fateh" –, ohne damit auch Punkte im Konflikt mit der syrischen Regierung einzubüßen. Die PLO-Spitze hätte früher nachgeben müssen, statt – ohne die Rebellen auch nur ausreden zu lassen – ausländische „Drahtzieher" verantwortlich für die hausgemachten Probleme zu machen. Denn bis zur Rebellion waren alle Versuche, die Struktur und den Führungsstil in der PLO auf friedlichem Wege zu regeln, gescheitert. (9)

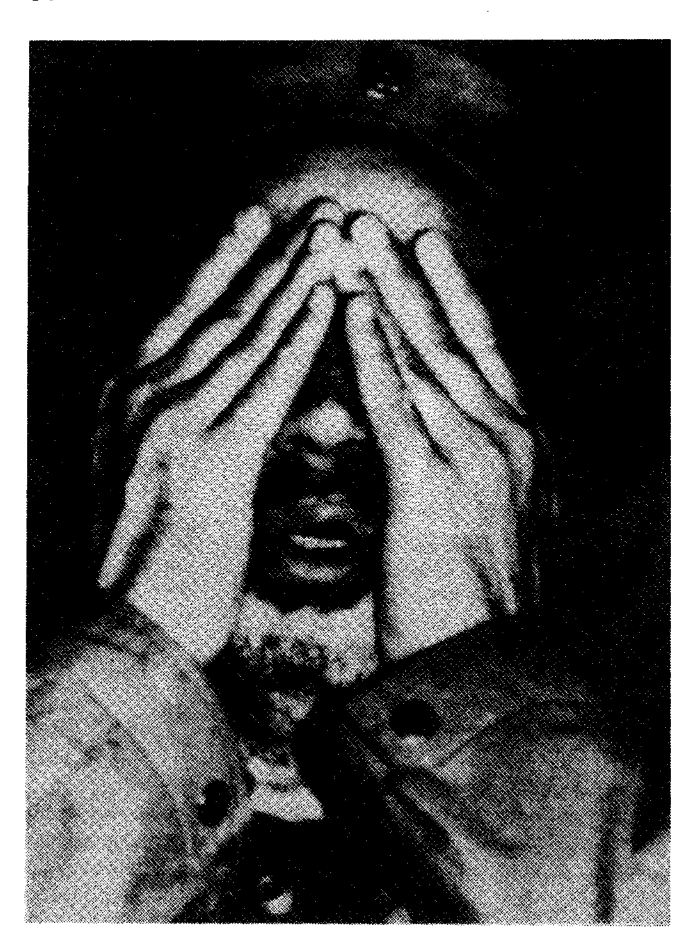
Die besondere Dimension der „Fateh"-Rebellion

Die PLO als Dachorganisation, in der einzelne politische Tendenzen ausdrücklich erlaubt sind, ist in ihrer Geschichte nicht eben arm an Episoden der internen Auseinandersetzung. Es hat Absplitterungen und inner-organisatorische Händel gegeben; im Juni 1974 war die PLO an den Rand der Spaltung geraten, als die PFLP („Volksfront" unter Georges Habbash) und andere Gruppen die Beschlüsse des Nationalrats ablehnten, in denen u. a. die Errichtung eines palästinensischen „Mini-Staates" auf den Westbanks und im Gaza-Streifen befürwortet wurde. Die „Ablehnungsfront" verweigerte die Mitarbeit im Exekutivkomitee, und es bildeten sich Ansätze einer konkurrierenden PLO heraus. Der Riß zwischen „Mehrheit" und „Ablehungsfront" ging in den Flüchtlingslagern des Libanon quer durch einzelne Familien, durch Freundeskreise hindurch. Deshalb konnte auch zumeist in familiär-freundschaftlichem Sinn mit dem Konflikt umgegangen werden. Die syrische Intervention im Libanon 1976 und Sadats Jerusalem-Reise 1977 führten beide Lager wieder zusammen, weil Einheit gegenüber den äußeren Gefahren vonnöten war.

Die Gefahr einer tatsächlichen Spaltung der PLO liegt nicht so nahe, wie ihre Propheten in den handelsüblichen Medien gern glauben machen wollen. Und so ist es auch nicht die vielerorts schon für Beginn des Jahres prognostizierte Spaltung in „gemäßigte" und „radikale" Gruppen, die der PLO derzeit droht. Im Gegenteil: Die als Arafats „radikale" Gegenspieler apostrophierten Georges Habbash (PFLP) und Nayef Hawatmeh (DFLP) (10) stellen derzeit die einzige Hoffnung vieler Palästinenser dar, weil sie sich nicht für eine Polarisierung entschieden haben, sondern ihre Loyalität zu Arafat erklärt haben und beständig um Vermittlung zwischen beiden „Fateh"-Lagern bemüht sind. Indem beide Gruppen eine gemeinsame politische und militärische Führung gebildet haben, haben sie auch einen effektiven Schritt für die Einheit der PLO unternommen.
Es ist nicht zu einer „Spaltung" zwischen „Fateh" und anderen Gruppen – etwa PFLP/DFLP – gekommen, sondern zu einer Konfrontation innerhalb der „Fateh". Dies darf insofern nicht verwundern, als die „Fateh" ungleich heterogener als die meisten anderen Organisationen der PLO ist; weil sie viel eher „Bewegung" als Partei ist. Ihr fehlt damit das einigende Band eines politischen Programms oder einer in sich geschlossenen Weltanschauung. Statt dessen sehen „Fateh"-Mitglieder im gemeinsamen Kampf die verbindende Aufgabe, gestatten in ihren Reihen ausdrücklich unterschiedliche pllitische Strömungen.
Die Zersplitterung der PLO nach Beirut, die Leiden der palästinensischen Zivilisten haben in der Bevölkerung und bei „Fateh"-Aktiven zu gewissen Identitätsverlusten geführt. Dies zumal, weil die „Helden von Beirut" – die palästinensischen „Fedayin", die den Israelis über 70 Tage, also länger als jede arabische Armee standhielten – am Ende nicht nur Beirut verlassen, sondern auch die Demütigung ertragen mußten, daß die Menschen, die sie in den Beiruter Flüchtlingslagern zurückgelassen hatten, wenig später grau-



PLO-Stellung im Beekatal im Libanon



Arafat in Tunesien

sam massakriert wurden. Ein politischer Erfolg, der diese bittere Erfahrung nicht hätte wettmachen können, blieb bislang aus; insofern ist erklärlich, warum die Äußerungen der Rebellen im Grunde darauf hinauslaufen, die „Fateh" wieder in den Zustand ihrer Gründungsjahre zurückversetzen zu wollen: Der „unbefleckte" bewaffnete Kampf soll wieder an die Stelle der als „verräterisch" empfundenen Diplomatie – mit der die Menschenleben von Sabra und Shatila nicht gerettet werden konnten – treten und damit auch identitätsstiftend für die palästinensische Nationalbewegung wirken. Andererseits lebt die „Fateh" gerade wegen der politischen Vielfalt in ihren Reihen weitgehend von der – zumindest formal gewahrten – Einheit der Organisation; die Probleme müssen also schon eine beachtliche Dimension gewonnen haben, bevor sie in der „Fateh" mit Feuerwaffen ausgetragen werden. Die Rolle der „Fateh" als der größten Organisation in der PLO impliziert wiederum, daß die Gefahr einer Spaltung der PLO niemals größer ist als dann, wenn die Auseinadersetzungen die „Fateh" erreicht haben.

Eine Spaltung der Organisation würde jedoch über kurz oder lang zu einer Spaltung der palästinensischen Bevölkerung (entlang der Trennung zwischen Palästinensern in der Diaspora und solchen im besetzten Palästina) führen – mithin zur weiteren Zerstörung palästinensischer Nationalgeschichte und -identität, denn bislang bewahrt die PLO nicht nur als Organisation, sondern auch als „Idee" und Identifikationspunkt für alle Palästinenser die Reste von Einheit der zersplitterten Nation. Eine solcherart gespaltene PLO hätte zudem den Verlust der letzten Hoffnung auf einen palästinensischen Staat zur Folge. Keinem der derzeit sich gegenüberstehenden „Fateh"-Flügel kann daran gelegen sein.

Das zweite Wesensmerkmal des aktuellen Konfliktes ist seine Polarität zwischen den beiden „Optionen" der PLO, der politischen und der militärischen. Als Kotrahenten stehen sich Politiker und Militärs gegenüber. Nirgends innerhalb der PLO ist die Differenzierung zwischen Politikern und Militärs größer als in der „Fateh" – die führenden „Rebellen" sind von der jordanischen Armee zur „Fateh" übergelaufene hohe Offiziere; die „Fateh" ist soldatischer als andere Gruppen, nicht zuletzt weil ihre militärische Struktur seit 1970 mehr und mehr von professionellen, in konventionellen Armeen geschulten Offizieren bestimmt wurde.

Die Militärs der „Fateh" – nicht die politischen Wahlbeamten, die die politische Führung zuweilen in die militärischen Zentren abordnet – genießen häufig hohes Ansehen in der Bevölkerung. Die „Fateh"-Rebellion wird geleitet von Offizieren wie Abu Moussa, die zunächst sehr glaubwürdig die Interessen einer unzufriedenen, verwirrten Basis ihrer Führung gegenüber geltend gemacht haben. Zwar ist die Freude am Leben und seinen Ausschweifungen nicht nur in den politischen Büros, sondern auch in den Kommando-Stellungen bekannt. Doch sind die „fedayin" zumal nach Beirut völlig eingeengt und führen das, was ein für seine nüchternen Analysen bekannter Schweizer Korrespondent „ein spartanisches Leben" nennt.

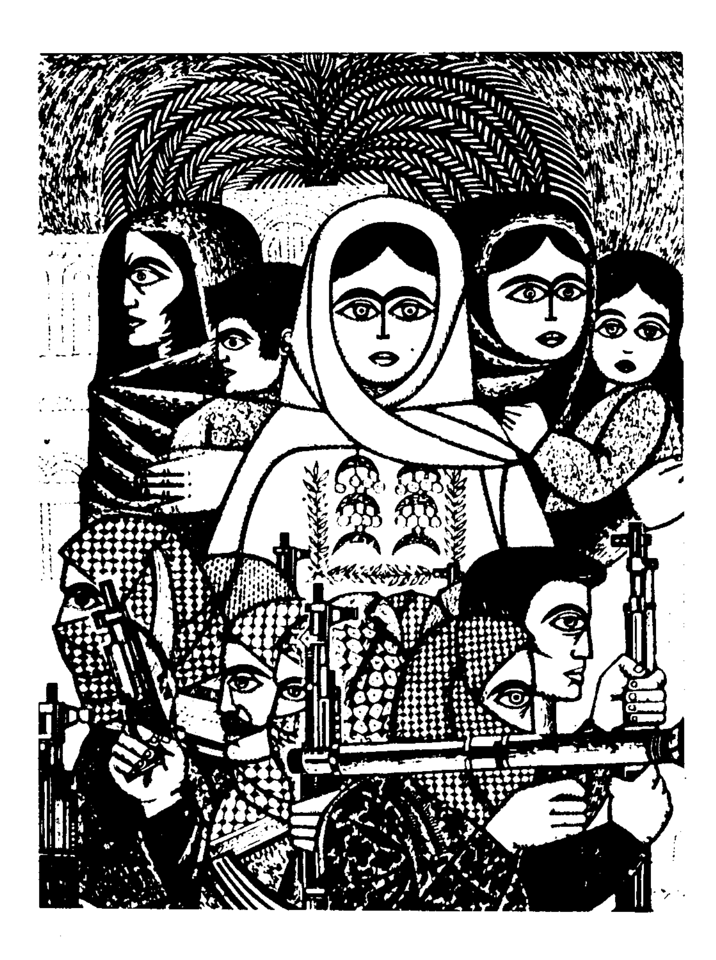
Niemand äußerte Kritik an Abu Moussa, als er und seine Gefolgsleute gegen den autokratischen Führungsstil Arafats polemisierte, gegen die Bürokratisierung der PLO, gegen die finanziellen Übertreibungen und gegen solche „Schützlinge" der Führung, die ihre politische und militärische Inkompetenz mit blinder Loyalität wettzumachen suchten.

Schließlich muß die Rebellion in der „Fateh" zu Beginn als der gewaltsame Versuch gewertet werden, eine überfällige Diskussion innerhalb der PLO zu erzwingen. Auf der Sitzung des Palästinensischen Nationalrats in Algier im Februar dieses Jahres hatte nur ein Redner schonungslose und offene Kritik am Verhalten seiner Organisation in Beirut geübt. Daß die PLO die Belange der Bevölkerung vernachlässigt hat, daß sie durch ihr Betragen in Beirut zum Unmut vieler Libanesen über die Palästinenser beigetragen hat, der sich nach dem Abzug der PLO entlud, ist intern zugegeben, aber öffentlich nicht diskutiert worden. Daß mit dem Beiruter PLO-Vertreter Shafiq el Hout ein Mann diese Kritik formuliert hatte, der höchstselbst für die genannten Fehler ein gerüttelt Maß an Verantwortung trug, nahm der Kritik allerdings die Spitze.

Es hat schon eine besondere Dramatik, daß die Rebellion – die ja zu einer Lehre aus den Fehlern von Beirut hätte führen sollen – und die damit einhergehenden Gefechte in der Bekaa-Ebene die Palästinenser nun von den letzten noch mit ihnen sympathisierenden Bevölkerungsteilen im Libanon entfremdet hat. So haben inzwischen alle im Bekaa vertretenen libanesischen Parteien, die grundsätzlich auf seiten der PLO stehen, den Abzug der Palästinenserorganisationen aus den Ortschaften verlangt. Besonders kritisch



hatten nach ihrer Vertreibung aus Beirut die palästinensischen Kämpfer die weitere Entwicklung beobachtet. In ihren Militärlagern weit von der Front waren sie natürlich erst recht angewiesen auf eine rasche Re-Organisierung der palästinensischen Bewegung. Arafats Versuche, aus den Ereignissen von Beirut politisches Kapital zu schlagen, indem er sich vor allem den USA, Saudi-Arabien und Jordanien zuwandte, wurden durchaus mißtrauisch beäugt. Zu keinem Zeitpunkt waren sie voll eingeweiht in die Details, die Arafat z. B. bei seinen Verhandlungen mit dem jordanischen Königshaus diskutierte. In Beirut, der „Nachrichtendrehscheibe", war kaum je etwas verborgen geblieben; im Zweifelsfall berichteten die Zeitungen, was die palästinensische Führung dachte und welche Taktik sie verfolgte. Die Diskussionen zwischen „Fedayin" und politischen Funktionären war selten für längere Zeit unterbrochen – all das hat sich mit der Vertreibung aus Beirut geändert. Nach mehreren Zwischenfällen – u. a. das mit niemandem abgesprochene Treffen Arafats mit den Vertretern der israelischen „Friedensbewegung" – hatte sich zudem in der gesamten PLO die Überzeugung durchgesetzt, daß Yassir Arafat in seinem selbstherrlichen Führungsstil Grenzen gesetzt werden müssen. Mehr als einmal war die Organisation durch Alleingänge ihres Vorsitzenden zu politischen Festlegungen gezwungen worden, ohne sie hinreichend diskutieren zu können. (11)
Als Abu Moussa und seine Leute Arafat den Befehl verweigerten, konnten sie sich einer Unterstützung aus den Reihen der „fedayin" und auch aus einem Teil der Bevölkerung in den Flüchtlingslagern sicher sein. Berichte, nach denen Teile der „Fateh"-Führung die Rebellen anfangs ermutigt hätten, sind keineswegs unglaubwürdig.
Der Konflikt geriet sehr rasch beiden Seiten außer Kontrolle und führte schnell zu ausländischer Einmischung sowie zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Damit war wiederum der Weg zu einer politischen Klärung verbaut – in den Bevölkerungsteilen, die sich anfangs von der Rebellion positive Veränderungen der Politik erhofft hatten, machte sich Resignation breit – häufig stellte sich auch die palästinensische Bevökerung, z. B. in Baalbek, zwischen die rivalisierenden Fraktionen. Durch die eindeutige Allianz mit Syrien hatten die Rebellen, die vordem durchaus nicht als Agenten Syriens galten, und durch ihre Angriffe auf „Fateh"-Stellungen die Sympathien der palästinensischen Basis verspielt.



Der Zauderer Arafat und die Konfusion der Rebellen

Aus Furcht um die Einheit seiner Organisation hatte Yassir Arafat in seinen Gesprächen mit Jordaniens Herrschern ein taktisches Looping zuviel gedreht. Die PLO hatte in einer Art „Stillhalteabkommen" zwischen „Fateh", PFLP und DFLP Arafat das Mandat zu weiteren Verhandlungen erteilt. Er sollte auf dem eingeschlagenen Weg fortfahren, sich um eine Anerkennung durch die USA zu bemühen, und versuchen, den Reagan-Plan dem arabischen Projekt von Fes (12) anzunähern. Außerdem sollte er die Beziehungen zu Ägypten und zum israelischen „Friedenslager" vorsichtig ausbauen. Im Falle seines Scheiterns wollten PFLP und DFLP lediglich nicht die Verantwortung übernehmen, sondern dann mit ihren eigenen Vorschlägen zum Zuge kommen. (13)

Arafat hat in der Vergangenheit wiederholt immense Fertigkeiten im gewitzten Taktieren an den Tag gelegt. Ohne Arafat häte die PLO jahrelange arabische Intrigen vermutlich nicht überlebt. Doch Arafats Talent bestand stets in der Reaktion auf komplizierte Situationen – nie in der eigenständigen Aktion. In die Zeit seiner Führung fällt eben nicht nur die Rettung der PLO aus schier ausweglosen Konflikten, sondern auch das Zaudern vor eindeutigen Alternativen (Umsturz in einem arabischen Land oder Zurückweichen), das die Dramen von Amman und Beirut ermöglichte.
Als König Hussein vor weiteren Verhandlungen der PLO ein Revers vorlegte, durch dessen Unterzeichnung sie die UN-Resolution 242 anerkannt hätte, was einer Anerkennung Israels bei gleichzeitigem Verzicht auf einen palästinensischen Staat gleichgekommen wäre – da nutzte er bloß aus, daß die PLO nach Beirut keine Machtmittel mehr in der Hand hatte, um ihrerseits Druck auszuüben. Der relative politische Erfolg der PLO war schnell verblaßt, zumal die Palästinenser auch nichts taten, diesen Erfolg durch eine eindeutige politische Offensive (14) abzusichern.
Jetzt konnten die USA und ihre Verbündeten auf Durchzug schalten und die völlige Unterwerfung der PLO als Bedingung für Gespräche fordern. Arafat mußte das ablehnen.
Die PLO hatte über Österreichs damaligen Bundeskanzler Kreisky bei Reagan schon Anfang 1983 sondieren lassen, was die USA im Gegenzug für eine Anerkennung Israels durch die PLO tun würden – Kreisky konnte aus Washington keine konkrete Antwort mitbringen. Auch dies wurde von der PLO jedoch nicht öffentlich gemacht – etwa in Verbindung mit einem öffentlichen Verhandlungsangebot.
Die Verhandlungen über einen Truppenabzug aus dem Libanon waren auch für die PLO der Stolperstein vor umfassenden Verhandlungen. Mehrfach schon hatte die PLO-Spitze der libanesischen Regierung die Bereitschaft zum Abzug signalisiert. Allerdings sollte eine symbolische Militärpräsenz bestehen bleiben, und nach den Beiruter Massakern forderte die PLO eine befriedigende Regelung über den Schutz der Zivilisten. (15) Da die ‚Fedayin' nur nach Syrien abziehen könnten, wäre eine Abstimmung mit der Regierung in Damaskus unerläßlich. Syrien lehnte das israelisch-libanesische Abkommen aus grundsätzlichen Erwägungen und wegen eigener Sicherheitsprobleme ab. Arafat wollte und konnte nicht einfach in einen Abzug seiner Truppen einwilligen, er wollte indes auch nicht durch ein klares „Nein" für die fortdauernde israelische Okkupation des Libanon verantwortlich gemacht werden. In den eigenen Reihen ist ein Rückzug der PLO-Truppen äußerst umstritten. Um sich die Möglichkeit offenzuhalten, einen Rückzug dann anordnen und durchsetzen zu können, wenn das von ihm verfolgte politische Konzept es erlaubte, versuchte Arafat, Personalentscheidungen anstelle einer offenen Festlegung zu setzen. Er ernannte zwei ihm ergebene „Fateh"-Mitglieder zu Kommandeuren der palästinensischen Verbände im Libanon, die im Angesicht der israelischen Invasion die Flucht ergriffen hatten und seither als „Verräter" geschmäht waren.
Das löste notgedrungen den Zorn der Militärs aus. Es hat auch keineswegs den Anschein, als sei deren Rebellion etwa von langer Hand vorbereitet. Mit der Ernennung der Kommandeure waren die Fateh-Militärs einfach von Arafat vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Der PLO-Chef hatte bei seiner Konzeption stets den militärischen Lösungsweg nur offenhalten, nicht aber anwenden wollen. Die Ernennung zweier Männer zu Kommandeuren, deren einzige Qualität in ihrer Loyalität zum PLO-Chef bestand, mußte Befürchtungen schüren, die militärische Option werde vollends geopfert. Arafat verbreitete den Eindruck, daß eine militärische Aktion sinnlos sei und zudem allen Gesprächsversuchen die Glaubwürdigkeit genommen hätte. Auch das jedoch hat er in keinem Moment offen gesagt.

Indessen ist das Konzept von bewaffnetem Kampf, das die rebellierenden Militärs verfolgen, in sich kaum kohärent. Sie selbst, über deren Tapferkeit gegenüber Israelis oder auch – wie 1976 – syrischen Truppen es keinen Zweifel gibt, sind mitverantwortlich für die Orientierung der palästinensischen Truppen im Libanon an klassischen Armee-Modellen, für das Übergewicht schwerer Waffen und großer Verbände gegenüber den Methoden der Guerilla. Diese Option hatte sich gegenüber der israelischen Invasion als folgenschwere Fehleinschätzung erwiesen. Ein Umdenken hatte in einigen militärischen Kreisen gerade begonnen – es ist kein Zufall, daß Abu Walid, der die weitestgehenden Pläne zu einer Rückbesinnung auf Guerilla-Operationen entwickelt hatte, kurz nach dem Abzug aus Beirut ermordet wurde – im von syrischen Truppen kontrollierten Gebiet des Libanon.

Bis heute liegt eine umfassende militärische Strategie für die verstreuten PLO-Verbände nicht vor. Vielmehr mischen sich noch immer die Ideeen von den „kleinen, mobilen Einheiten" mit den Idealen einer konventionellen Armee.

Politisch ist diese Rebellion offenbar erst in zweiter Linie motiviert gewesen. Die Militärs fürchteten schon seit geraumer Zeit um die Moral ihrer Kämpfer, da kein politisches Konzept für die Zeit nach dem endlosen Training vorlag und die Erfolge der diplomatischen Aktionen Arafats ausblieben. Ein eigenes politisches Projekt verfolgten die Rebellen nicht. Schon nach wenigen Tagen konnte Abu Saleh zum spiritus rector der Rebellion avancieren; die rasch eintreffende massive Unterstützung aus Libyen und Syrien – inzwischen auch aus dem Iran – akzeptierten die Rebellen, ohne nach den politischen Konsequenzen zu fragen.

Nimr Saleh (Abu Saleh), der bis heute der politische Sprecher der Rebellen ist, war einst „Fateh"-Vertreter in Damaskus gewesen. In Beirut hatte er sich lange dem Abzug der PLO widersetzt, und nach der Zustimmung der PLO zum arabischen Friedensplan von Fes begann er, die Politik Arafats von Damaskus aus heftig zu kritisieren. Er sei mit einer Villa und anderen Gütern von den Syrern gekauft worden, werfen Arafat-loyale „Fateh"-Mitglieder ihm vor. Abu Saleh und seine Getreuen kontern mit ähnlichen Vorwürfen an die Adresse Arafats. Tatsache ist, daß jener Abu Saleh nach seinen ersten abweichenden Äußerungen von den syrischen Medien hochgelobt wurde, und daß die Regierung in Damaskus in ihm den Mann sah, mit dessen Hilfe sie ihre Vorstellung von palästinensischer Politik durchzusetzen gedachte. Als vor Beginn der Nationalrats-Tagung die Gerüchte, Syrien plane die Gründung einer „revolutionären PLO", um sich griffen, war dabei regelmäßig vom mittlerweile aus den „Fateh"-Gremien ausgeschlossenen Abu Saleh die Rede.

Die Rolle der syrischen Regierung

Die syrische Führung hat aus ihren Interessen, die PLO zu bevormunden, selten einen Hehl gemacht. Die Konflikte zwischen Syrien und PLO waren nicht nur 1976 aufgebrochen, als die Syrer den libanesischen Falangisten erlaubten, das Palästinenserlager Tell el Zaatar niederzumachen, oder 1982, als die Syrer Waffenstillstand mit den Israelis schlossen, während Palästinenser und Libanesen in Beirut bombardiert wurden. (16) Ohnehin verfügt die syrische Führung durch Gruppen wie die „Saiqa" oder „Unabhängige" im PLO-Exekutivkomitee wie Abu Meizer über einigen Einfluß innerhalb der PLO. Denn auf die Formel läßt sich das syrische Verhalten gegenüber den Palästinensern



... und seine Gegner, hier Khaled El Fahum und Naif Hawataneh



Arafat mit Anhängern

bringen: der PLO soll so wenig wie möglich an Eigenständigkeit zugebilligt werden.

Die Gründe dafür sind mannigfaltig: Zum einen begreift die syrische „Ba'ath"-Partei in ihrer Rhetorik sich als Erbe des Pan-Arabismus, der natürlichen Anspruch auf die Alleinvertretung des arabischen Nationalismus habe. Wesentlich bedeutender aber ist das syrische Interesse, in einen Verhandlungsprozeß im Nahen Osten einbezogen zu werden. Syrien verlangt die Rückgabe der von Israel annektierten Golan-Höhen, und aus der Optik dieser Forderungen ist Palästina ein „süd-syrisches Problem". Abseits der Frage, wie ernsthaft die „Ba'ath"-Partei dem Traum vom „großsyrischen Reich" – Irak, Jordanien, Palästina, Syrien, Libanon – nachhängt, ist zu bedenken, daß zu viel Aufmerksamkeit für die Palästina-Frage schlicht das syrische Pokerspiel stört. Daß in dem angeblich progressiven und anti-imperialistischen Syrien der US-Außenminister Shultz „persona grata" ist, während der PLO-Chef als „persona non grata" ausgewiesen wurde, belegt nur das dringende syrische Interesse, zu akzeptablen Konditionen mit den USA Frieden zu machen. Dafür braucht Syrien freie Hand im Libanon – also keine eigenständigen Entscheidungen der dort stationierten Palästinenser. Und als Jimmy Carter seinerzeit der staunenden Öffentlichkeit verkündete, Syrien wolle gar keinen Palästinenserstaat, hat er nur die syrische Interessenlage benannt, in der ein palästinensischer Staat nicht wünschenswert erscheint.

Die Belagerung Beiruts hätte allen Beteiligten unmißverständlich klarmachen können, daß jede Kraft in der Region ausschließlich ihre eigenen Interessen verfolgt. Wieso Yasser Arafat seine Ausweisung aus Syrien selbst mit provozierte, indem er die ihm längst bekannte syrische Haltung nun endlich beim Namen nannte, ohne offenbar auf die folgende Konfrontation vorbereitet zu sein, bleibt schlechterdings rätselhaft. Die Brutalität, mit der Syrien sich nun in den „Fateh"-Streit eingemischt hat, läßt eine schnelle Beilegung der Krise unmöglich erscheinen. Damaskus will sich mit nichts weniger zufriedengeben als mit der Kontrolle über die PLO. Dabei ist mit einer weiteren Illusion aufzuräumen: daß nämlich die sowjetische Führung das Verhalten der Syrer bestimmen oder diktieren könne. In Moskau hat man kein Interesse an Auseinandersetzungen innerhalb der PLO, stellt die Palästinenserorganisation doch eine Kraft dar, die mindestens potentiell die Sowjetunion an den Verhandlungstisch bringen könnte. Doch das syrisch-sowjetische Verhältnis ist keines von gleichstarken Abhän-

DM 4,2 MILLIONEN SPENDEN FÜR DIE NÄHNADELFABRIK HA DONG

haben Bürger der Bundesrepublik bisher auf die Spendenkonten der Hilfsaktion Vietnam e.V. Düsseldorf überwiesen.
Mit der 5. Rate, die in diesen Tagen in Höhe von 400.000,– DM zur Verfügung gestellt werden konnte, hat die Hilfsaktion Vietnam mehr als 4 Fünftel der Kosten dieses 5 Millionen-Projektes bezahlt.
In Ha Dong läuft die Fertigstellung des Projektes auf Hochtouren: die Installierung der Maschinen für die Produktionsanlage ist abgeschlossen, Techniker und Ingenieure für die Überwachung der Produktion und die Wartung der Anlage sind ausgebildet und die ersten Testläufe erfolgreich beendet.
Ausgebildet werden z.Zt. 200 Arbeiter zur Bedienung der komplizierten Maschinen.
Das Produktionsprogramm soll Ende 83/Anfang 1984 anlaufen. Mit einer Produktionskapazität von 45 Millionen Handnähnadeln und 55 Millionen Maschinennadeln im Jahr, kann die Nähnadelfabrik Ha Dong die 10 Millionen Haushalte und die vielen Nähstuben und Handwerksbetriebe in Vietnam mit einem Minimum an Nähnadeln versorgen.
Jetzt geht es in den Endspurt für das Friedensprojekt: DM 800.000,– muß die Hilfsaktion für Vietnam für die Nähnadelfabrik Ha Dong noch aufbringen und bittet die Bürger unseres Landes um Unterstützung durch Spenden.

Hilfsaktion Vietnam e.V. Düsseldorf
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Kto.-Nr. 10 16 25 03 00 oder Postscheck-Konto Essen, Kto.-Nr. 900 40-430

gigkeiten: die UdSSR ist auf Syrien als ihren letzten Verbündeten in der Region angewiesen, während Syrien mit den Sowjets immer nur droht, um die Amerikaner gnädig zu stimmen. Weil die Sowjetunion sich außerstande fühlt, für Arafat und gegen Syrien Stellung zu beziehen, wird auch aus der angeblich ständig geplanten Moskaureise des PLO-Führer nichts: Bekommt er von dort keine eindeutige Unterstützung, müßte eine Reise wie eine große Niederlage wirken.

Am Ende der Illusionen steht Verzweiflung

Illusionen und Träume, die eigentlich bereits in Beirut zerplatzten, müssen endgültig zu Grabe getragen werden.



PLO-Kämpfer im tunesischen Lager

Niemand außer ihnen selbst steht für die Palästinenser ein. Daß einige der sogenannten „gemäßigten" unter den Palästinensern und Freunde der Palästinenser in Israel und den USA zu glauben scheinen, ausgerechnet die USA würden etwas anderes als ihre eigenen Interessen verfolgen, ist eine der verhängnisvollsten Illusionen. Mit einer spektakulären Geste der PLO, wie sie von einigen pro-arabischen Amerikanern und zum Dialog bereiten Israelis gefordert wird, (17) wäre unter den derzeitigen Verhältnissen buchstäblich nichts erreicht außer einer Verschärfung des PLO-internen Konflikts. US-Politik gegenüber der PLO hat stets gelautet: es ist besser, sie zu zerschlagen als mit ihr zu reden. Äußerungen von Außenminister Shultz, in denen dieser die „Fateh"-Rebellen begrüßte, sprechen eine deutliche Sprache. Außerdem findet in der US-Nahostpolitik gegenwärtig eine Neu-Orientierung statt, bei der allem Anschein nach – zumindest in der Personalpolitik – die Vertreter einer „weicheren" Linie gegenüber der arabischen Sache ins Hintertreffen geraten. So ist Sonderbotschafter Philip Habib ausgerechnet von einem Mann aus dem Umkreis von Sicherheitsberater Clarke, der an den Israelis vor allem ihre entschiedene anti-sowjetische Haltung schätzt und dafür israelische Aggression zu tolerieren bereit ist. Nicholas Veliotis, bislang als Unterstaatssekretär im State Department für den Nahen Osten zuständig, wurde auf den Botschafterposten nach Kairo gelobt – sein Nachfolger Murphy stammt ebenfalls aus der Umgebung des „Nationalen Sicherheitsrates" von William Clarke. Senator Charles Percy, Vorsitzender des Senatskomitees für Außenpolitik, der als einer der Mitautoren des Reagan-Planes (und der darin enthaltenen Absage an die israelische Siedlungspolitik) gilt, ist gegenwärtig Zielscheibe einer von den zionistischen „Political Action Comitees" initiierten Kampagne, die ihn als zu pro-arabisch darstellt, und muß um seine Wiederwahl fürchten. All das spricht nicht für die PLO.

Zweitens: Das Kräfteverhältnis im Nahen Osten steht für die Palästinenser so ungünstig, wie es nur stehen kann. Zu glauben, das ließe sich ändern, indem man die Revolution in einige arabische Länder trägt, mag ein hübscher Gedanke sein. Doch heute stürzt man kein Regime mehr, indem man den lokalen Rundfunksender besetzt, und das – allgemein als isoliert geltende – syrische Regime hat nur einmal mehr klargemacht, mit welcher Gewalt es seine Herrschaft zu verteidigen bereit ist – nach außen wie nach innen. (18)

Die PLO als dem Muster der algerischen FLN nachempfundene Befreiungsbewegung ist tot – so bitter das auch klingt. Dieser Tod ist nicht nur den israelischen Schlägen geschuldet. In dieser Etappe, in einer Region, die unter dem Schirm der USA steht wie selten zuvor, kann die PLO nur um einen ehrenhaften Kompromiß verhandeln – und sieht sich dabei ihrer letzten Faustpfänder beraubt. Der Machtblock, dem die PLO gegenübersteht, erlaubt ihr keinen militärischen Sieg. Nach Beirut erlaubt er ihr nicht einmal mehr die Guerilla-Strategie des langen Atems. Denn seither hat die PLO keine Massenbasis mehr, wie sie die Flüchtlingslager im Libanon darstellten. Und für das – derzeit – letzte erreichbare Stückchen Palästina, die Westbanks, wird die Zeit vor der drohenden Annexion durch Israel knapp.
Durch die Verschärfung des Ost-West-Verhältnisses, durch die explosive Entwicklung der Atomrüstung ist der PLO zudem der letzte Weg, einer Konfrontation mit den USA standzuhalten, verbaut: Denn nur wenn die UdSSR den Amerikanern Konsequenzen zumindest androhen könnte, hätte die PLO als Befreiungsbewegung eine Chance.
Wo die Verhältnisse sich derart gewaltsam gegen die letzten Hoffnungen eines entrechteten und heimatlosen Volkes

durchsetzen, bleibt bloß Verzweiflung. Es ist die Stimmung dieser Verzweiflung, die es ermöglicht hat, daß Palästinenser aufeinander schießen. Es ist dieselbe Verzweiflung, die beiden Seiten ein Einlenken verbietet.

Ein Ende der Krise in der PLO ist nicht recht absehbar. Niemand kann ausschließen, daß die Verzweiflung eine neue Phase von Kommandoaktionen einleiten könnte – diesmal jedoch mit Zielen in den arabischen Staaten. Syrien, so viel ist sicher, würde jede Bombe in Damaskus hundertfach vergelten.

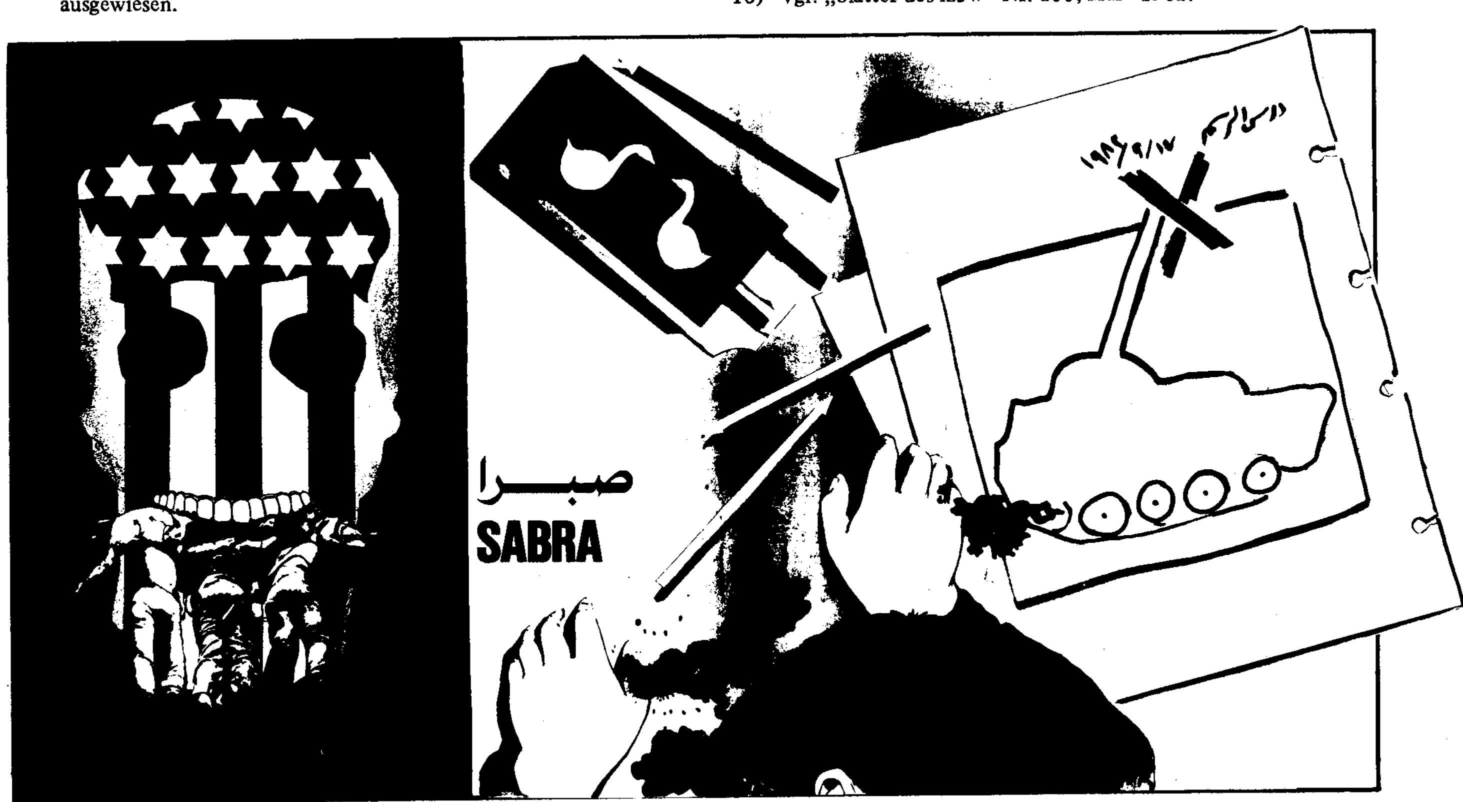
Vor Ort, d. h. vor allen in der libanesischen Bekaa-Ebene, gelten alle Anstrengungen dem Ziel, einen dauerhaften Waffenstillstand herbeizuführen. Solange alle Aufmerksamkeit – auch die der syrischen Regierung – zuallererst den innenpolitischen Ereignissen im Libanon gilt, ist mit Bewegung im Konflikt kaum zu rechnen.

Für die PLO ist eine Neu-Orientierung gefragt, eine Anpassung an die Bedingungen des „verschärften Exils" nach Beirut. Bislang fehlt jeder positive Anhaltspunkt, welche politische oder gar militärische Aktivität geringer als eine arabische Volksbewegung, die die regionalen Kräfteverhältnisse grundlegend verändern könnte, die Palästinenser in dieser Phase ihrem Staat näherbringen sollte. Auf eine solche Volksbewegung zu warten, kann sehr lange dauern. Und ob eine neuerliche diplomatische Anstrengung den Palästinensern auch nur einen Zipfel ihres Rechts bescheren würde – selbst wenn sie weitestgehende Kompromisse eingingen – ist äußerst fraglich.

Reinhard Hesse

Anmerkungen:

1) Am 23. 6. wurde das „Palästinensische Forschungszentrum" in Beirut, letzte legal im Libanon arbeitende PLO-Institution, geschlossen. Der PLO-Botschafter in Beirut hat bis heute keinen Zutritt zu seinem Büro.
2) Die ostlibanesische Bekaa-Ebene und die Gegend um Tripoli im Norden.
3) Zunächst lieferten Syrien und auch Libyen lediglich Waffen und Geld – vgl. z. B. Bericht in der „Times" v. 27. 5. 83 – am 21. 6. überrannten „Fateh"-Rebellen mit direkter Unterstützung durch syrische Einheiten – s. TAZ, 23. 6. und Le Monde, 23. 6. 83 – die bedeutendsten strategischen Positionen der PLO in der Bekaa-Ebene. Am 24. 6. wurde Yasser Arafat aus Syrien ausgewiesen.
4) s. u.a. TAZ, 24. 2. 83.
5) So wurden die wichtigsten Streitpunkte begradigt: der Reagan-Plan „als Grundlage für eine Lösung" abgelehnt, Beziehungen zu Ägypten und zum israelischen „Friedenslager" in die Verantwortung des – mit Vertretern aller relevanten Fraktionen besetzten – Exekutivkomitees gelegt und weitere Verhandlungen mit Jordanien autorisiert, ohne daß König Hussein ein Mandat, für die PLO zu sprechen, bekam.
6) Während es Anfang Juli noch so aussah, als würden die Rebellen die gesamte Bekaa-Ebene übernehmen und die loyalen Truppen auf Tripoli zurückdrängen – vgl. TAZ v. 25. 7. 83 –, konnten die Loyalen sich im August bei den Gefechten um Jdeita behaupten.
7) So auf der UNO-Konferenz über Palästina in Genf Anfang September, als er die Verhandlungsbereitschaft der PLO bekundete und die „progressiven und demokratischen jüdischen Kräfte in- und außerhalb Israels" ausdrücklich lobte. Rebellen-Sprecher Abu Saleh warf Arafat sofort „Verrat" vor. S. TAZ, 5. und 6. 9. 83.
8) Zuletzt auf der UNO-Konferenz in Genf. Vgl. TAZ v. 8. 9. 83.
9) So versuchte Artilleriekomandant Wassif Eriqat, der sich später den Rebellen anschloß, am Rande der Nationalrats-Sitzung in Algier persönliche Kritik an dem von ihm als „selbstherrlich" empfundenen Führungsstil Arafats zu üben. Der ehemalige PLO-Sprecher Mahmoud Labadi, der mittlerweile ebenfalls zu den Rebellen übergelaufen ist, hatte sich gegenüber Arafat lange um eine größere Unabhängigkeit der Informationsabteilung bemüht und wurde seiner Funktionen enthoben.
10) Näheres zu PFLP, DFLP und anderen Gruppen vgl. „blätter" Nr. 106, Dez. 1982.
11) Dies war auch in Beirut schon vorgekommen – so z. B. als der US-Kongreßabgeordnete McCloskey mit Arafat während der Belagerung Beiruts zusammentraf und ein von Arafat unterzeichnetes Papier vorlegte, in dem dieser „alle UNO-Resolutionen zur Palästinafrage" anerkannte – mithin z. B. den Palästina-Teilungsbeschluß von 1947. Andere PLO-Sprecher, die vorher nicht informiert waren, distanzierten sich von dem Papier und entwerteten es damit.
12) Zum Reagan-Plan und zum Fes-Plan vgl. „blätter des iz3w" Nr. 107, Februar 1983
13) Klare Ablehnung des Reagan-Planes, kein Verhandlungsmandat für König Hussein, keine weiteren Kompromisse an die USA – st essen verstärkte Organisierung der Bevölkerung und der Feaayin.
14) So gab es in der PLO-Führung Überlegungen, König Hussein über Reagan- und Fes-Plan verhandeln zu lassen, wenn die USA im Gegenzug die PLO offiziell anerkennen würden. Vgl. hierzu: Le Monde, 23. 2. 83 und TAZ, 9. 3. 83. Diese Vorschläge blieben jedoch immer „inoffizielle" Gedankenspiele.
15) Vgl. Times v. 25. 5. 83.
16) „Näheres zur Rolle Syriens im Libanon vgl. „blätter des iz3w" Nr. 109, Mai 1983
17) So von Uri Avneri vom „Israelischen Rat für israelisch-palästinensischen Frieden", der von der PLO eine Anerkennung Israels fordert, um die öffentliche Meinung in Israel umzustimmen.
18) Vgl. „blätter des iz3w" Nr. 100, März 1982.



PERU

Interview zu Sendero Luminoso

Das folgende Interview fand Anfang Juli 1983 mit einer Person statt, die Jahre in Ayacucho studiert, gearbeitet und geforscht hat und daher über eine weitreichende Kenntnis der Situation in diesem Teil des peruanischen Hochlands verfügt. Aus Sicherheitsgründen hat der Befragte darum gebeten, seinen Namen nicht zu erwähnen. Er gibt hier lediglich seine persönliche Meinung wider und spricht nicht im Namen irgendeiner Organisation.

F.: *Kannst Du uns kurz die Vorgeschichte von „Sendero Luminoso" zusammenfassen?*

A.: Sendero ist eine Abspaltung der chinesischen Linie, die sich ihrerseits Mitte der sechziger Jahre von der Kommunistischen Partei getrennt hat, als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Peking. Während die Moskau-Fraktion ihre orthodoxe Linie beibehalten und sich nicht weiter gespalten hat, ist die chinesische Fraktion in eine Reihe von Gruppen zerfallen; eine von ihnen war Sendero. Sendero entstand in Ayacucho und organisierte sich um Abimael Guzman. In den siebziger Jahren war Sendero sehr aktiv in Massenorganisationen und Gewerkschaften in Ayacucho und unterstützte die „Front zur Verteidigung des Volkes". Außerdem arbeiteten sie in der Lehrergewerkschaft – der späteren SUTEP – in Organisationen der Elendsviertel und in Bauernorganisationen. Überall lehnten sie jedoch Bündnisse mit anderen Gruppen ab. Das ist eine Eigenart von Sendero: niemals sind sie mit irgendjemandem ein Bündnis eingegangen. Ihre Stellung in der Universität ermöglichte es ihnen, Kader auszubilden. Sie kontrollierten den Studiengang für Erziehungswissenschaften und die Lehrer, die von ihren Leuten ausgebildet wurden, gingen aufs Land, arbeiteten dort und schickten ihrerseits wieder Schüler zur Universität. Die Lehrer waren eine Art Transmissionsriemen zwischen dem Land und der Universität.

F.: *Wann nahm Sendero den bewaffneten Kampf tatsächlich auf?*

A.: Sendero hat auf dem Lande jahrelang auf dieses Dogma hingearbeitet. Der bewaffnete Kampf beginnt 1979, aber sie haben ihn etwa 10 Jahre lang vorbereitet, zumindest überall dort, wo es Schulen gab. In der Ayacucho-Region hat es nie eine einheitliche Bauernorganisation gegeben, wie z.B. in Cuzco, Puno oder Cajamarca. Das ist einer der Gründe, weshalb Sendero dort so erfolgreich sein konnte. Ab 1979 beginnt ihre Praxis, mit ihren Erklärungen übereinzustimmen. Ich glaube, es ist nicht so sehr der Beginn einer formellen Demokratie, der sie zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes veranlaßte, denn die vorangegangene Militärregierung war in ihren Augen genauso faschistisch, wie die Belaunderegierung heute; vielmehr führte die zunehmend spürbare Wirtschaftskrise zu diesem Schritt. Damals war Sendero eine kleine Gruppe von Kleinbürgern, mit einer gewissen Basis in Elendsvierteln von Ayacucho und auf dem Lande. Ihre grundsätzlichen theoretischen Überlegungen waren folgende: dies ist ein feudales Land, also muß man die Feudalherren beseitigen. Danach muß man die Städte vom Land her einkreisen – das ist ihre Hauptparole – und dabei auf die eigene Kraft vertrauen. Das haben sie öffentlich erklärt, bevor sie 1979 in den Untergrund gegangen sind.

F.: *Was war ihre Strategie zu Beginn des bewaffneten Kampfes?*

A.: Sie haben klein angefangen, mit dem Verbrennen von Wahlurnen in einem Dorf: Chischi. Von 1979 bis 1982 sind sie sehr pragmatisch vorgegangen: sie hatten Kader, die aus der Gegend stammen, Quechua sprechen, bäuerlicher Herkunft sind, Ponchos tragen und von der Polizei nicht zu unterscheiden sind. Ihre ersten Aktionen hatten das Ziel, Sympathien bei der Bevölkerung zu wecken. Sie fingen damit an, die letzten Grundbesitzer der Region umzubringen, es waren Wenige, denn feudalen Grundbesitz gab es in Ayacucho bereits nicht mehr. Sie haben diejenigen Lehrer bestraft, die ihre Pflichten nicht erfüllten, ihnen die Haare abgeschnitten oder sie ausgepeitscht. Und vor allem haben sie Viehdiebe hingerichtet, die eine Plage für viele Dorfgemeinschaften sind. Sie haben den Leuten verboten, sich hemmungslos zu betrinken; eine Art von Dorfjustiz mit einigen traditionellen Elementen, die ihnen die Sympathie der Bevölkerung einbrachte. Ihr Ziel in dieser Etappe war es, alle staatlichen Repräsentanten aus den ländlichen Gebieten zu vertreiben: Polizeiposten, Schulen, staatlich anerkannte Dorfautoritäten, Bürgermeister, usw. und ebenso jede Präsenz des Staates in Form von Infrastruktur-Ausbau oder Projekten. Das gelingt ihnen bis 1982. Es gibt keine Polizeiposten und Entwicklungsprojekte mehr, sie zwangen die Bürgermeister und Dorfautoritäten zum Rücktritt und bestimmten neue. Sicherlich wollten sie auf diese Weise ein befreites Gebiet schaffen, die Produktion organisieren, eine Rote Armee aufbauen und was sie sonst zu ihrer weiteren Entwicklung brauchen.

F.: *Ein großer Teil dieser staatlichen Repräsentanten war aber doch in den Kommunalwahlen von 1981 gewählt worden. Traf ihre Vertreibung nicht auf Widerstand in der Bevölkerung?*

A.: Vom Volk gewählt zu werden heißt in diesem Land noch lange nicht, es auch zu vertreten. Unser Präsident ist ein gutes Beispiel dafür. In unserem Land gibt es keine Demokratie, die hat es noch nie gegeben. Was bedeutet Demokratie für ein Dorf oder einen Bezirk wie Ayacucho, wo der Abgeordnete niemals hinkommt, ganz abgesehen davon, daß er ein Drogenhändler ist? Die Stimmabgabe drückt bei uns nicht eine politische Überzeugung aus, sie ist vielmehr ein ritueller Akt (In Peru besteht Wahlpflicht, Anm. d. Verf.). Jedenfalls hat die Vertreibung dieser Au-

toritäten in den Dörfern kaum Reaktionen ausgelöst, woraus man schließen kann, daß es den Leuten ziemlich egal war. Und Sendero konnte sich weiter ausbreiten. Sie haben auch angefangen, Händler umzubringen, die Waren gehamstert hatten. Das sind Leute, die wirklich Macht ausüben. Wenn eine Dorfgemeinschaft einen Feind hat, ist es der Händler, der alle ausbeutet, auch wenn er mit vielen Leuten verwandt und verschwägert ist. Gegen Ende dieser Etappe hat Sendero begonnen, die direkten Vertreter der Staatsgewalt in den Städten auszuschalten, die Bürgermeister und Unterpräfekten. In der gleichen Zeit haben sie auch die ersten Brücken zwischen Ayacucho und anderen Städten gesprengt.
Diese Aktionen haben die Regierung veranlaßt, im Januar das Heer in die Zone zu schicken. Sendero mußte daraufhin eine Art strategischen Rückzug antreten. Zunächst hat sich das Heer nicht selbst an Aktionen beteiligt, sondern nur die Polizei unterstützt. Aber mit 3000 oder 4000 Soldaten im Hintergrund, mit Hubschraubern, Radios, Waffen, usw. kann die Polizei durch größere Mobilität versuchen, den verlorenen Boden zurückzugewinnen. Sendero schlägt zurück mit der sogenannten „Etappe der großen Aktionen", in der wir uns immer noch befinden. Der Überfall auf die Kommandantur in Ayacucho, der Brandanschlag auf das nationale Kulturinstitut, das Attentat auf die Bayer-Fabrik, die Sprengung von Hochspannungsmasten, usw.

F.: *Wie kam es, daß sich Widerstand gegen Sendero in den Dörfern regte?*

A.: Sendero hat verschiedene Fehler begangen. Zunächst das Verbot der Märkte, auf denen sich die Bauern verschiedener Gegenden treffen. Die Schließung des Marktes in Liri, dem wichtigsten der Provinz Huanta, war der Anlaß dafür, daß in der Dorfgemeinschaft Huaychao zum ersten Mal mehrere Sendero-Mitglieder umgebracht wurden. Auf diesem Markt verkaufen nicht nur die großen Händler, sondern auch arme Leute, verarmte Kleinbürger und Bauern höhergelegener Dörfer. Die Leute kommen nicht nur zum Handeln, sondern auch, um Nachrichten auszutauschen oder sich eine Frau zu suchen. Sendero hat in verschiedenen Versammlungen ausdrücklich erklärt, daß die Leute keine Nudeln, Reis, Kerosene, Zucker, Glühbirnen oder andere städtische Produkte brauchten. „Salz gewinnen wir aus dem Bergwerk" sagten sie, „Statt Zucker nehmen wir den süßen Agavensaft und Stoffe können wir selbst herstellen." Sie wollten die bäuerliche Produktion von ihrem Umfeld abschneiden, aber eine solche Autarkie existiert in diesem Land seit mindestens 100 Jahren nicht mehr. Vor allem sollte die Stadt Ayacucho von der Versorgung abgeschnitten werden. Das war der erste Fehler. Der zweite bestand darin, die Leute daran zu hindern, ihr Vieh zu verkaufen. Bauern halten niemals Vieh, um es selbst zu essen. Es gibt kein wichtigeres Handelsprodukt als Vieh. In einigen Dorfgemeinschaften im Süden, wie z.B. in Lucanamarca, ist Viehzucht Haupteinnahmequelle der Bauern, die auf dem Markt in Ica an der Küste umgesetzt wird, viel mehr als die Landwirtschaft. Außerdem hat Sendero versucht, sich in die Produktion einzumischen und zu bestimmen, wer wo was säen solle. Daß Viehdiebe umgebracht oder Lehrer bestraft wurden, hat den Bauern gefallen, aber daß ihnen in ihrer Wirtschaftsorganisation Vorschriften gemacht wurden, hat negative Reaktionen hervorgerufen. Dazu kommt noch die Anwesenheit des Heeres, das die Bauern mehr und mehr unter Druck gesetzt hat. Daraufhin haben die Dorfgemeinschaften angefangen, zu beschließen, keine Gruppen von Senderisten mehr aufzunehmen.

F.: *Wie hat Sendero auf den Widerstand der Bauern reagiert?*

A.: In Lucanamarca wurden über 90 Personen getötet, nicht einzelne Verräter, sondern eine ganze Dorfgemeinschaft, die angeblich Sendero feindlich gegenüberstand. Das ist eine Art politischer Völkermord, der von Sendero durchgeführt wird. Über 300 Personen waren an diesem Massaker beteiligt, davon waren nicht mehr als 20 bewaffnete Senderisten. Die übrigen waren Bauern aus anderen Dörfern. Auch in diesem Fall wurde nur ein sehr geringer Gebrauch von Schußwaffen gemacht. Fast alle Bauern starben an Wunden, durch Hacken- oder Beilschläge verursacht, die ihnen Bauern aus anderen Dörfern zufügten. Sendero beschränkte sich darauf, uralte Rivalitäten unter Nachbar-Dorfgemeinschaften zu schüren und mit Hilfe von Versprechungen, Bauern anderer Dörfer zum Angriff gegen Lucanamarca aufzustacheln.



F.: *Wie erklärst Du Dir, daß Sendero so grundlegende Fehler machte und Sympathie bei den Bauern verlor, wenn die Mitglieder doch aus der Gegend stammen und sich auskennen?*

A.: Viele Senderisten kennen sich auf dem Lande aus, aber ihre Dogmen und ihre politischen Interpretationen entfernen sie von ihrer eigenen sozialen Herkunft. Wenn sie zum Beispiel den Markt zu einem rein kapitalistischen Element erklären, oder die Landverteilung innerhalb der Dorfgemeinschaften als ein Zeichen der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sehen, selbst dort, wo es keinen Großgrundbesitz gibt. Solche Klischees führen zu Fehleinschätzungen, wie das Verbieten des Viehhandels, was die Bauern praktisch zum Verhungern verurteilt, oder

den Überfall auf das Versuchsgut der Universität. Da haben sie Bauern mehrerer Dörfer zu Hilfe geholt und ihnen das Vieh vom Versuchsgut versprochen. Auch dieser Überfall hatte das Ziel, ausländischen Einfluß aus der Gegend zu verbannen. Oder nehmen wir das Beispiel der Hinrichtung eines Viehdiebs durch Sendero: Dieser ist in seinem eigenen Dorf eine angesehene Person und stiehlt das Vieh anderswo. Als Sendero ins Dorf kam und den Viehdieb zum Tode verurteilte, baten die wenigen Anwesenden um Gnade. Erst als sie auch bedroht wurden, sagten sie nichts mehr und der Viehdieb wurde vor aller Augen hingerichtet. Daraufhin verließen 50 % der Familienväter das Dorf. Sie sahen nicht, daß ein Ausbeuter sondern lediglich, daß ein Verwandter umgebracht worden war.

F.: *Kann man sagen, daß die Landbevölkerung zwischen zwei Fronten steht, zwischen Sendero und dem Heer?*

A.: So ist es. In den letzten zwei Monaten hat der Terror quantitativ und qualitativ auf beiden Seiten zugenommen. Beide Seiten kennen nur die Alternative: entweder mit uns oder gegen uns. Wenn Sendero über 90 Leute umbringt, ohne irgendwelche Unterschiede zu machen, handeln sie genau nach diesem Kriterium. Es sind auch Bürgermeister umgebracht oder von Sendero vertrieben worden, die der Linken angehörten. Das Heer gibt sogar noch Presseerklärungen heraus, und wenn man sie genau ansieht, erkennt man, was in Ayacucho stattfindet: Völkermord.

F.: *Oft kann man bei Nachrichten über blutige Zusammenstöße in Dörfern nicht unterscheiden, ob es sich um Angriffe von Sendero oder um Aktionen der Streitkräfte handelt. Übernimmt Sendero niemals die Verantwortung für irgendwelche Aktionen oder gibt sie Erklärungen zu bestimmten Vorgehensweisen ab?*

A.: Nein, Sendero gibt keinerlei Informationen. Das ist eine weitere Besonderheit dieser Gruppe. Sie haben niemals ihre Ziele, ihre Strategie und Taktik, ihre Prinzipien usw. öffentlich erklärt. Was man über ihre politischen Vorstellungen sagt, stammt aus den Zeiten ihrer öffentlichen Auftritte, von vor mehr als drei Jahren. Sie nehmen nicht einmal ihre Toten öffentlich für sich in Anspruch. Die Landbevölkerung befindet sich also zur Zeit eingeklemmt zwischen zwei Alternativen des Terrors. Beide Seiten haben ausschließlich militärische Ziele. Das Heer will Sendero vernichten und Sendero will, daß die Regierung ihre Maske abnimmt und ihr wahres Gesicht zeigt, das, wie Sendero meint, faschistisch ist. Sendero ist nicht daran interessiert, Kräfte zu sammeln, oder im politischen Sinne die Basis zu verbreitern. Sie denken nur in rein militärischen Kategorien. Und wer wäre glücklicher über einen Militärputsch als Sendero? Darüber hinaus braucht Sendero für ihre Überfälle nicht besonders viele Leute. Bei dem Angriff auf die Kommandantur von Ayacucho waren vier Personen beteiligt, die Sprengladungen geworfen haben und unverletzt entkommen sind. Die Polizei hat geschossen und mindestens 12 Zivilisten getötet, deren Leichen dann verschwunden sind. Sendero macht es nichts aus, daß als Konsequenz solcher Aktionen Unbeteiligte umgebracht werden. Dadurch wird nur der allgemeine Terror in der Stadt erhöht.

F.: *Wie beurteilst Du die großen Anschläge von Sendero wie z.B. die Sprengung von Hochspannungsmasten, usw.?*

A.: Auch ein Stromausfall in Lima wird sicherlich keine Sympathien für Sendero wecken, sondern die Leute fühlen sich terrorisiert. Diese Stimmung verstärkt das Gefühl eines politischen Machtvakuums angesichts einer wirtschaftlichen Krise, wie Peru sie noch nie erlebt hat. Der Präsident reagiert nicht, und das Parlament ist nur zur Zierde da. Wenn man diese beiden Faktoren bedenkt, und dazu die verzweifelte Situation der Leute, die keine Arbeit finden und kein Vertrauen in diese Demokratie haben, kann man sich vorstellen, daß viele vielleicht meinen, ein Militärputsch würde mindestens Ordnung im Land schaffen. Die Leute sehen nicht, daß die schlechteste Demokratie immer noch besser ist als das beste Militärregime. Ich glaube nicht, daß Sendero Leute aus Ayacucho in andere Landesteile abgeordnet hat. Sie haben vielmehr Leute in regionalen Komitees, vor allem Studenten und Schüler mit einem Durchschnittsalter von weniger als 20 Jahren; 12-, 15-, 17-jährige Jugendliche stellen den größten Teil der aktiven Senderokader. Daran sieht man, daß es eine Jugend in diesem Land gibt, über die man nicht leicht urteilen kann, weil es zu wenig Information gibt. Eine Jugend, die in Elendsvierteln aufgewachsen ist und keine Arbeit findet, die sich davon überzeugen läßt, daß es keinen anderen Ausweg gibt.

F.: *Kannst Du uns noch etwas genauer erklären, wie Sendero auf dem Land vorgeht?*

A.: Ich werde 2 Beispiele nennen, die aufzeigen, daß die Terrorisierung der Bevölkerung bei der Vorgehensweise von Sendero eine Hauptrolle spielt. Eines Tages kam eine

Gruppe von 5-6 Senderisten zu einem Freund von mir in ein Dorf. Sie riefen eine Dorfversammlung ein und redeten über die Bildung einer Kulturfront, einer Miliz, einer roten Hilfe und über die Ernennung neuer Dorfautoritäten, eines politischen und eines militärischen Führers, etc. Ich weiß nichts genaueres über die Organisationsstrukturen, die Sendero aufbaut. Das gesamte Dorf nahm an der Versammlung teil. Bei der Aufstellung der Kandidaten für die Kulturfront wurde mein Freund von den Senderisten gegen seinen Willen aufgestellt. Damit war er gewählt und konnte nicht nein sagen, denn im Dorf blieben Lehrer, die Kontakt zu Sendero haben und ihn kontrollierten. Er mußte sein Dorf nach zwei Wochen verlassen, weil er nicht kollaborieren wollte, sonst wäre er als „Verräter" von Sendero hingerichtet worden.

Ein weiteres Beispiel: In einem Gesundheitsposten arbeiten 4 Krankenschwestern. Keine hat etwas mit Sendero zu tun. Durch Verrat wurde der Sendero-Kontakter im Dorf verhaftet. Nach einer Woche tauchte die Freundin des Verhafteten im Gesundheitsposten auf und befahl den Krankenschwestern, zu einer Versammlung der Frauen im Dorf aufzurufen, um ihnen einen Vortrag über den bewaffneten Kampf zu halten. Für den Fall, daß nicht alle Frauen zur Versammlung kämen, seien die Krankenschwestern verantwortlich. Die Senderisten sagen: „Wir wissen ja, wo du wohnst, und Dein Mann heißt soundso..." Auf der Versammlung erhalten die Krankenschwestern Befehle, die sie auszuführen haben. Mit dem Mechanismus des Terrors findet ein großer Teil der Rekrutierung von Leuten für logistische Hilfe von Sendero statt. Die Krankenschwestern kommen aus dem Ort und haben ihre Familie dort, sie können nicht so ohne weiteres verschwinden. Wo sollten sie auch hingehen, wo würden sie wieder Arbeit finden? Entweder du stirbst oder du kollaborierst. Es gibt natürlich auch freiwillige Helfer, aber ein großer Teil wird mit Druck zur Kollaboration gezwungen. Und viele der von Sendero als „Verräter" hingerichteten Personen sind solche, die ihre Hilfe verweigert haben.

Die Armee kommt an höhere Kader von Sendero nicht heran. Sendero ist in einzelnen Zellen organisiert, die nur über eine einzige Person Kontakt zu einer Person einer weiteren Zelle haben, die wiederum ein Pseudonym benutzt. Selbst durch Folterungen sind keine Informationen über andere Mitglieder von Sendero zu bekommen.

F.: *Gibt es in Ayacucho, wie in der Presse berichtet wurde, tatsächlich nur noch Tote und keine Verhafteten mehr?*

A.: Verhaftete gibt es viele! Aber die Zahl der Toten hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Ich weiß nicht, ob man sich auf die Daten verlassen kann, aber der Abgeordnete der Vereinigten Linken, Javier Diez Canseco, hat vor einer Woche in Ayacucho die Toten zusammengezählt und ist auf die Zahl von 1500 Toten seit Beginn der Kampfmaßnahmen von Sendero gekommen. Davon starben allein 1200 Personen in diesem Jahr und ungefähr 500 von ihnen im vergangenen Monat. Diese ansteigende Kurve ist auf die Aktionen der Armee zurückzuführen, die in einem Dorf in dem sie Verdächtige vermutet, 30 oder 40 Personen auf einmal tötet. In den offiziellen Stellungnahmen der Militärs heißt es dann: „In der Woche vom 24. – 30. Juni wurden 30 subversive Elemente getötet, 28 Männer und 2 Frauen". Das ist alles, es wird nur zwischen Männern und Frauen unterschieden. Wo wurden sie begraben? Wie hießen sie? Das Militär weiß es nicht und in öffentlichen Stellungnahmen erklärt General Noel in Ayacucho, das Militär habe keine Zeit, die Toten zu identifizieren. Es ist klar, daß, wenn es sich bei den bisherigen Toten um Senderisten gehandelt hätte, die Militärs an der Identifizierung der Leichen ein großes Interesse haben müßten, um festzustellen, ob jemand dabei ist den die Armee sucht. Meiner Ansicht nach ist Hauptziel der Armee, Terror in den Dorfgemeinschaften zu säen, damit die Bauern Sendero denunzieren.

Die Leute haben Angst davor, daß plötzlich das Licht ausgeht, ein blindwütiger Schußwechsel beginnt und sie als Passanten dazwischen geraten. Ich glaube, daß Sendero auch das Stadtleben lahmlegen will.

F.: *Was hälst Du vom Vergleich von Sendero mit Pol Pot in Kambodscha?*

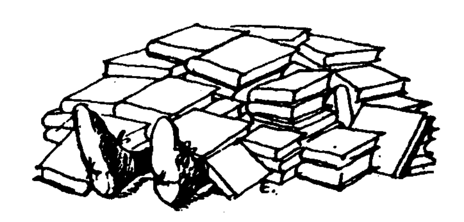
A.: Dieser Vergleich erscheint mir nicht übertrieben. In einem Zeitungsartikel hieß es kürzlich, daß die Polpotianer nicht Feinde des Kapitalismus waren, sondern Feinde des Traktors, d.h. daß es sich vor allem darum handelte, alle fremden, ausländischen Elemente zu zerstören und nicht nur das System, das dahintersteht. So etwas ähnliches läßt sich auch bei Aktionen von Sendero beobachten, wie z.B. bei der Zerstörung der Viehzucht-Versuchsstation der Universität von Ayacucho. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, was für Leute sich Sendero als Kader aussucht: Religiöse Personen, die sich konsequent mit ihren eigenen Prinzipien vollkommen von der Realität entfernt haben. Ein Führer von Sendero, den ich kenne, ist wie ein Mönch aus dem 13. Jahrhundert – ich sage nicht aus dem 15. Jahrhundert, weil die bereits epikurischer waren, aber die des 13. waren weitaus zurückgezogener und strenger – er lacht nie und redet stundenlang über dasselbe Thema, um Dich zu überzeugen. Sendero sucht sich Personen aus, die eine eingeschränkte Sichtweise und ein Klischeebild von der Realität haben, über das sie nicht hinauskommen, weil sie Probleme, die sich aus der Realität ergeben, nicht an sich heranlassen.

F.: *Die militärische Strategie von Sendero ist also identisch mit der des Heers, nur daß die Armee über stärkere Kapazitäten verfügt?*

A.: Es gibt keinen Unterschied zwischen dem Vorgehen der beiden Fronten und ein Beweis dafür ist das Beispiel der Dorfgemeinschaft Chuschi, in der vor einiger Zeit der Beschluß gefaßt worden war, Sendero zu unterstützen. Vor zwei Monaten beschloß die Dorfversammlung das Gegenteil: „Hier kommt keiner von Sendero mehr rein!" sonst fällt die Armee über uns her. Daraufhin kam Sendero und tötete drei Bauern. Das heißt, wenn Dich nicht die Armee umbringt, tut es Sendero. Deshalb hat eine starke Migration weg aus Ayacucho nach Lima begonnen.

F.: *Und wie sieht es in der Stadt Ayacucho aus?*

A.: Der Terror nimmt auch in der Stadt zu. Nach 8 Uhr abends geht in Ayacucho niemand mehr aus dem Haus, obwohl die Ausgangssperre erst um 10 Uhr abends beginnt.



A.: Ich glaube, daß die Leute mit Sendero nicht aus ideologischen Gründen sympathisieren. Für viele ist Sendero der einzig sichtbare Versuch, Dinge in diesem Land zu ändern, und wer möchte das nicht? Vor allem diejenigen, die keine Arbeit haben und dabei sind, vor Hunger zu sterben. Sie sind in solch einer verzweifelten Lage, daß Sendero ihnen als einzig möglicher Weg erscheint. Das hat aber nichts mit ideologischem Bewußtsein zu tun.

F.: *Was hälst Du von der Behauptung, Sendero baue auf einer milenaristischen andinen Bewegung und andinen mythischen Traditionen auf?*

A.: Das erscheint mir ziemlich an den Haaren herbeigezogen. Ich kann keine andinen Elemente bei Sendero entdecken. Was sind überhaupt andine Elemente, was ist eine Dorfgemeinschaft in diesem Land? Nicht einmal darauf gibt es eine klare Antwort. Aber wenn du andine Traditionen fördern wolltest, dann würdest du versuchen, die Systeme der gegenseitigen Hilfeleistungen zu stärken und nicht im Gegenteil zu unterbrechen, wie das Sendero vielfach versucht hat. Klar, die Ausnutzung von traditionellen Rivalitäten zwischen Dorfgemeinschaften könnte man als andines Element bezeichnen, sowie die daraus resultierenden besonderen Merkmale der Kampfauseinandersetzungen: es gibt nichts typisch andineres als Zwietracht und Zerspaltung. Das war schon die Politik der Inkas: regionale Feinde einander gegenüberzustellen, die sich dann untereinander zerfleischen. Nun sind hunderte von Jahren vergangen und immer noch kann die gleiche Taktik angewendet werden! Mir scheint eher, daß Sendero vor allem momentan die Sympathie auf dem Land erhält, da es dort immer eine starke Unterdrückung gegeben hat. Sendero repräsentierte für Momente eine gewisse Primärjustiz, zum Beispiel das Auspeitschen – aber auf der anderen Seite repräsentierte Sendero auch wiederum nur eine andere Art von Ordnung, der man sich unterwerfen muß. Und unterwerfen mußte man sich schon immer in den Anden, seit der Eroberung durch die Inkas...

F.: *Wie erklärst Du Dir, daß sich die Landbevölkerung in Ayacucho nicht bereits viel früher und viel stärker gegen Sendero gewehrt hat?*

A.: Die Gewalt, als Mittel zur Gegenwehr, wie z.B.. in Kolumbien, ist nicht Teil der Tradition der Leute in diesem Lande. Nach so vielen verschiedenen Ausbeutungssystemen sind Denkstrukturen entstanden, die die Unterwerfung unter wen auch immer für die praktikabelste Lösung halten. Ich glaube aber, daß sich längerfristig die Landbevölkerung für den Staat und gegen Sendero entscheiden wird, und zwar in dem Moment, in dem sie durch Terror gezwungen werden aktiv zwischen einer der beiden Seiten zu wählen.

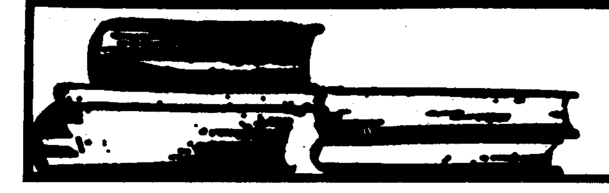
F.: *Wie würdest Du die Situation in Ayacucho mit der Situation auf nationaler Ebene in Peru vergleichen?*

A.: In Ayacucho gibt es zur Zeit eine Militärdiktatur innerhalb eines formalen Rechtsstaats im Rest des Landes. Es handelt sich dabei um ein Experiment mit einem Land innerhalb eines anderen Landes. In dem Moment, in dem sich dieses Experiment auf das ganze Land Peru ausweitet, hat Sendero einen totalen Erfolg gehabt....

F.: *In Europa wird Sendero leicht mit anderen Guerillabewegungen in Lateinamerika verglichen. Was hälst Du davon?*

A.: Der bewaffnete Kampf weckt immer viel Subjektivität und Gefühle, vor allem bei jungen Leuten. Sendero kann man nicht mit anderen Guerilla-Bewegungen in Lateinamerika vergleichen, weder mit den Montoneros, noch mit den Tupamaros und noch weniger mit El Salvador – wo es eine starke Verankerung in der Basis gibt, und wo von Seiten der Guerilla nie zum Mittel der Terrorisierung der Bevölkerung gegriffen wurde. Oft meinen die Leute, der Hunger habe Sendero entstehen lassen, aber Sendero ist nicht aufgrund von Hunger entstanden oder aus einem weitverbreiteten Frustrationsgefühl der Massen, auch nicht aus Verarmung und Verelendung. Sendero ist eine Bewegung von Intellektuellen, die auf die Massen gerichtet ist, und nicht eine Bewegung, die aus der Armut entstand. Ich bin übrigens davon überzeugt, daß Sendero nie gezielt in Europa ein Informationsnetz aufgebaut, oder Leute mit Aufträgen nach Europa geschickt hat, sondern in Europa gibt es einfach eine Stimmung, die Erklärungen von Sendero, wie diejenigen, die dort circulieren, begünstigt und zu ernst nimmt.





REZENSIONEN

Wohltätigkeit ohne Politik?
Anmerkungen zum Bericht über die Cap Anamur I

„Es gibt Bücher, die einem die Sprache verschlagen.“ So annonciert der Freiburger Herder Verlag den Bericht von Rupert Neudeck über die Arbeit des Komitees „Ein Schiff für Vietnam“ bzw. „Notärzte/Cap Anamur“ (1). Das Buch ist rechtzeitig erschienen, um die Spendentätigkeit für das neue, als französisch-bundesdeutsches Gemeinschaftsprojekt laufende Rettungsschiff im Südchinesischen Meer ankurbeln zu helfen. Neudeck hat sich bemüht, ein spannendes Buch zu schreiben, er sagt klar, daß es zur Propagierung des guten Zwecks schon mal „reißerisch“ zugehen darf (S. 91). Die Sprache hat es mir allerdings des öfteren verschlagen, aber nicht nur in der von Herrn Neudeck angepeilten Richtung.
Als einer von diesen „alten Ho-Chi-Minh-Rufer(n)“ (S. 94 f.) halte ich es für sehr bedenklich, die gesellschaftliche und politische Entwicklung Vietnams nach seiner Befreiung nun mit Stillschweigen zu übergehen, Fehlentwicklungen schönfärberisch zu leugnen oder begütigend als „historische Notwendigkeit“ zu rechtfertigen. Das ist in der Tat unmöglich gerade angesichts des Problems, um das Neudecks Bericht kreist: des jämmerlichen Ertrinkens von Tausenden und Zehntausenden im Südchinesischen Meer. Der Wunsch, diese Tragödie einzudämmen, ist wahrhaftig ein fundamentaler menschlicher Impuls. Und dieser menschliche Impuls erklärt zweifellos die großen Erfolge, die das Komitee „Notärzte“ bei der Mobilisierung der Spendenfreudigkeit des westdeutschen „Publikums“ (S. 93) zu verzeichnen hatte.



Die Hoffnungen, die sich 1975 mit dem Sieg der Befreiungsbewegungen in Indochina verbunden haben, zwingen mich aber auch, nach den Zusammenhängen zu fragen. Diese Zusammenhänge gibt es in Vietnam, wo die „boat people“ äußerst schwerwiegende Gründe haben, sich auf die gefährliche Reise zu begeben, die vielleicht nur 20 % von ihnen überleben; diese Zusammenhänge gibt es aber auch bei uns, wo Spenden gesammelt wurden und werden und wo die von der Cap Anamur I aufgefischten Flüchtlinge über zwei Jahre lang über Sonderkontingente der Bundesländer aufgenommen wurden. Wie Neudeck diese Zusammenhänge behandelt, hat mir die Sprache erst wirklich verschlagen.
Woher kommen die „boat people“? Neudeck gibt eine Reihe von Erlebnisberichten und Biographien. Dabei ist der hohe Anteil von sozial Stigmatisierten nicht zu übersehen, die irgendwie mit dem Thieu-Regime zusammenhingen oder in Zusammenhang gebracht wurden, jahrelang in Umerziehungslagern waren und generell in ihrer Heimat keine Lebensperspektive mehr sahen: Studenten, Katholiken, ehemalige Polizisten (S. 128, 137). Neudeck dazu: „Immer noch . . . fliehen Menschen aus Vietnam . . ., die auch im Jahre 1981, ja 1982 erst aus der Haft entlassen worden sind. Jemandem, der so lange in einem solchen Lager sitzt, wird sein ganzes Leben gestohlen.“ (S. 28)
Hier fragt sich, ob wir in unserem Jahrhundert und als Zeitgenossen der Generale Pinochet, Evren und wie sie alle heißen, nicht Zeugen noch weit gravierenderer Eingriffe in das Leben von Menschen geworden sind. Den Vietnamesen blieben immerhin bei einem aktuellen Monatseinkommen von 100 Dong noch genügend Goldbarren, um die Flucht zu finanzieren, sie wurden freigelassen, den Berichten zufolge nach mehreren wiederholten Fluchtversuchen (2). Die Flüchtlingsbiographien zeigen einen hohen Anteil von Kindern; auf der letzten Fahrt der Cap Anamur I nach Hamburg waren 37 Einzelkinder dabei (S. 133). Dies ist Ausdruck der von Neudeck angeprangerten „Sippenhaft“ (ebd.), die sich auf die Kinder und Enkel der Kollaborateure des Thieu-Regimes erstreckt. Wenn der Menschenfreund Neudeck dies alles aber als Folge eines Systems darstellt, das „von außen in Vietnam hereinbrach“ (S. 73), macht er es sich nicht nur allzu leicht, sondern verstellt sich auch das Verständnis der Zusammenhänge und betreibt zugleich gröbste Geschichtsfälschung. Was heute in Vietnam geschieht, ist nicht zu verstehen, ohne daß man den dreißigjährigen Krieg bedenkt, der allerdings auch von „außen“, von der französischen und der US-Regierung nämlich, mit beispielloser Grausamkeit geführt worden ist, der aber vor allem eine mit großer Härte und Gewalt ausgetragene Auseinandersetzung innerhalb der vietnamesischen Gesellschaft selbst war.
Wenn heute die Funktionsträger des Thieu-Regimes bestraft werden, so kann man über die Effektivität dieser Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der „Umerziehung“ streiten; gerade Deutsche sollten sich aber auch fragen, welche gesellschaftliche Relevanz die Auseinandersetzung und die Abrechnung mit einem verbrecherischem Regime und seinen Funktionsträgern hat. Das quicke Verdrängen *dieser* Zusammenhänge auf seiten des zwecks Spendeneinwerbung bearbeiteten „Publikums“ erleichtert Neudeck geradezu atemberaubende Formulierungen: Da „sprengt“ das Schicksal der boat-people „alle bisherigen Maße und

Vorstellungen" (S. 45), und die Weigerung, weitere vietnamesische Flüchtlinge aufzunehmen, macht Neudeck und seinen Mitarbeiter „perplex", „so felsenfest waren wir alle der Überzeugung, daß eine deutsche Regierung so etwas doch einfach nicht machen kann" (S. 18). Daß deutsche Regierungen in diesem Jahrhundert immerhin zur industriellen Massenvernichtung fähig waren, kommt bei Neudeck eher verschämt einmal zur Sprache, als er einen Artikel des „Münchner Merkur" gegen den Stop der Flüchtlingskontingentierung durch F. J. Strauß zitiert (S. 117 f.)

Dieser Umgang mit der eigenen und der fremden Vergangenheit hat System. Und er beschränkt sich nicht auf die Vergangenheit. Neudeck sonnt sich immer wieder im Effekt der von ihm in Gang gesetzten Öffentlichkeitskampagne, der Artikel in *Bild*, der Kommentare von Matthias Walden, der „große(n) volle(n) Sympathie" (S 137) für sein Komitee und sein Schiff: Immer wieder läßt sich Druck auf die saumseligen Behörden ausüben, „denn das Schiff und die aus dem Meer gefischten Vietnamesen sind – Ausländerfeindlichkeit hin und her – weiter beliebt, ja attraktiv." (S. 143) Zwar hat das – von Neudeck gar nicht in Frage gestellte – „Problem" der „4,5 Mio. Ausländer" „sogar dazu geführt", daß die Mission der Cap Anamur I beendet werden mußte (S. 132); anläßlich des Auslaufens des neuen Rettungsschiffes Goelo/Cap Anamur II gab Neudeck dann aber zu Protokoll, er könne „nicht bewirken, daß unsere Gesellschaft ihren Kurs in bezug auf die Aufnahmefreundlichkeit verändert" (Taz, 1. 7. 83). Damit verfolgte er *seinen* Kurs ganz klar weiter: die Abkoppelung der Flüchtlingsproblematik im Südchinesischen Meer von der generellen Asylanten- und Flüchtlingsfrage. Es gebe halt eine „Bereitschaft", den Vietnamesen zu helfen, „Pakistanis oder Kurden" haben Pech gehabt, daß dies für sie nicht gilt. *Anstatt die einmal geschaffene Öffentlichkeit, die sich zurecht um das Schicksal ertrinkender boat-people sorgt, darauf aufmerksam zu machen, daß es sich hier um einen Aspekt eines viel breiteren Problems handelt, bestätigt Neudeck ständig die dieser öffentlichen selektiven Zuwendung innewohnende Aufteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber in zwei Klassen.* Daraus, daß nach der Aufhebung der Sonderregelung für „Kontingentflüchtlinge" aus Vietnam nun auch die boat-people unter das bestehende Asyl- und Ausländerrecht fallen, zieht Neudeck nicht etwa den Schluß, mit dieser Regelung könne etwas nicht in Ordnung sein, sondern jammert nur über die Hartherzigkeit der bundesdeutschen Behörden gegenüber „unseren (!!) Vietnamesen" (S. 141). Daß die Bundesregierung sich auf offizielle Regierungsdarstellungen stützt, wenn es die Lage von Flüchtlingen in ihren Heimat- oder Durchgangsländern zu beurteilen gilt, trifft eben nicht nur auf die ASEAN-Staaten (S. 111 f.), sondern genauso auf die Türkei und viele andere „befreundete" Regierungen zu. Anstatt die immer wieder großartig herausgestrichene Popularität des „bekannteste(n) deutsche(n) Schiffes", die die „Bürokratie" erzittern läßt, „daß es ihr an den Kragen gehen kann, wenn sie nicht spurt" (S. 139), nun zu nutzen, um die Lage der Asylbewerber und die Debatte um die Verschärfung des Asylrechts zur Sprache zu bringen, paßt Neudeck sich der herrschenden Meinung an – er hat ja die „guten" Ausländer, sollen die schlechten doch sehen, wo sie bleiben. Wollte er anders verfahren, ginge ihm nicht sein „Publikum", so doch ein Großteil der Propagandisten verloren, die die Lage sehr offen benennen: Peter Scholl-Latour wird mit der Empfehlung zitiert, zugunsten der Vietnamesen „sollte man eben etwas wählerischer sein in der Zulassung anderer Asylsuchender und Arbeitswilliger, die aus Ländern kommen, wo die politische Not nicht den gleichen Gipfelpunkt erreicht hat." (S. 109) Welche er wohl meint, verrät er nicht. *Suggeriert wird damit aber genau die Zweiteilung in „gute" und „schlechte" Asylbewerber, die Ausländerfeindlichkeit und Überfremdungshysterie in die Hände arbeitet.* Überlegt man sich einmal, wer von den Prominenten, die Neudeck zitiert, konsequent auch das Problem der Ausländerfeindlichkeit ansprechen würde, das ja mit der Frage der Aufnahme der boat-people untrennbar verknüpft ist, bleiben außer Heinrich Böll nicht allzu viele übrig.



Die Logik dieses Appells ans bundesdeutsche „Publikum" zeigt sich auch in der Verteilung von Erfolg und Mißerfolg. Der einzige relativ erfolglose Spendenaufruf bezog sich auf die Lieferung von 1 000 Tonnen Reis nach Vietnam, freilich unter sorgfältiger Kontrolle des Notärzte-Komitees, damit die „windige Regierung in Hanoi" nicht ihre Pranken auf den Reis legen konnte (S. 93). Durch diese Aktion kam zwar eine Koalition von Walden bis Gollwitzer zustande, brachte aber statt der erhofften Million nur etwas über 100 000 DM (S. 96). Neudeck spricht zwar von enttäuschtem „Vertrauen" in sein Publikum, stellt aber nicht die Frage, warum die Spendenfreudigkeit in diesem einen Fall aussetzte; an einer Panne im Fernsehen kann es wohl nicht allein gelegen haben. Beteiligt war wohl die Tatsache, daß regimetreue Vietnamesen da etwas abbekommen konnten. Auf ein zuschauendes, auf mehr oder minder vorgegebene Reize reagierendes *Publikum* ist auch das Buch mit abschließendem Spendenaufruf für die Cap Anamur II zugeschnitten. Die Leser/innen sind immer dabei. Neudeck befindet sich, wie sich bei sorgfältigem Lesen zeigt, zumeist in seiner „Kommandozentrale" in Troisdorf, berichtet aber ständig hautnah vom Ort des Geschehens auf Deck. Diese falsche Unmittelbarkeit mag die Effizienz des Büchleins erhöhen, sie unterstreicht aber auch, wie wenig hier über Zusammenhänge nachgedacht wird, bis hin zur Art und zur Situation des Erlebens.

Die von Neudeck gewählte Form des Appells an eine präformierte Öffentlichkeit zeigt sich in besonders krasser Weise, wenn er berichtet, wie das Notärzte-Komitee sich die erforderlichen Medikamente, Verbandsmittel usw. besorgt hat:

Vor dem Start der Cap Anamur von Kobe in Japan wurden „alle Pharma-Konzerne und Firmen . . . durcheinander gewirbelt und ihnen allen das schlechte Gewissen verpaßt: Wenn sie nicht sofort das mit Luftfracht nach Kobe/Japan schicken, was wir an Bord . . . brauchen, sind sie moralisch unten durch." (S. 50) Geliefert haben sie dann wirklich. Kein Wort darüber, daß diese Konzerne angesichts der Pharma-Kampagne ein sehr viel dickeres Fell haben, wenn es um ihre tatsächlichen Aktivitäten in der Dritten Welt

geht. Im Gegenteil: es wird der falsche Eindruck erweckt, als ginge es um Moral und nicht vielmehr um Imagepflege angesichts einer außergewöhnlich öffentlichkeitswirksamen Aktion. Mag sein, daß praktische Hilfe immer nur an sehr begrenzten Teilabschnitten möglich ist: An solchen Stellen fällt Neudecks Argumentation anderen Initiativen unbedenklich in den Rücken. Nicht inkonsequent: Geht es in dem ganzen Bericht doch auch um die Selbstdarstellung eines Menschenfreunds, Rupert Neudeck.

Reinhart Kößler

Anmerkungen

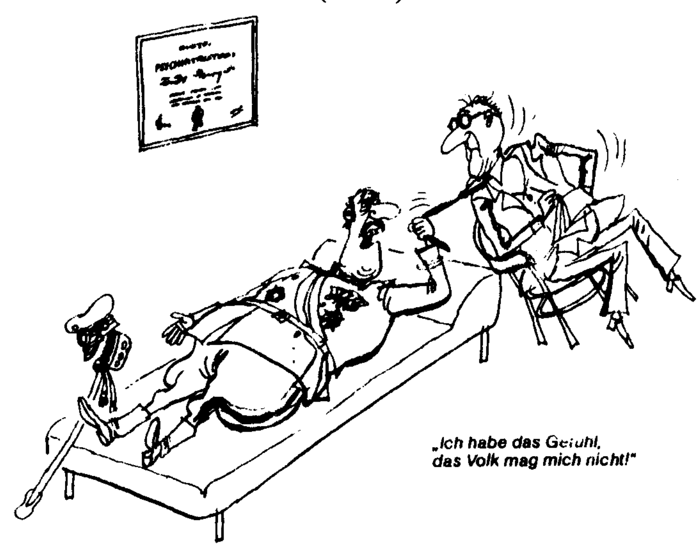
1) S. Rupert Neudeck, die letzte Fahrt der Cap Anamur I. Rettungsaktionen 1979 bis 1982. Freiburg: Herder Verlag 1983, 160 S., DM 7,90 (Seitenzahlen im Text verweisen auf dieses Buch).
2) Vgl. den Bericht in der taz vom 1. 6. 83

„Ein bißchen Zyankali"

„Die Herren, die uns regieren, haben teure Autos und viele Millionen auf der Bank, aber sie sehen nicht, wie es unten zugeht, wo die Armen leben." Jesus Sanchez, von dem diese Worte stammen, ist einer von den unzähligen Mexikanern, die mit ihren Familien ein Schattendasein in drückender Armut inmitten der modernen Weltstadt Mexico-City führen. Trotz der Revolution von 1910 ist Mexiko heute ein Land mit extremen Einkommensunterschieden und daraus resultierenden extremen sozialen Gegensätzen. Starkes Bevölkerungswachstum, fehlgeleitete Entwicklung, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verschärfen die Situation, vor allem in den Metropolen, wie hier am Beispiel von Mexico-City deutlich wird.
Die Lebenswelt der dort lebenden Armen in Elendsvierteln ist der Gegenstand der Untersuchungen eines bereits 1961 erschienenen und jetzt im Lamuv-Verlag wiederveröffentlichten Buchs von Oscar Lewis, bekannter amerikanischer Anthropologe und Mexikokenner:

Oscar Lewis: Die Kinder von Sanchez. Selbstportrait einer mexikanischen Familie
Lamuv Verlag 1982, 363 Seiten, DM 14,80

Wie im Untertitel deutlich wird, handelt es sich hier nicht um eine Darstellung sozialer Verhältnisse aus der Sicht eines Beobachters, sondern – und das ist wohl das Außergewöhnliche an diesem Buch – beinhaltet das Selbstportrait der Familie Sanchez. Oscar Lewis, der selbst lange Zeit bei dieser Familie gelebt und ihr Vertrauen erworben hat, veröffentlicht in diesem Buch Tonbandaufzeichnungen von den einzelnen Familienmitgliedern, die – befragt nach ihrer Lebensgeschichte – bereitwillig und ausführlich Auskunft gaben. Er selbst bezeichnet in der Einleitung diese Form der wissenschaftlichen Darstellung als „neue Literatur des sozialen Realismus" und betont dabei die „Unmittelbarkeit der ursprünglichen Erfahrung." Der Leser erhält somit die Möglichkeit eines direkten Einblicks in die Lebenswelt der Erzählenden, in Werthaltungen und Überzeugungen, Denk- und Verhaltensweisen.
„Es entsteht ein so enger Kontakt mit den Personen, die der Leser kennenlernt, daß er sich unweigerlich in die Welt miteinbezogen fühlt, als läse er einen spannenden Roman." Soweit die New York Times über die amerikanische Erstausgabe
Die selbst erzählten Lebensgeschichten der Familienmitglieder Manuel, Robert, Consuelo und Marta Sanchez werden in drei Abschnitten aufgeteilt, entsprechend den Lebensabschnitten Kindheit, Prozeß des Selbständigwerdens und Familiengründung. Freiwillig und ohne Hemmnisse erzählen sie ihr Aufwachsen in einer Einzimmerwohnung im Elendsviertel, berichten von Kindheitserlebnissen, Ereignissen und Konflikten innerhalb und außerhalb der Großfamilie. Persönliche Probleme des Erwachsenwerdens und die Beziehungen zum anderen Geschlecht kommen ebenso ausführlich zur Sprache wie ihr Verhältnis zu Schule, Beruf, Militär und Politik. Bemerkenswert offen werden intime Einstellungen zu Glaube, Sexualität und Verbrechen dargestellt. Viele zentrale Elemente der mexikanischen Kultur und Mentalität lassen sich aus den Erzählungen herauskristallisieren, so zum Beispiel der machismo (überzogener Männlichkeitskult), die schwach ausgebildete Solidarität innerhalb der mexikanischen Gesellschaft und die soziale Verantwortungslosigkeit von Bürokratie, Eliten und Regierung.
Einige Textbeispiele zur Verdeutlichung:
– „Wenn ich ein Wurm bin, dann soll sich der andere wie eine Laus vorkommen." (S. 237)


„Ich habe das Gefühl, das Volk mag mich nicht!"

– „der richtig „männliche" Mexikaner ist hochmütig und eingebildet, in der Frau sieht er nur ein untergeordnetes Wesen, und es macht ihm Spaß, sie zu demütigen." (S. 310)
– „Ehemänner und Kinder liebt man für das, was sie tun." (S. 334)
– „Und die Politik ist auch nichts weiter als ein Riesenbetrug, denn da fliegen Millionen von Pesos herum..." (S. 275)

An einigen Textstellen fällt auch der Glaube an die kulturelle Überlegenheit der Industrieländer auf.
Naive Feststellungen wechseln sich ab mit tiefsinnigen, fast philosophischen Passagen, wobei eine geduldige, nahezu fatalistische Haltung gegenüber der eigenen Situation innerhalb von miserablen Verhältnissen zum Ausdruck kommt. Verhältnisse, die einen sozialen Aufstieg der Armen so gut wie unmöglich machen. Wut und Aggression sind oftmals die Folgen.
Die Absicht des Autors, das gesamte Weltbild der Familie Sanchez zu erfassen ist auf eindrucksvolle Weise gelungen. Die Kultur der Armut kann wohl kaum unmittelbarer und detaillierter dargestellt werden als durch aufgezeichnete Selbstzeugnisse, die ein „hautnahes" Miterleben von Situationen und Ereignissen, sei es bei der Familie, bei der Polizei oder im Gefängnis, möglich machen. Auch heute noch, zwanzig Jahre nach diesen Zeugnissen, ist die Armut und Rechtlosigkeit ein Dauerzustand geblieben, man muß sogar annehmen, daß sich die Lage der Armen in vieler Hinsicht

verschärft hat. Einige Leser vermissen vielleicht eine ausführliche Interpretation der Aufzeichnungen von Seiten des Autors, der nur in der Einleitung sein Projekt vorstellt. Ich halte es allerdings für besser, eine Beurteilung des Materials und eventuelle Schlüsse, die daraus gezogen werden können, dem Leser selbst zu überlassen. Darin liegt der besondere Wert der Selbstdarstellungen. Für alle an der Dritten Welt Interessierte ist das Buch eine wahre Fundgrube von unmittelbaren Werthaltungen, Überzeugungen und Überlegungen der Menschen, um die es sich bei allen Fragen der Entwicklung handelt, nämlich der Armen. Deren Einstellung gegenüber ihrem Dasein, ihrer Umwelt und ihren Problemen wird hier für jedermann leicht verständlich sozusagen aus erster Hand vermittelt. Abschließend ein Urteil von Jesus Sanchez über Politiker und Regierung in Mexiko: „Ein bißchen Zyankali, ein Herzanfall, das ist genau das, was viele von unseren Präsidenten, von den Leuten in der Regierung und die Polizeichefs nötig hätten." (S. 363)

Thomas Ladel

Rezension

Miguel Angel Asturias:
Weekend in Guatemala
rotpunktverlag Zürich 1983, 268 Seiten

Seit seinem Bestehen wurde der mittelamerikanische Staat Guatemala über Jahrzehnte hinweg von den verschiedensten Diktatoren regiert. Nur neun Jahre dauerte das bisher einzige demokratische Zwischenspiel von 1945-54.

Eine Gruppe junger Offiziere übernahm 1944 die Regierung und ließ Ende 44 freie Wahlen durchführen. Der Gewinner, der gemäßigt linke Universitätsprofessor Juan Jose Arevalo, bemühte sich in seiner Amtszeit bis 1951 um Reformen, was jedoch zu Konflikten mit der US-Regierung und der *United Fruit Company* führte. Dieser Konzern bestimmte nahezu alles, was wirtschaftlich und politisch in Guatemala vor sich ging.

Die Konflikte spitzten sich unter dem Nachfolger, Oberst Jacobo Arbenz Guzman weiter zu, da dieser eine radikalere Politik einschlug, um die Monopolstellung der United Fruit zu brechen.

Als wichtigster Programmpunkt galt die Agrarreform, durch die besitzlosen Landarbeitern brachliegendes Land gegen Entschädigung der Besitzer abgegeben werden sollte.

Von den USA aus begann daraufhin eine großangelegte publizistische Kampagne gegen die als „Handlanger Moskaus" angeprangerte Regierung.

Am 17. Juni 1954 drangen vom CIA ausgebildete und bewaffnete Söldnertruppen aus Nicaragua und Honduras in das Land ein. Zehn Tage dauerte der Krieg, der den aus Landarbeitern zusammengesetzten Freiwilligen-Milizen eine schwere Niederlage brachte.

.....

Diese Ereignisse vom Juni 1954 stehen im Mittelpunkt der acht Kurzgeschichten aus *Weekend in Guatemala.* Asturias schrieb sie ein Jahr nach den verhängnisvollen Ereignissen im argentinischen Exil. Er unterbrach dafür die Arbeit am letzten seiner „Bananen-Trilogie": *Die Augen der Begrabenen,* in dem er die Machenschaften der *United Fruit Company* darstellt und verurteilt. Asturias schrieb das Buch mit der Intention, das ungeheuerliche Geschehen der restlichen Welt mitzuteilen. So sagte er einmal in einem Interview: „Das erste, was ich in Argentinien tat, war, *Weekend in Guatemala* zu schreiben, das 1956 veröffentlicht wurde. Es entstand aus einer Idee, die wir alle hatten. Wir, die Leute um Arbenz, wollten jeder ein Buch schreiben, um der Welt zu zeigen, was in unserem Land geschehen war. So wurden 27 Bücher verfaßt: Arevalo schrieb, Manuel Galich, Luis Cardosa y Aragon, die Wirtschaftler schrieben, und ich, nun ich schrieb *Weekend in Guatemala."(1)*

Von den verschiedensten Perspektiven aus versucht Asturias das Geschehene darzustellen, um somit dem Leser einen umfassenden Eindruck zu vermitteln. So erfährt man von den Machenschaften der Nordamerikaner, die die Aufständischen im Land mit Waffen versorgen und außerhalb des Landes eine großangelegte Kampagne gegen die Regierung starten. Man erfährt von den aus allen Ländern Mittelamerikas rekrutierten Söldnern, die das Land überfallen, ebenso wie von den regierungsuntreuen Truppen, die sich mit den Aufständischen verbünden. Immer wieder erwähnt werden die Bombenangriffe, die das Land verwüsten. In „El Bueyon – Der Stier" wird ein Indio Opfer eines dieser Angriffe. Seine Frau versteht nicht, wie er so plötzlich im

Erdboden verschwinden kann. Flugzeuge sind ihr unbekannt, sie hält sie für gefährliche Raubtiere.
Eine zentrale Rolle innerhalb der Erzählungen spielt auch die Bodenreform. Obwohl nur brachliegendes Land an die Besitzlosen verteilt wird, gönnt man es ihnen nicht.
Ihr Glück über den erhaltenen Besitz währt nicht lange: das Land wird ihnen weggenommen, sie werden geschlagen, die meisten von ihnen getötet. Asturias schreckt dabei vor grausamen und schockierenden Szenen nicht zurück. In „Propagandaleichen" z. B. werden Bauern gezwungen, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln, bevor sie alle zusammen erschossen werden.
Der Autor hat in verschiedenen Interviews immer wieder den dokumentarischen Charakter des Erzählbands betont. Die meisten Ereignisse beruhen auf wahren Begebenheiten und lassen sich anhand von Dokumenten, in die Asturias als Diplomat Einsicht hatte, beweisen. Daß Asturias, für den Literatur immer Protest ist, dabei nicht objektiv bleibt, sondern bewußt emotional schreibt, denunziert und anklagt, wurde ihm von den verschiedensten Seiten zum Vorwurf gemacht. Nicht nur diplomatische Vertretungen und die Presse verurteilten das Werk und griffen ihn persönlich an, sondern auch viele Literaturwissenschaftler wiesen den vorliegenden Band als bloße Polemik oder als einseitiges Pamphlet zurück.



»Warum zum Teufel lacht der in Zelle 21??«
»Er liest die Erklärung der Menschenrechte . . . «.

Dabei kommt in den acht Erzählungen auch die Fiktion nicht zu kurz. Auf dem dokumentarischen Hintergrund entstanden fiktive Gestalten mit individuellen Problemen. Auch hier ist Asturias bemüht, ein weites Spektrum zu schaffen. So lernt der Leser den Fremdenführer Milocho kennen, der sowohl die guatemaltekische als auch die nordamerikanische Staatsangehörigkeit besitzt und aufgrund der Ereignisse in einen unlösbaren Konflikt gerät. Oder La Galla, die die Indios haßt, da sie ihren Vater töteten, einen grausamen Großgrundbesitzer. Obwohl sich die meisten Besitzenden mit den Aufständischen verbünden gibt es doch auch Ausnahmen: z. B. Tocho, der als Großgrundbesitzer die Agrarreform befürwortet. Er findet jedoch ebenso den Tod wie die Hure Quinancha, die es kurz vor ihrem Tod noch erreicht, daß die erschossenen Bauern von ihren Angehörigen begraben werden dürfen. Die Indios werden dargestellt, denen die Reformen der Regierung zu einem neuen Selbstbewußtsein verhelfen, aber auch die Priester, die die Kampagne gegen den Kommunismus mitbestreiten oder die Nordamerikaner, die durchwegs negativ erscheinen. So der Sergeant Peter Harkins, der von einem jungen Mädchen überlistet wird oder Mr. George Maylan, von dem es heißt: „Wenn er jetzt noch den Umhang gehabt hätte, wäre er wieder gewesen, was er in seiner Jugend gewesen war: ein Negermörder aus Atlanta City, Mitglied des Klu-Klux-Clan... Er grinste... Es hatte sich nicht viel verändert seither, nur daß er jetzt statt der Neger Indios prügelte."
Trotz aller Anklage und Denunziation hat Asturias doch nicht nur Negatives dargestellt. In fast allen Erzählungen finden sich einige Passagen, in denen die Natur nahezu idyllisch beschrieben wird. Und in den meisten Geschichten klingt die Hoffnung an, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft.
„Dann hing sie wieder ihren Gedanken nach. Auch die Toten kommen wieder. Ein Feuer, das alles ringsum ergreift und macht, daß der Boden in die Hände der einzig rechtmäßigen Besitzer, der Kinder des Landes, zurückkehrt, wird auch die Wiederkehr jener anzeigen, die wie Naique Bueyon Cuyque starben oder verschwanden, als die Gringos Bomben vom Himmel fallen ließen, und an dem Tag werden unter dem Jubel des Volkes die Vulkane wieder ihre rauchenden Federbüsche tragen."
Abschließend noch ein paar Worte zur vorliegenden Ausgabe. Es ist sehr schade, daß der Verlag keine neue Übersetzung anfertigen lassen wollte bzw. konnte oder doch zumindest die vorhandene Übersetzung überarbeiten ließ. Die 1961 angefertigte Übersetzung ist teilweise sehr holprig, das Deutsch läßt zu wünschen übrig, kurz gesagt, sie wird dem Original in keinster Weise gerecht. Nun büßt die Übersetzung gegenüber dem Original immer etwas ein, und es ist durchaus verständlich, daß man vor mehr als 20 Jahren, als gerade erst begonnen wurde, Romane aus dem lateinamerikanischen Spanisch ins Deutsche zu übertragen, noch nicht so gut übersetzte wie heute. Aber es wäre doch für das Buch besser gewesen, die vorliegende Übersetzung zu überarbeiten, um zumindest die gröbsten Fehler auszumerzen.
Den politischen Hintergrund zu den Erzählungen liefert das Nachwort des Schweizer Soziologen Balthasar Neidhart, das einen guten Abriß über die Geschichte Guatemalas bis in die heutigen Tage gibt. Sehr gelungen ist das Vorwort, das die Aktualität dieses Buches betont: können sich die Ereignisse von 1954 doch jeden Tag in Nicaragua wiederholen.

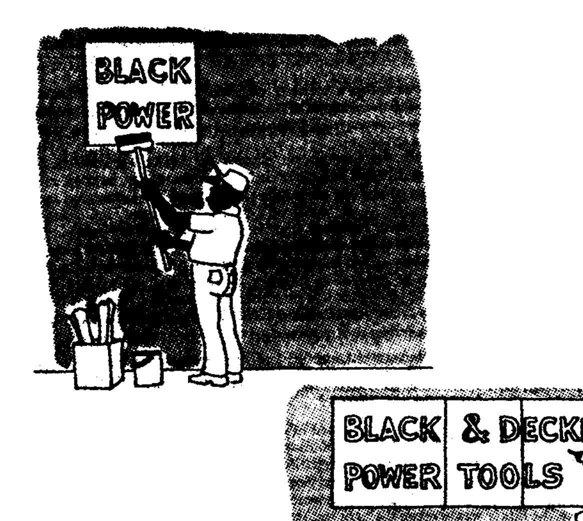
Ingrid Simson

1) Luis Lopez Alvarez, Conversaciones con Miguel Angel Asturias, Madrid 1974, S. 131 (Übersetzung vom Verfasser)

„Großtechnologie – Entwicklungsprojekte in Brasilien"

v. W. Beyer. Erschienen als Nr. 12 in der Reihe Loseblattsammlung – Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit der GEB. Umfang 30 S. A 4 Format, Preis 6,– DM

Die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e. V. (GEB) hat in einer ihrer jüngsten Loseblattsammlungen eine Unterrichtseinheit zur Großtechnologie herausgegeben.



Beispielhaft werden drei Entwicklungsprojekte in Brasilien vorgestellt: 1. Staudammbau, 2. Atomkraftwerke, 3. Alkohol aus Zuckerrohr.
Die drei Themenbereiche umfassen Fragestellungen, die die Unterrichtseinheit für verschiedene Schulfächer oder Seminare der Erwachsenenbildung interessant erscheinen lassen – von Fragen in Geschichte und Erdkunde bis hin zu Auseinandersetzungen in den Fachgebieten der Religion und Physik.
Schon die Vorbemerkung verweist auf die thematische Breite der Unterrichtseinheit, indem sie – allerdings leider nur allgemein – auf den weltumfassenden Industrialisierungsprozeß eingeht: „Wir alle erfahren die rasche Veränderung unserer Lebensbedingungen durch die Industrialisierung, mit allerdings recht unterschiedlichen Konsequenzen. Den Einen wird in diesem Prozeß die Existenzgrundlage entzogen, so daß sie sich dem Elend ausgeliefert sehen, den Anderen bietet er neue Arbeitsmöglichkeiten, materielle Güter und Wohlstand."
So zwangsläufig die Industrialisierung grundsätzlich auch erscheinen mag, als Ergebnis des Lernens und der Naturbeherrschung des Menschen, ihre Ausgestaltung unterliegt dem Handeln der Beteiligten. Man kann erkennen, wessen Interessen einen solchen Prozeß bestimmen, wessen Bedürfnisse unberücksichtigt bleiben. Es lassen sich Bedingungen für unterschiedliche Industrialisierungswege finden und Alternativen aufzeigen. Dies gilt für unsere Geschichte und Gegenwart als auch für Länder der Dritten Welt."
Begründet wird das Beispiel ‚Großtechnologie in Brasilien' im weltumfassenden Industrialisierungsprozeß einmal mit dem vielfach gewählten Weg einer *großtechnologischen* Industrialisierung, die starke Veränderungen für die einzelnen Länder zur Folge hat, zum anderen durch die Konsequenzen, die gerade in Brasilien besonders deutlich werden. Es wird dargestellt, was unter dem Begriff Entwicklung zu verstehen ist. Senghaas Abkopplungstheorie und das Modell der autozentrierten Entwicklung werden kurz angerissen und auf das Länderbeispiel Brasilien bezogen.
In den drei Entwicklungsprojekten selbst liegen gut gegliederte und übersichtliche Arbeitsblätter vor, die neben Statistiken zur Wirtschaftsstruktur, Nahrungsmittelkosten und Flächennutzung in Brasilien, Karten zum Sobradinho-Staudamm, Texte zum deutsch-brasiliansichen Atomprogramm oder zum Alkoholprogramm enthalten.
Die gesamte Unterrichtseinheit besteht aus zwei zusammenhängenden Abschnitten, die aber einzeln verständlich und zu unterrichten sind: a) Informationen zu Brasilien, b) Großtechnologische Projekte, die wiederum getrennt entsprechend den Interessen der Lerngruppe behandelt werden können. Hier zeigt sich die Bedeutung der bereits praktizierten Durchführung dieser Einheit; neben didaktisch-methodischen Hinweisen werden Erfahrungen aus dem Umfeld der Lernenden reflektiert.
Begriffserläuterungen sind gezielt eingebaut, der „Teufelskreis der Armut" wird erläutert, ein Fragenkatalog als Handreichung oder zur Erarbeitung der einzelnen Projekte ist vorgegeben, ein mögliches Rollenspiel steht zur Verfügung, und schließlich wird der Einsatz eines Films der Kreisbildstelle vorgeschlagen. Insbesondere ist auf einen Bezug von den brasilianischen Projekten zu unseren Verhältnissen in der BRD hinzuweisen; verglichen wird das Staudammprojekt mit seinen Auswirkungen, wenn es z. B. im Münsterland errichtet würde: Der Stausee von Lüdinghausen bis Ascheberg. Literaturhinweise werden am Ende der Mappe gegeben.
Auch wenn diese Einheit für eine Jahrgangsstufe 11/2 konzipiert und dort durchgeführt wurde, ist sie vielseitiger verwendbar (Ende Sek. I, Sek. II und im Bereich der Erwachsenenbildung).
Die GEB hat mit dieser Nummer 12 der Loseblattsammlung eine zu empfehlende Ausgabe herausgegeben; sie ist didaktisch aufbereitet und klar gegliedert, der Bezugspunkt zur BRD ist entsprechend dem eigenen Anspruch der GEB wieder einmal gegeben, das aktuelle und übersichtlich gegliederte Material läßt einen interessanten und kritischen Unterricht versprechen.
Seit mehreren Jahren gibt die GEB Loseblattsammlungen zu Themen der Dritten Welt heraus, die Unterrichtshilfen vor allem im Bereich der Sekundarstufe II und der Erwachsenenbildung sein sollen. Sie sind zudem mit dem ungewohnten Anspruch verknüpft: KOPIEREN ERWÜNSCHT.

Diese Ausgabe und weitere Informationen sind zu beziehen unter: Michael Geisler / Christian Neven-du Mont, c/o GEB, Sandstr. 15, 78 FR



Liebe Leute!

Zu Eurem „Artikel" über den VII. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in der Nr. 111 der Blätter gibt es einiges zu sagen:

Ich kann es ja verstehen, daß Ihr Eure politischen Positionen auch dann noch vertretet, wenn sie nachweislich falsch sind, so wie das bezüglich des BuKo-Aufrufs für die Herbstaktionen der Friedensbewegung der Fall ist; im Santa-Fé-Papier steht wörtlich drin: „Eine in sich geschlossene und globale Außenpolitik ist unerläßlich . . . Entweder die Pax Sovietica oder ein Gegenentwurf der amerikanischen Macht *auf weltweiter Ebene* . . ." (Heraushebung WR). Was wird da anderes ausgedrückt als das Ziel der „Beherrschung der ganzen Welt"? Aber es ist natürlich Euer Problem, ob Ihr die Wirklichkeit US-amerikanischer Politik sehen wollt oder nicht. Deshalb kann ich mir dazu weiteres sparen.

Unredlich aber wird es, wenn Ihr dem BuKo-Aufruf vorwerft, er behaupte in erster Linie eine Bedrohung der Sowjetunion, und „die 3. Welt (werde) nachrangig betrachtet". Ihr wißt genau, daß das so nicht stimmt, aber richtig ist, daß eine Mehrheit beim BuKo Eure Ansicht nicht geteilt hat, daß es eine abstrakte „Blockkonfrontation" sei, von der die aktuelle Kriegsgefahr ausgehe und nicht etwa die Weltherrschaftsstrategie der NATO. Da Ihr erfreulicherweise den Aufruf abgedruckt habt, kann jede/r Leser/in sich selbst ein Bild darüber machen, daß da sehr wohl die Bedrohung der 3. Welt die Hauptrolle spielt. Deshalb kann ich an dieser Stelle darauf verzichten, ausführlicher auf die Nato-Kriegspolitik einzugehen, obwohl das angesichts der Verwirrung, die manchmal auch in linken Köpfen herrscht, sicherlich reizvoll und nützlich wäre. (Damit ich nicht mißverstanden werde: Ich bin kein Freund des politischen Systems in der Sowjetunion und verurteile z. B. die Intervention in Afghanistan oder den Kreig gegen das Volk von Eriträa aufs schärfste.) Aber politische Differenzen hin und für Leser/innen nachprüfbare Manipulationen her, unerträglich wird eine Schreibe, wenn Fakten so verdreht und verfälscht werden, daß Uniformierte dies nicht mehr selbst feststellen können. Genau das ist in dem „Artikel" über den BuKo VII der Fall. Ich kann leider nicht auf alles antworten, es würde einige Seiten erfordern, aber die wichtigsten Sachen will ich versuchen rauszugreifen.

Auf dem Kongreß gegen die Intervention in Mittelamerika vergangenes Jahr in Münster beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe mit der Frage der Zusammenarbeit mit der Friedensbewegung. Die Diskussion ergab, daß eine Beteiligung an der Demonstration anläßlich des Nato-Gipfels am 10. 6. in Bonn angestrebt werden solle – dies wurde später im Plenum bekräftigt. Für den Tag vor der Aktionskonferenz der Friedensbewegung sollte zu einem Treffen interessierter 3. Welt-Gruppen aufgerufen werden, um Einzelheiten zu besprechen. Das Treffen fand am 3. 4. 82 In Bonn statt. Es nahmen etwa 60 Leute aus knapp 40 Gruppen teil.

Dort wurde beschlossen, daß ich im Demobüro arbeiten solle, falls die Aktionskonferenz am 4. 4. die 3. Welt-Gruppen als Mitträger der Demo akzeptieren sollte. Ich hatte das an die Bedingung geknüpft, daß es einen Kreis von Leuten geben müsse, die mich dabei unterstützten und vor allem den Kontakt zu den Gruppen hielten. Dieser Kreis bestand aus 8 Menschen außer mir, davon 3 mit mehr oder weniger enger Verbindung zur DKP, und bekam später den Namen „Koordinationskreis 3. Welt".

Nach dem 10. 6. wurden wir aus der Friedensbewegung heraus gebeten, die folgenden Aktionskonferenzen mit vorzubereiten. Bei einem nur schwach besuchten Auswertungstreffen zum 10. 6. (ca. 25 Leute aus etwa 15 Gruppen) wurde diese Bitte auch aus der 3. Welt-Bewegung heraus erneuert.

Da wir unsere Aufgabe eigentlich auf den 10. 6. beschränkt gesehen hatte, haben wir angesichts dieser Sachlage beschlossen, zu einem großen Treffen von 3. Welt-Gruppen einzuladen, um über die weitere Zusammenarbeit in der Friedensbewegung zu reden. Das Treffen fand im Februar 83 in Frankfurt mit mehr als 150 Teilnehmern aus weit über 100 Gruppen statt. Dort wurde beschlossen, daß der KK3W weiterhin versuchen solle, auf nationaler Ebene die Arbeit der Gruppen zu unterstützen und in die Friedensbewegung einzubringen. Spätestens seit damals verstehen wir uns als offener Kreis, in dem jede/r Interessierte mitarbeiten kann. Wir beziehen also unsere Legitimation keineswegs aus uns selbst, sondern aus dem Wunsch zahlreicher 3. Welt-Gruppen, gegenüber und innerhalb der Friedensbewegung bundesweit zusammenzuarbeiten.

Wir *vertreten* auch nicht *die* Solidaritätsbewegung, sondern versuchen, diejenigen Dinge in der Friedensbewegung gemeinsam zu tun, in denen wir gemeinsame Interessen haben. Es ist jedem „3. Welt-Menschen" sonnenklar, daß es eine Menge Punkte gibt, in denen keine gemeinsame Position der 3. Welt-Gruppen existiert. Daraus ergibt sich notwendig, daß diese Punkte aus der *gemeinsamen* Arbeit ausgespart werden müssen. Niemand hat das Recht, von oben her Positionen festzuschreiben; wo es Differenzen gibt, da muß man einzeln oder in anderen Bündniskonstellationen arbeiten. Wir haben dies im KK3 W getan, wir haben in einer Reihe von Fragen nicht als KK3 W, sondern einzeln oder in Teilen Position bezogen. Und wir haben nie für *alle* 3. Welt-Gruppen gesprochen, sondern immer nur für die Beteiligten und für die, deren inhaltliche Übereinstimmung mit unseren Positionen wir kannten. Genau das habe ich in Hannover gesagt, daß wir gemeinsam nur das gemacht haben, was auch gemeinsame Position ist, und nicht etwa, wie es Eure Schreibe suggeriert, daß wir als Unabhängige darauf verzichtet hätten, um des DKP-Minimalkonsenses willen eigene Positionen zu behalten.

In Hannover wurde vom KA des BuKo (nicht etwa, wie Ihr behauptet, vom KK3 W) ein Entwurf für einen eigenen

Aufruf der 3. Welt-Gruppen für die Herbstaktionen der Friedensbewegung vorgelegt. In einer gemeinsamen Versammlung des KK3 W und des KA haben wir Unabhängigen uns allerdings dafür stark gemacht, daß ein solches Papier zustande kommt, und uns heftig gegen den Vorschlag gewehrt, einen eigenen KK3W-Aufruf zu machen, damit die 3. Welt-Gruppen in dieser Frage mit einer Stimme sprechen können und ihre Stellung in der Friedensbewegung nicht mit einer internen Spaltung schwächen. Daß wir dabei – auch im Plenum – versucht haben, unsere inhaltlichen Positionen einzubringen, ist doch wohl normal. Das habt Ihr ja auch gemacht und im Verein mit SPDlern und Vaterlandsverteidigern dem Text des Aufrufs die eindeutige Spitze gegen die Nato-Kriegstreiber genommen!
Die Krone aber setzt Euer Schreiber „Wo" seinen Verdrehungen und Halbwahrheiten mit der Behauptung auf, wir seien im Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen der Friedensbewegung für eine zentrale Demonstration eingetreten. Das ist völlig frei erfunden! Zwischen dem 10. 6. 82 und der Aktionskonferenz der Friedensbewegung im April 83 gab es keinen Koordinationsausschuß, sondern nur einen losen Kreis aus ca. 30 bis 35 Leuten aus verschiedenen Friedensgruppen. Als Mitarbeiter der Geschäftsführung des 10. 6. und da die Demo der Polizei gegenüber auf meinen Namen angemeldet war, wurde ich zu diesem Kreis eingeladen. Dort habe ich immer ganz massiv gegen eine zentrale Demonstration im Herbst 83 Stellung genommen. Ich habe auch klar gemacht, daß die meisten 3. Welt-Gruppen, die ich kenne, sich an so einer Veranstaltung nicht beteiligen würden. Aufmerksame Leser/innen Eurer Zeitung werden diesen Widerspruch übrigens selbst bemerkt haben: von den 7 Aufforderungen am Ende des BuKo-Aufrufs zielen 6 auf dezentrale oder Blockadeaktionen, also nichts mit „zentrale Demonstrationen"! Und auf Seite 17 druckt Ihr dankenswerterweise einen Kasten mit einem Aufruf zur Blockade des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ab, wo ich als Kontakadresse stehe – würde ich das sein, wenn ich zentrale Latschdemos vorzöge?!
Alle diese Informationen wurden schon in Hannover gegeben. „Wo" kann sich also nicht auf Unwissen berufen, es sei denn, er hat geschlafen, aber dann sollte er bei besser informierten Menschen nachfragen (nicht mal unbedingt bei mir oder einem von aus aus dem KK3W, aber z. B. bei X – nennt den Namen vom Christopher, wenn Ihr wollt, WR –, der für Euch in Hannover war und mit dem auch kontroverse Diskussionen ausgesprochen sachlich waren), ehe er solche Greuelgeschichten erfindet. Wenn er politische Widersprüche zu uns hat, sollte er *die* diskutieren und nicht mit Verdrehungen, Halbwahrheiten und Erfindungen Stimmung machen, wo ihm die Argumente ausgehen.
Und sollte er beides nicht können, so müßt Ihr euch wohl oder übel nach einem neuen Schreiber umsehen.
Nicht nur ich habe immer sehr viel von den „Blättern" gehalten, ich fände es sehr schade, wenn es auch bei Euch eine „Wende" gäbe und dies jetzt Euer neuer Stil sein sollte. Das würde niemandem nützen. Laßt uns unsere inhaltlichen Differenzen offen und hart, aber fair diskutieren!
In diesem Sinne gehe ich davon aus, daß Ihr diesen Brief ungekürzt abdruckt. Sollte ich selbst mich im Ton manchmal vergriffen haben, so haltet mir meine persönliche Betroffenheit zugute.
/Tja, wie soll ich Euch jetzt grüßen: freundlich bin ich bei Gott nicht gestimmt, friedensbewegt ist ja jetzt so modern, aber das erinnert so sehr an „Eierkuchen"; also grüße ich Euch solidarisch und hoffe, wir werden das bleiben: solidarisch!/ (Das ist eher an Euch in Freiburg, Ihr müßt es nicht abdrucken, aber ist mir egal.)

Liebe, wütende, solidarische Grüße
(Werner)



Liebe iz3w'ler,

Der Artikel über den BUKO, den ihr in eurem letzten Heft abgedruckt habt, hat uns ziemlich sauer gemacht, zumal wir als KA-Mitglieder (ig 3. Welt, Neuss, FORUM) mit an der Vorbereitung des BUKO beteiligt waren.
Euer Artikel (er wird ja wohl von der Redaktion getragen, da kein voller Name drunter steht, oder?) enthält, insbesondere unter dem Punkt „Friedensdiskussion", nicht nur seltsame Interpretationen, sondern auch Unwahrheiten, gerade in Punkten, die auf dem BUKO mehrfach erläutert wurden. Wenn's dann immer noch falsch in den ‚blättern' steht, scheint es uns fast böswillig.
So hat beispielsweise kein noch so „ominöser" KK3W den Aufrufentwurf eingebracht, sondern der Aufruf war eine Idee, die im KA (Koordinierungsausschuß) entstanden ist, der Entwurf stammte auch aus dem KA, war lediglich während des BUKO mit Vertretern des KK3 W diskutiert und überarbeitet. Den Aufruf als reine DKP-Position zu bezeichnen, finden wir einfach lächerlich und eine etwas platte Art der Kritik. Wie im Artikel von euch selbst vermerkt, ist im KA kein einziges DKP-Mitglied (oder nahestehende Gruppe), welches Interesse sollte uns wohl geleitet haben? – Zudem stimmt nicht, daß der KK3W seine Legitimation ausschließlich aus sich selbst bezieht, der BUKO VI in Mannheim hat den KK3W z. legitimiert weiterzuarbeiten.
Die Behauptung, der KK3 W trete nur für zentrale Demonstrationen im Herbst ein, ist ebenfalls eine Unterstellung, z. B. hat der KK3 W eine Blockade des BMZ initiiert, tritt für Aktionen gegen Rüstungsexporte und andere dezentrale Aktionen während der Aktionswoche ein.
Neben der unangebrachten Polemik enttäuscht uns noch, daß in den blättern keine inhaltlich angemessenere Berichterstattung erschienen ist.
Gut fanden wir die Friedensdiskussion auf dem BUKO auch nicht; wir fanden das Samstagsplenum sehr ätzend, aber das lag auch und gerade an den Leuten, die stundenlang um den heißen Brei herumreden und erst nach Stunden sagen, daß sie am KK3W hauptsächlich die DKP-Beteiligung stört – und an denen, die stundenlang reden können, ohne zu merken, daß sie das über den Kopf der meisten Anwesenden tun – oder an denen, die den Mißmut und das Genervtsein (auch geäußert durch Verlassen des Raums) von vielen einfach übergangen haben. . . .
Zur Klarstellung der ganzen Geschichte möchten wir noch darauf hinweisen, daß demnächst sämtliche Protokolle nachzulesen sind, sie werden im nächsten FORUM entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO-Rundbrief, erscheint Ende Sept., zu bestellen Broichstr. 12, 4040 Neuss) innerhalb der BUKO-Berichterstattung abgedruckt.

dennoch solidarische Grüße
Gela Linne
Sannah Koch
Ralf Classen

Zu den in den Leserbriefen gemachten Kritikpunkten, Vorwürfen und Behauptungen nimmt die Redaktion der blätter des iz3w folgendermaßen Stellung:

1. *Dem Autor des Artikels ist offenbar ein Fehler in der Darstellung der Position des »KK3W« zur Frage zentraler/dezentraler Demonstrationen unterlaufen. Wir bedauern diesen Fehler und freuen uns, daß durch die Leserbriefe in diesem Punkt eine Richtigstellung erfolgt.*
2. *Wir halten es nach wie vor für falsch, wenn im Vorfeld des BUKO (gemeinsame Sitzung von KA und KK3W) Resolutionsentwürfe erarbeitet wurden, auf Grund derer der BUKO zu Kompromissen mit den DKP-orientierten Gruppen, etwa in der Frage einer Einbeziehung der Frage Afghanistans oder Eritreas, genötigt werden sollte. Die Notwendigkeit eines solchen »Kompromisses« wurde von Vertretern des KK3W und KA auf dem BUKO immer wieder wiederholt. Wir hätten es begrüßt, wenn der BUKO zu kompromißlosen eigenen Positionen in dieser Frage gefunden hätte. Unsere Glaubwürdigkeit gegenüber der Friedensbewegung hängt entscheidend davon ab, wieweit wir uns diesen Fragen stellen und unsere kritische Solidarität auch den Befreiungsbewegungen gegenüber deutlich machen. Daß im Plenum immerhin noch kleinere Änderungen des Textes möglich waren zeigt, wie vorschnell diese Kompromisse geschlossen worden sind.*
3. *Wir halten unsere Darstellung aufrecht, daß ASK- und KK3W-Mitglied Peter Wahl auf dem BUKO erklärt hat, Aufgabe des KK3W sei die Vertretung* »der« *Dritte-Welt-Bewegung gegenüber der Friedensbewegung. Auch wenn andere KK3W-Mitglieder sich nicht so geäußert haben – Wie Werner Rätz –, so behalten wir uns dennoch vor, eine solche Äußerung zum Anlaß zu nehmen, dem KK3W die Legitimation für einen solchen Vertretungsanspruch abzusprechen. Werner Rätz wäre gut beraten im KK3W diese Frage abzuklären und die Mitglieder dieses Gremiums zu einem einheitlichen Auftreten in dieser Frage zu veranlassen.*
4. *Zu den Beschuldigungen von Werner Rätz »im Verein mit SPDlern und Vaterlandsverteidigern« und den Andeutungen einer angeblichen »Wende« bei den blättern des iz3w nehmen wir keine Stellung. Das Urteil darüber überlassen wir unseren Lesern.*
5. *Die Redaktion der blätter des iz3w würde sich freuen, wenn diese Kontroverse von unseren Lesern, allen Beteiligten und Interessierten, zum Anlaß genommen würde, die zugrunde liegenden Fragen nach dem Verhältnis von Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung, der Rolle der Sowjetunion in der Dritten Welt und der Frage nach einer kritischen Solidarität gegenüber den Befreiungsbewegungen weiter zu diskutieren. Stellungnahmen, Leserbriefe und Artikel zu diesen Fragen sind nicht nur deshalb willkommen, weil wir uns wünschen, daß unsere Zeitschrift ein Forum für eine solche Auseinandersetzung sein möge, sondern auch um die Diskussion in unserer eigenen Gruppe voranzutreiben.*

– Red. –

Zeitschriftenübersicht

Solidarität Nr. 79/80
Ethnopsychoanalyse: Neokolonialismus oder Befreiung? Impressionen und Gespräche mit Frauen in Neuguinea, Psychoanalyse in Afrika, Kulturschock, – Bürgerkrieg im Tschad, Holderbank in Costa Rica, Protesttage in Chile, Kritische Solidarität mit Vietnam, Verschuldung der Dritten Welt und die Schweiz.
3,50 FR, 36 Seiten
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-3001 Bern

* * *

Lateinamerika-Nachrichten, Doppelnummer 118/119
Chile: Minimalforderung: Weg mit Pinochet, Auf der Suche nach Veränderung, Rückblick: Chile vor 10 Jahren o Guatemala: Militärdiktatur und kein Ende? o Mexiko: Linkskoalition in Juchitan abgesetzt o Peru: Der Herbst der „Demokraten" o Brasilien: Massenproteste gegen Austeritätsprogramm o Bolivien: Das Volk fordert Brot und Mitbestimmung
Solidaritätspreis: 6,– DM
Bezug: FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

* * *

Mittelamerika-Magazin 31 / September 1983
Nicaragua: Mom Manöver zum Krieg?, „Wir würden lieber eine Schule einweihen als einen Freund beerdigen", Millionenschäden in der Wirtschaft, Wirtschaftsjahr 1982 o BRD/ Nicaragua: Bundesregierung weiß von nichts. Offener Brief an Frank Schwalba-Hoth o Costa Rica: Vor dem Bankrott, o El Salvador: „Mit einem Herz und einer Seele", Verhandlungen, Amnestie: Gebühr zahlt Empfänger o Guatemala: Ein Mohr hat seine Schuldigkeit getan, Die Gewehre Guatemalas.
Einzelpreis: 2,50 DM, Abo 15,– DM
Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

* * *

Informationsdienst Südliches Afrika 7/8 August 1983
Schwerpunkt: Namibia 1983 – Initiative des Sicherheitsrates gefordert, NGO-Treffen, Chronologie der Verhandlungen, Erklärung des SWAPO-Repräsentanten in der BRD, Soziale Lage, Gewerkschaften, Landwirtschaft, Multis, Perverse Traditionspflege o Südafrika: Militärische eskalation, Widerstand, Labour in der Sackgasse, Berichte zu Aktionen, Kurznachrichten
Einzelpreis: 5,– DM, Abo 40,– DM
Bezug: issa, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

* * *

Entwicklungspolitische Korrespondenz 3/1983
Schwerpunkt: Das Medien-Bild der 3. Welt o Auslandsberichterstattung in budensdeutschen Medien, Grundsatzartikel, Fallbeispiele, Arbeitsbedingungen der Korrespondenten, Erfahrungsberichte von Journalisten, Schilderung eines ehemaligen CIA-Agenten, Schwierigkeiten der Solidaritätspresse
EPK 3/1983: 40 Seiten, 5,– DM
Bezug: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

* * *

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Heft 70
Protokoll der KA-Sitzung vom 29. – 31. 7., Leserbriefe, Erklärung der IKA-Redakteure, Impuls: Stoppt den Rüstungsexport, Im Frühtau zur Demo, Hunger und Rüstung, Protokoll der KK3W-Sitzung, Pharma Brief, Aufruf zur BMZ-Blockade am 21.10.1983, Comiso will nicht das Hiroshima von morgen sein, US-Intervention in Nicaragua, Materialien, Termine
Bezug: FEA-Verlag, Broichstraße 12, 4040 Neuss 1

* * *

AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin, 9/1983
Aktuell: Die Bonner Wende schreitet voran o Nicaragua: Aufmarsch der USA, Nicaraguas Verhandlungsangebot, 10-Punkte-Vorschlag der Contadora o El Salvador: AIB-Gespräch mit Commandante Maria Antonia o Obervolta: Sankara kehrt zurück, Länderdaten, Positionen der linken Militär o Chile-Sonderteil: Die Angst vor den Barrikaden, Daten, Gründungserklärung der Gewerkschaftsallianz CNT, Sichtweisen der chilenischen Linken, Interview mit M. Navarette, Verhältnis BRD – Chile, Anklage wegen Chile-U-Boote o Außerdem: Äthiopien, Türkei, Frieden und Dritte Welt, Solidaritätsbewegung – Lateinmerika, Infodienst, Kurzinformationen
Einzelpreis: 2,50 DM, Abo 25,– DM
Bezug: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg

* * *

Befreiung, Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Nr. 27
Jalta und die Folgen, Exterminismus und Emanzipation, Kommune wagen o 10 Thesen zur sozialen Alternative, Ich, der Zensor – Interview von Solidarnosc, Das Handbuch des polnischen Zensors, Ende eines Zeitalters, Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak, Unser Friede ist stabiler Totalitarismus.
DM 8,–
Bezug: Redaktion der Befreiung, c/o Karin Hossfeld, Fritschestraße 25, 1000 Berlin 10

* * *

Tagungshinweise

"Das Geschäft mit der Liebe", 7. – 9.10.83, 5883 Kierspe
„Menschenrechtsverletzungen in der Türkei – Asyl in Deutschland", 28. – 30. 9. 1983, 4923 Extertal
„Der Türk hat seine Schuldigkeit getan – doch wohin soll er gehen?", 3. – 6. 10. 983, 4973 Vlotho
Information und Anmeldung für die o.g. Tagungen: AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

Seminare zur Koordinierung des Nestle-Boykotts:
Nord: 12. – 13. 11. 1983, Hamburg, Anmeldung: Heidrun Winkelmann, Aktionsgruppe Babynahrung, Düsterer Eichenweg 2, 3400 Göttingen, Telefon: 0551 – 47129
Süd: 26./27. 11. 1983, Ludwigsburg, Anmeldung: Wolfgang Kraus, Urbanstr. 133, 7300 Esslingen, Telefon 0711 – 313141 (dienstl. 343707)

Lateinamerika-Seminar I (Indianerkulturen, Ökolog. Probleme des Sobradinho-Staudamms, Landwirtschaft), 4. – 6. 11. 1983
Lateinamerikaseminar 2 (Neue Weltwirtschaftsordnung, Deutsche und amerikanische Investoren in Lateinamerika, Rüstungswirtschaft, Verschuldung), 9. – 11. 12. 1983
Information und Anmeldung bei LATEINAMERIKASEMINAR, Dietmar Haake-Müller, Weg zum Ehrenmal 18 / Schulenburg, 4320 Hattingen

„Internationalismus und Friedensbewegung (Feminismus, Türkei, Chile, Nicaragua, Iran)", 28. – 30. 10. 1983, Saarbrücken,
Information und Anmeldung: „Saarhexe", Metzerstr. 78, 6600 Saarbrücken 1, Telefon 0681 – 583248

Neuerscheinungen



„A la Turquia", Türkei und Türkisch-Kurdistan nach Art der Generale. KOMKAR-Publikation 16, 1983. Hrsg.: Komitee zur Verteidigung der nat.-dem. Rechte des kurdischen Volkes in der Türkei und KOMKAR; Ffm 83, DM 5,–, 72 S.

Y. Toprakoglu: „Ich heiße Yusuf Toprakoglu". Zweisprachige Autobiographie eines jungen Arbeitsemigranten. DJI-Materialien. Verlag Deutsches Jugendinstitut, Saarstraße 7, 8000 München 40. 2. Aufl. 1983/ DM 6,50/118 S.

P. Schütt: „Black Poems". P. Kivouvou Verlag-Editions Bantoues. Heidelberg 1983. 86 S.

„Pogrome gegen die tamilische minderheit in Sri Lanka". Hrsg.: Sri Lanka Gruppe Bremen. Kontaktadresse: H. H. Hartmann, Buntentorsteinweg 43/45, 2800 Bremen 1, DM 2,50 / 43 S.

„Gemeinsam aus der Krise". Bericht über das Symposium zur Situation in der Weltwirtschaft am Vorabend der 6. Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI). Zu beziehen über: Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung, Kaiserstr. 163, 5300 Bonn 1/ DM 4,–/ 144 S.

H. Glaser/H. Horch: „Neue Waffen – alte Ordnung". Ziele und Hintergründe der „Nach"-Rüstung. Alektor-Verlag, Stuttgart 1983/Broschüre/ 80 S.

W. Zeppenfeld: „Medientraining für Entwicklungsländer". Projektevaluierung zur Praxis und Problematik journalistischer Ausbildungsförderung in Ägypten. Studien zur Internationalen Kommunikation Bd. 4. Studienverlag Dr. N. Brockmeyer, Bochum 1983/ DM 39,80/366 S.

G. Kiflemariam: „Fernsehexport der BRD". Studien zur Historie, Struktur und Funktion von TV-Transkriptionsdiensten. Bochumer Studien zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft Bd. 37. Studienverlag Dr. n. Brockmeyer, Bochum 1983/DM 39,80/316 S.

H. Schulze: „Sozialarbeit in Lateinamerika". Solidarisieren – Nicht Integrieren. 2. neu überarbeitete und aktualisierte Auflage. AG SPAK M 53/DM 18,–/ 272 S.

H.-M. Große-Oetrighaus: „Jeder ein Lehrer – Jeder ein Schüler". Emanzipatiorisches Lernen in Afrika. AG SPAK M 57/DM 24,–/287 S. brosch., mit Abbildungen.

„Unterdrückung in Südafrika – wie lange noch?" Hrsgg. von der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland e.V., Frankfurt/M. 1983. Bezug: EFD-Südafrika, Projektgruppe Unterlindau 80; 6000 Frankfurt 1,/ DM 3,–/55 S.

Die BUKO-Geschäftsstelle sucht

eine/n Mitarbeiter/in

für den Arbeitsbereich Archiv/Publikationen
Voraussetzungen:
- Abgeschlossenes sozialwissenschaftliches Studium mit entwicklungspolitischem, -soziologischem oder -ökonomischem Schwerpunkt
- Mitarbeit in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen
- ABM-Fähigkeit

eine/n Mitarbeiter/in

für den Arbeitsbereich: Kampagne „Stop dem Rüstungsexport"
Voraussetzungen:
- Abgeschlossenes sozialwissenschaftliches Studium mit entwicklungspolitischem, -soziologischem oder -ökonomischem Schwerpunkt
- Beschäftigung mit dem Themenbereich Rüstungsproduktion/Rüstungsexport erwünscht
- Mitarbeit in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen

Frauen werden bei ähnlichen Voraussetzungen bevorzugt.
Bewerbungen an:

BUKO – Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50
Telefon: 040/39 31 56

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg